



Bundesministerium
der Finanzen



Monatsbericht des BMF

Dezember 2014

Monatsbericht des BMF

Dezember 2014

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Überblick zur aktuellen Lage	5
Analysen und Berichte	6
Budget Review der OECD für Deutschland.....	6
Gemeinsames Konzept von Bund und Ländern zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens	13
Zum Stand des Reformprozesses in Portugal.....	19
Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage	29
Konjunktorentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	29
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im November 2014	36
Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich November 2014	40
Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2014.....	44
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	46
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik.....	51
Termine, Publikationen	54
Statistiken und Dokumentationen	56
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung.....	58
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	89
Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten.....	96
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.....	110
Verzeichnis der Berichte	127
Verzeichnis der Berichte im Monatsbericht des BMF 2014 nach Veröffentlichungsdatum	127
Verzeichnis der Berichte im Monatsbericht des BMF 2014 nach Themenbereichen	129

Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach der schweren Wirtschafts- und Finanzkrise der Jahre 2008 und 2009 mit Rekorddefiziten und einem Rekordschuldenstand von über 80 % der Wirtschaftsleistung ist es gelungen, die Staatsfinanzen wieder auf den richtigen Kurs zu bringen. Die Bundesregierung steht mit hoher Glaubwürdigkeit für einen wachstumsfreundlichen Konsolidierungskurs. Der Bundestag hat jüngst auf Vorschlag der Bundesregierung einen Haushalt verabschiedet, der erstmals seit dem Jahr 1969 ohne neue Schulden auskommt.

Die „schwarze Null“ im Bundeshaushalt ist Ausdruck verlässlicher finanzpolitischer Rahmenbedingungen. Solide Staatsfinanzen sichern die Handlungsfähigkeit des Staates und erhalten wirtschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten. Die „schwarze Null“ ist Voraussetzung für eine nachhaltige Investitionsstrategie. Denn mit dem Konsolidierungskurs gingen steigende öffentliche Investitionen einher. Seit dem Jahr 2005 haben alle staatlichen Ebenen - der Bund, die Länder und Kommunen - ihre Investitionen kontinuierlich und merklich ausgeweitet. Deutschland ist mit knapp 3 % der Wirtschaftsleistung international in der Spitzengruppe bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Seit 2010 sind die Mittel für Bildung und Forschung im Bundeshaushalt um 45 % gestiegen.

Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble hat angekündigt, die erzielten Konsolidierungserfolge zu nutzen, um diesen Weg konsequent fortzusetzen. Bei strikter Haushaltsdisziplin sollen im Zeitraum 2016 bis 2018 zusätzlich 10 Mrd. € für Investitionen mobilisiert werden. Auch dies zeigt, dass der öffentliche Investitionsbedarf ohne neue Schulden geschultert werden kann. Deutschland steht jetzt vor der Aufgabe, den



Anteil zukunftsorientierter Ausgaben in den öffentlichen Haushalten weiter zu erhöhen.

Eine verlässliche und vertrauensschaffende Haushaltspolitik ist auch aus konjunkturpolitischer Sicht angemessen. Die Bundesregierung erwartet für das Jahr 2015 ein reales Wirtschaftswachstum von +1,3 %. Zugleich waren in Deutschland noch nie so viele Menschen in Lohn und Brot wie heute. In diesen Zeiten ist es wichtig, Vorsorge zu treffen und die Schuldenstandsquote zügig wieder auf 60 % der Wirtschaftsleistung zurückzuführen.

Mit seiner erfolgreichen Strategie einer wachstums- und investitionsfreundlichen Konsolidierung sendet Deutschland ein wichtiges Signal auch an seine europäischen Partner: Eine stetige und verlässliche Politik der Schuldenbegrenzung schafft Vertrauen bei Anlegern, Unternehmern und Arbeitnehmern. Sie ist der anspruchsvolle, aber nachhaltige Weg für mehr Wachstum und Beschäftigung in einer zukunftsfähigen Gesellschaft.

Dr. Thomas Steffen
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Überblick zur aktuellen Lage

Überblick zur aktuellen Lage

Wirtschaft

- Die deutsche Wirtschaft hat sich im 3. Quartal in einem schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeld als stabil erwiesen. Für das Schlussquartal signalisieren die Indikatoren eine weitere Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Aktivität.
- Auch der Arbeitsmarkt hat sich im Jahresverlauf trotz verhaltener wirtschaftlicher Aktivität sehr robust gezeigt. Die Beschäftigtenzahl ist kontinuierlich gestiegen, während die Arbeitslosenzahl gesunken ist.
- Im November betrug die jährliche Inflationsrate 0,6 %. Sie war damit geringer als der Verbraucherpreisniveaustieg von jeweils 0,8 % in den vier Monaten zuvor. Dies ist vor allem auf einen leicht beschleunigten Rückgang des Energiepreisniveaus zurückzuführen.

Finanzen

- Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im November 2014 im Vorjahresvergleich um insgesamt 7,3 % gestiegen. Dies ist im bisherigen Jahresverlauf die höchste monatliche Zuwachsrate. Das Aufkommen der gemeinschaftlichen Steuern nahm im Vergleich zum Vorjahr um 9,3 % zu. Basis dieser Steigerung ist die weiterhin anhaltend gute Entwicklung des Lohnsteueraufkommens. Zudem trugen in diesem Monat auch die Steuern vom Umsatz zu dem hohen Zuwachs der Steuereinnahmen bei.
- Die Einnahmen und Ausgaben des Bundes entwickeln sich weiterhin positiv. Bis einschließlich November stiegen die Einnahmen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 3,0 %, die Ausgaben sanken um 4,6 %.
- Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende November 0,70 %, die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich auf 0,08 %.

Europa

- Am 8. Dezember 2014 traf sich die Eurogruppe zu einer Sondersitzung in Brüssel. Zentrales Thema der Beratungen waren von der Europäischen Kommission vorgelegte Bewertungen zu den Haushaltsplanungen der Mitgliedstaaten des Euroraums für 2015 mit Ausnahme der Programmländer (Griechenland und Zypern).
- Im Vordergrund der Gespräche der Wirtschafts- und Finanzminister in der regulären Eurogruppensitzung am 8. Dezember 2014 standen die Lage in Griechenland im Kontext der Programmüberprüfung und Fortschritte im Rahmen der Nach-Programm-Überwachung in Irland und Portugal sowie ein erster allgemeiner Gedankenaustausch über Anreize für Investitionen und Strukturreformen zur Steigerung des Wachstumspotenzials im Euroraum.
- Im Zentrum der Beratungen des ECOFIN-Rats am 9. Dezember 2014 standen steuerliche Themen, die Bankenabgabe für den Einheitlichen Abwicklungsfonds, Maßnahmen zur Förderung von Investitionen und der Auftakt des Europäischen Semesters 2015 sowie die Überprüfung der finanz- und wirtschaftspolitischen Überwachung und Koordinierung.

Budget Review der OECD für Deutschland

Modern aus Tradition

- Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat auf Wunsch des BMF in den Jahren 2013 und 2014 das Haushaltssystem des Bundes eingehend untersucht.
- Das Gesamturteil der OECD fällt sehr positiv aus: Deutschland verfügt über alle Elemente eines modernen Haushaltssystems.
- Die Empfehlungen der OECD zur Weiterentwicklung werden im BMF derzeit intensiv geprüft.

1	Hintergrund des OECD-Berichts	6
2	Erstellung und Struktur	7
2.1	Vorgehensweise	7
2.2	Aufbau des Berichts	7
3	Zusammenfassung der wesentlichen Feststellungen	8
3.1	Inhaltliche Schwerpunkte	9
3.2	Empfehlungen der OECD	11
4	Schlussfolgerungen	12
4.1	Gesamtbetrachtung	12
4.2	Einschätzung und Berücksichtigung der Empfehlungen	12

1 Hintergrund des OECD-Berichts

Ausgehend von der Anforderung aus der grundgesetzlichen Schuldenregel, bis zum Jahr 2016 einen nahezu strukturell ausgeglichen Bundeshaushalt zu erreichen, wurde in den Jahren 2010 bis 2013 das Haushaltsaufstellungsverfahren des Bundes grundlegend reformiert. Wurden die Haushalte der Ressorts zuvor nach dem sogenannten Bottom-up-Ansatz quasi von unten nach oben (also von der sogenannten Arbeitsebene bis hin zu den Ministern) ausgehandelt, so gibt es seit dem Aufstellungsverfahren 2012 bereits am Anfang des regierungsinternen Aufstellungsverfahrens einen vom Bundesminister der Finanzen vorgeschlagenen Eckwertebeschluss des Bundeskabinetts, der insbesondere Ausgabenplafonds und

Entscheidungen zu wichtigen Einzelthemen fixiert. Im weiteren regierungsinternen Verfahren – von Mitte März bis Ende Juni – haben die Ressorts dann weitgehende Schichtungsfreiheit innerhalb dieser Haushaltseckwerte.

Nachdem das BMF erste Erfahrungen mit der Anwendung der im Jahr 2009 im Grundgesetz verankerten „neuen“ Schuldenregel sowie dem Top-Down-Verfahren gesammelt hatte, bat es die OECD im Frühjahr 2013, das Haushaltsverfahren des Bundes zu evaluieren. In diesem Rahmen untersuchen Fachleute der OECD das Haushaltswesen eines Mitgliedstaats eingehend, vergleichen es mit denen anderer Mitgliedstaaten und sprechen auf der Grundlage ihrer Bewertung Empfehlungen zur Weiterentwicklung aus. In den vergangenen Jahren wurden auf ähnliche Weise durch die OECD die Haushaltssysteme in fast 40 Staaten evaluiert.

Analysen und Berichte

Budget Review der OECD für Deutschland

2 Erstellung und Struktur

2.1 Vorgehensweise

Die Arbeiten begannen im April 2013 mit einem ersten Vorbereitungstreffen von Vertretern der OECD und des BMF in Paris. Im Anschluss übersandte die OECD im Mai des Jahres 2013 detaillierte Fragebögen und weitere Unterlagen zur Vorbereitung von Gesprächen und Interviews, die im September 2013 stattfanden. Hierbei trafen sich Vertreter der OECD mit Mitarbeitern des BMF, aber auch mit Mitarbeitern anderer Bundesministerien, des Bundeskanzleramts, des Deutschen Bundestags, des Bundesrechnungshofs und des Sachverständigenrats. Schon dies spiegelt die Breite und Tiefe der Untersuchung durch die OECD wider. Nachfolgend gab es zahlreiche bilaterale Kontakte, die der vertieften Klärung von Einzelfragen dienten. Anschließend verarbeitete die OECD diese Fülle von Informationen und erstellte bis zum April 2014 einen ersten Berichtsentwurf, zu dem das BMF Stellung nahm.

Zum Treffen der OECD-Haushaltsdirektoren, der sogenannten Senior Budget Officials (SBO), im Juni 2014 wurde allen Mitgliedstaaten ein offizieller anhand der deutschen Stellungnahmen überarbeiteter Entwurf zugeleitet.¹ Im Rahmen des SBO-Treffens wurde der Entwurf diskutiert; damit konnten das Wissen und die Erfahrung zahlreicher Praktiker anderer Mitgliedstaaten ebenfalls berücksichtigt werden. Seit Dezember 2014 ist der endgültige Bericht auf der Internetseite des BMF abrufbar. Im Januar 2015 wird er im Rahmen des OECD Journal on Budgeting – der OECD-Fachzeitschrift für Haushaltsfragen – publiziert.

Im BMF werden gegenwärtig die Empfehlungen der OECD daraufhin ausgewertet, welche Schlussfolgerungen zur weiteren Optimierung des Haushaltsverfahrens des Bundes gezogen

werden können. Einen Hinweis der OECD greift der Koalitionsvertrag vom Herbst 2013 im Übrigen bereits auf. In ihm wurde festgelegt, in Zukunft themenbezogene Haushaltsanalysen – sogenannte „Spending Reviews“ – durchzuführen.

2.2 Aufbau des Berichts

Der Bericht der OECD ist in sechs Fachkapitel untergliedert, in denen hauptsächlich das Haushaltswesen des Bundes beschrieben wird:

Beteiligte und Verfahren zum Haushalt

Das Kapitel stellt ausführlich die wesentlichen Rechtsgrundlagen des deutschen Haushaltsystems und das Haushaltsaufstellungsverfahren dar. Erläutert werden dabei beispielsweise auch die Interdependenzen zwischen Aufstellungsverfahren, Steuer-schätzungen und EU-Haushaltsüberwachung. Auch wird das Verhältnis zwischen Top-Down-Verfahren und mittelfristiger Finanzplanung beleuchtet.

Vollzug der Finanzpolitik: Bund-Länder-Aspekte

Das Kapitel beschreibt das Zusammenspiel von Bund und Ländern untereinander bei der Koordinierung der öffentlichen Haushalte, aber auch im Verhältnis zur haushaltspolitischen Überwachung durch die Europäische Union (EU). Mit Blick auf die „Schuldenbremse“ werden beispielsweise die Regelungen zum Sanktionszahlungs-Aufteilungsgesetz, die Rolle des Stabilitätsrats und die Übergangsregelungen für die Länder analysiert.

Mittelverteilung, Planung und Priorisierung

Der Bericht erkennt den Spannungsbogen zwischen dem verfassungsrechtlich verankerten Ressortprinzip und dem Ziel der bestmöglichen Verwendung von Haushaltsmitteln, gerade auch vor dem Hintergrund der Schuldenbremse. In diesem Kontext werden die bereits

¹ Vergleiche BMF-Monatsbericht Juli 2014, „Haushaltsdirektoren aus den OECD-Mitgliedstaaten zu Gast im BMF“.

Analysen und Berichte

Budget Review der OECD für Deutschland

ergriffenen Maßnahmen zur Stärkung einer ergebnisorientierteren Haushaltsplanung gewürdigt, wobei einem zukünftigem Instrument – der „Spending Review“ – besondere Bedeutung zugemessen wird.

Qualität, Integrität und Zuarbeit unabhängiger Einrichtungen zum Haushalt

In diesem Kapitel werden die zahlreichen unabhängigen Gremien zur Analyse exogener Faktoren dargestellt (Steuerschätzung, gesamtwirtschaftliche Prognose etc.) und positiv gewürdigt. Hervorgehoben wird auch die starke Rolle des Bundesrechnungshofs bei der Prüfung der Rechtmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Haushalts; gleichzeitig wird die Aufgabe des Präsidenten des Bundesrechnungshofs als Bundesbeauftragter für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung beschrieben.

Investitionsplanung

Die Investitionsplanung – gerade auch im Zusammenhang mit Vorhaben in Öffentlich-Privater Partnerschaft (ÖPP) – wird sehr positiv bewertet. Gleichwohl wird hier Potenzial für mögliche Effizienzgewinne – auch mit Blick auf die Vorgaben der Schuldenbremse – gesehen.

Rolle des Parlaments und Bürgerbeteiligung

In diesem Kapitel wird die Rolle des Bundestags und insbesondere des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags bei der Aufstellung eines Bundeshaushalts, aber auch bei der Haushaltsdurchführung, beleuchtet. Hier weist die OECD darauf hin, dass neben einer vom Ausschuss praktizierten Mikrosteuerung auch Elemente einer stärkeren Ergebnisorientierung der Ausgaben hilfreich sein könnten.

3 Zusammenfassung der wesentlichen Feststellungen

Der Bericht der OECD bietet praktisch einen vollständigen Überblick über das Haushaltssystem des Bundes, ergänzt um gesamtstaatliche Aspekte (u. a. finanzpolitische Bund-Länder-Koordinierung). Der Bericht stellt ausdrücklich das Haushaltsverfahren in den Mittelpunkt, er setzt sich also nicht mit der aktuellen haushaltspolitischen Lage auseinander. Das deutsche Haushaltsverfahren wird als gut entwickelt und ausgewogen bezeichnet. Alle relevanten Akteure seien angemessen einbezogen. Es richte sich nach strikten Regeln und Zeitplänen. Die OECD erläutert dabei beispielsweise auch die Beziehungen zwischen Aufstellungsverfahren, Steuerschätzungen und EU-Haushaltsüberwachung. Auch wird das Verhältnis zwischen Top-Down-Verfahren und mittelfristiger Finanzplanung beleuchtet.

Die „Schuldenbremse“ und das Top-Down-Verfahren werden positiv hervorgehoben. Sie seien deutliche Verbesserungen gegenüber den zuvor geltenden Regelungen beziehungsweise Verfahren. Die Schuldenbremse gebe klare Grenzen vor und sei – soweit man dies bisher beurteilen könne – effektiver als die alte „Goldene Regel“. Das Top-Down-Verfahren erlaube es, die klaren Vorgaben der Schuldenbremse umzusetzen, ohne den Spielraum der Ressorts zu stark einzuschränken. Auch in Bezug auf die mittelfristige Finanzplanung sichere das Top-Down-Verfahren Planungssicherheit.

Bei Schätzungen werde auf verschiedene unabhängige Institutionen zurückgegriffen (z. B. Sachverständigenrat, Bundesrechnungshof, Arbeitskreis „Steuerschätzungen“, Beirat des Stabilitätsrats). Dies führe zu realistischen Einschätzungen über die Einnahme- und Ausgabeerwartungen und erhöhe die Transparenz.

Analysen und Berichte

Budget Review der OECD für Deutschland

Gelobt werden darüber hinaus die verschiedenen Prozesse zur Koordinierung der öffentlichen Haushalte – auch im föderalen Kontext. Das Zusammenspiel von Bund und Ländern im Stabilitätsrat wird positiv bewertet.

Die Rollen des Bundestags und insbesondere des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags werden als außerordentlich stark beschrieben. Dabei wird hervorgehoben, dass im parlamentarischen Verfahren der Haushaltsaufstellung die geplante Neuverschuldung in der Regel eher zurückgeführt als ausgeweitet wird.

Die Rolle des Bundesrechnungshofs gehe über die traditionelle Rechnungsprüfung hinaus. An einigen Stellen bringe er sich bereits früher in das Haushaltsverfahren ein als international üblich. Auch dies sei positiv zu bewerten.

In Bezug auf die Investitionen (vor allem Bauten und Infrastrukturinvestitionen wie Straßen und Schienenwege) stehe die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Maßnahme klar im Fokus. Der Prozess von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen für Investitionsprojekte wird beschrieben und dargestellt, dass auch im Falle von ÖPP-Projekten jeweils eine Einzelfallprüfung stattfindet. Insgesamt sei dies begrüßenswert, doch müsse daneben darauf geachtet werden, dass die Umsetzung von Investitionsprojekten zeitlich nicht aus dem Rahmen laufe.

3.1 Inhaltliche Schwerpunkte

Wie bereits dargelegt, stellt die OECD Deutschland ein insgesamt positives Zeugnis aus. Besonders hebt sie folgende Punkte hervor:

Rechtliche Rahmenbedingungen

Das Haushaltssystem des Bundes ist durch ineinandergreifende gesetzliche und verwaltungsmäßige Regelungen gut definiert. Durch das Grundgesetz, das Haushaltsgrundsätzegesetz und die Bundeshaushaltsordnung sind umfangreiche Haushaltsgrundsätze normiert.

Des Weiteren hebt die OECD u. a. das Bundesrechnungshofgesetz, das Stabilitätsratsgesetz und das Konsolidierungshilfengesetz hervor. Letztere stellen sicher, dass sich die Haushaltsführung des Bundes auch an den Erfordernissen der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung orientiert und hierzu eine Abstimmung der staatlichen Ebenen zu erfolgen hat.

Die seit 2010 in Deutschland geltende Schuldenregel ist nach Ansicht der OECD eine deutliche Verbesserung gegenüber der bis dahin geltenden „Goldenen Regel“. Mit ihr kann der jeweiligen konjunkturellen Lage angemessen Rechnung getragen und zugleich eine ausufernde Neuverschuldung vermieden werden. Soweit sich dies bisher hatte abschätzen lassen, hat sich die Schuldenbremse beim Bund – aber auch bei den Ländern (soweit bereits eingeführt) – bewährt.

Top-Down-Verfahren

Nach der Einführung der neuen Schuldenbremse wurde auch der Prozess der Aufstellung des Bundeshaushalts reformiert. Im sogenannten Top-Down-Verfahren wird zu Beginn der Haushaltsaufstellung auf der Grundlage unabhängiger Schätzungen der mittelfristigen Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der darauf fußenden erwarteten Steuereinnahmen eine Ausgabenobergrenze für den gesamten Bundeshaushalt hergeleitet. Mit dem Eckwertebeschluss, dessen Entwurf dem Bundeskabinett vom BMF vorgelegt wird, werden auf dieser Grundlage Obergrenzen für die Haushalte der einzelnen Ministerien (Einzelpläne) festgelegt – sowohl für das kommende Haushaltsjahr als auch die daran anschließenden Finanzplanjahre. Ausgangspunkt für diese Aufteilung ist dabei der geltende Finanzplan, den das Bundeskabinett im Sommer des Vorjahres beschlossen hat. Dieser wird bei der Herleitung des Eckwertebeschlusses im Lichte aktueller Entwicklungen fortgeschrieben. Die vom Bundeskabinett festgelegten Plafonds werden im Zuge des weiteren regierungsinternen Aufstellungsprozesses – mit relativ großer

Analysen und Berichte

Budget Review der OECD für Deutschland

Freiheit für die einzelnen Ministerien – auf die einzelnen Ausgabetitel heruntergebrochen. Die OECD lobt diese Vorgehensweise ausdrücklich. Sie stelle sicher, dass Ausgabenobergrenzen eingehalten werden und die Ministerien trotzdem die Möglichkeit haben, auch neue Programme oder Ausgabetitel im vorgegebenen finanziellen Rahmen zu schaffen. Hierdurch werde einerseits der konjunkturellen Entwicklung Rechnung getragen, andererseits könne auf neue Herausforderungen angemessen reagiert werden.

System von Schätzungen und Prognosen

Ausführlich stellt die OECD das System der ineinandergreifenden Schätzungen und Projektionen dar. Schätzungen der mittelfristigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der Steuereinnahmen erfolgen jeweils im Vorfeld zum Eckwertebeschluss im März, vor dem Kabinettsbeschluss zum Haushaltsentwurf im Juni/Juli und vor dem Beschluss des Haushalts durch den Deutschen Bundestag im November. Es wird hervorgehoben, dass in Deutschland verschiedene Expertengremien an der Erstellung der Schätzungen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der Steuereinnahmen beteiligt sind. Die Bundesregierung wird durch den Sachverständigenrat, die Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute, den Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ und seit kurzem auch durch den Beirat des Stabilitätsrats beraten. Dies stellt unabhängige und valide Schätzungen sicher.

Parlamentarische Beratungen

Rolle und Einfluss des Parlaments – und hier vor allem des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags – seien in Deutschland außergewöhnlich stark. Ausführlich wird der Prozess der parlamentarischen Beratungen des Haushalts dargestellt. Hervorzuheben sei hierbei auch die Rolle der Berichterstatter, also der Abgeordneten des Haushaltsausschusses, die sich eines Einzelplans „annehmen“ und sich im Rahmen sogenannter Berichterstattergespräche und der Einzelplanberatungen im

Haushaltsausschuss sehr intensiv mit dem jeweiligen Ressorthaushalt beschäftigen. Die Bereinigungssitzung, in der jeweils im November eines Jahres sämtliche noch offenen Fragen geklärt werden und letztlich der gesamte Bundeshaushalt des kommenden Jahres finalisiert wird, wird ebenfalls beschrieben.

Der Bericht stellt dar, dass das Parlament zwar eine große Anzahl einzelner Titelansätze verändert, hierbei aber meistens zwischen Titeln umschichtet und eher selten die Ausgaben insgesamt erhöht. Im Ergebnis kommt es im parlamentarischen Aufstellungsverfahren meist zu einer Reduzierung der geplanten Nettokreditaufnahme des Bundes.

Rolle des Bundesrechnungshofs

Neben dem Parlament hat auch der Bundesrechnungshof (BRH) eine im internationalen Vergleich sehr starke Stellung. Seine Befugnisse gehen über die reine Rechnungsprüfung hinaus. Der BRH ist bereits in die Haushaltsverhandlungen zwischen dem BMF und den einzelnen Ministerien eingebunden. Auch an den Berichterstattergesprächen und den Einzelplanberatungen im Haushaltsausschuss nimmt er teil. Bei größeren Investitionen wird der BRH ebenfalls sehr frühzeitig eingebunden. Dies sei in anderen Mitgliedstaaten nicht in dieser Form üblich, wird aber positiv hervorgehoben.

Koordinierung der staatlichen Ebenen/ Stabilitätsrat

In Deutschland genießen die Länder Haushaltsautonomie. Dies bedeutet, dass der Bund den Ländern keine Vorgaben hinsichtlich ihrer Haushalte machen darf. Auch für die Länder gelten jedoch die Vorgaben des Grundgesetzes und des Haushaltsgrundsatzgesetzes zum Haushaltswesen. Das bedeutet vor allem, dass die Länder ab 2020 (in konjunkturell ausgeglichenen Zeiten) keine neuen Schulden mehr aufnehmen dürfen. Die OECD stellt dies in der Budget Review ausführlich dar und erläutert, dass es aufgrund der weitreichenden Autonomie

Analysen und Berichte

Budget Review der OECD für Deutschland

der Länder, die in manch anderen föderalen OECD-Staaten nicht so ausgeprägt ist, einer guten Koordinierung der Entscheidungsträger von Bund und Ländern bedarf – insbesondere mit Blick auf die Erfüllung der EU-Vorgaben, die auf den Gesamtstaat und nicht auf einzelne Gebietskörperschaften zielen.

Der Stabilitätsrat – dem die Finanzminister von Bund und Ländern sowie der Bundeswirtschaftsminister angehören – hat in Deutschland die Aufgabe übernommen, drohende Haushaltsnotlagen beim Bund und den Ländern so frühzeitig zu erkennen, dass deren Eintreten noch verhindert werden kann. Ausführlich stellt die Budget Review dar, dass sich Bund und Länder in diesem Gremium gegenseitig in ihrer Haushaltsführung beobachten und kontrollieren. Gebietskörperschaften, denen eine Haushaltsnotlage droht, müssen mit

dem Stabilitätsrat ein Sanierungsverfahren über fünf Jahre vereinbaren und die Nettokreditaufnahme schrittweise zurückfahren. Seit Dezember 2013 ist dem Stabilitätsrat ein unabhängiger Beirat von Wissenschaftlern zur Seite gestellt, der die Einhaltung der im Haushaltsgrundsätzegesetz festgelegten Obergrenze des gesamtstaatlichen strukturellen Finanzierungsdefizits zu überwachen hat. Die OECD bewertet die Schaffung des Stabilitätsrats, den Abstimmungsprozess und den unabhängigen Beirat als positiv.

3.2 Empfehlungen der OECD

Trotz des positiven Gesamturteils hat die OECD in ihrem Bericht auch Empfehlungen zur Weiterentwicklung und zur Änderung von Prozessen und der Organisation gegeben. Dies sind vor allem:

- Die Schuldenbremse muss während des gesamten Konjunkturzyklus eingehalten werden – also auch, wenn konjunkturelle Überschüsse erwirtschaftet werden müssen.
- Die Schuldenbremse muss von Bund und Ländern konsequent befolgt werden. Gerade die Länder weisen derzeit noch sehr heterogene Haushaltssituationen auf. Der Stabilitätsrat muss die Länder, denen eine Haushaltsnotlage droht, konsequent beobachten und zu besseren Ergebnissen anleiten.
- Durch die größeren Freiheiten aller Ministerien im Prozess der Haushaltsaufstellung im Top-Down-Verfahren liegt die Verantwortung verstärkt in der Hand der Ressorts. Alle Ministerien müssen sich gemeinsam einer strikten Disziplin verpflichtet fühlen, um die gute fiskalische Position des Bundes nicht zu gefährden.
- Deutschland darf die langfristigen Risiken für seine Haushalte – vor allem resultierend aus einer alternden Bevölkerung – nicht aus den Augen verlieren und sollte Langfristbetrachtungen stärken.
- Anderen Ländern folgend sollte Deutschland versuchen, den Haushalt und die Rechnungslegung noch bürgerfreundlicher zu strukturieren und zu präsentieren.
- Der Bundeshaushalt ist mit seinen Titeln noch sehr klassisch strukturiert. Es wird in der Darstellung wenig Augenmerk auf den sogenannten Output oder Produkte gelegt. Es wird daher geraten, dass mehr Wert auf die „Performance“ des Haushalts (also die Ergebnisse für den Bürger) gelegt wird als bisher nur auf die verausgabten Mittel.
- Die Einführung von einnahme- und ausgabeseitigen Haushaltsanalysen – „Spending Reviews“ – wird angeregt.

Analysen und Berichte

Budget Review der OECD für Deutschland

4 Schlussfolgerungen

4.1 Gesamtbetrachtung

Aus Sicht des BMF ist das Urteil der OECD über das deutsche Haushaltssystem sehr erfreulich. Gerade nach größeren Reformen – wie Schuldenbremse oder Top-Down-Verfahren – ist es wichtig, auch eine Einschätzung von Unabhängigen zu erhalten. Die OECD vereint hierbei eine große Expertise mit internationalen Erfahrungen und hoher Unabhängigkeit. Der nun veröffentlichte Bericht der OECD zeigt, dass die eingeleiteten Reformen im Haushaltswesen des Bundes ein Schritt in die richtige Richtung waren. Es muss zwar laufend überprüft werden, ob noch Weiterentwicklungen nötig und möglich sind. Eines steht aber fest: Das deutsche Haushaltssystem ist nicht so altmodisch, wie zuvor von manchen befürchtet.

Zum Haushaltswesen in Deutschland existiert relativ wenig Literatur. Die nun vorliegende Review bietet erstmals die Möglichkeit, die Besonderheiten des deutschen Haushaltssystems im internationalen Vergleich zu betrachten. Vor allem die Koordination der öffentlichen Haushalte im Stabilitätsrat ist aufgrund des deutschen Föderalismus einzigartig – aber notwendig, sinnvoll und auch aus Sicht der OECD gut aufgestellt.

4.2 Einschätzung und Berücksichtigung der Empfehlungen

Das BMF wird sich nun mit den Empfehlungen der OECD zur Weiterentwicklung des Haushaltssystems auseinandersetzen. Dabei wäre es falsch, nur die positiven Signale aufzugreifen und auf Kritikpunkte nicht einzugehen.

In einem ersten Schritt hat bereits die Durchführung von einnahme- und ausgabeseitigen Haushaltsanalysen Eingang in den Koalitions-

vertrag zur 18. Legislaturperiode gefunden. Das Top-Down-Verfahren benötigt eine inhaltliche Ergänzung; zugleich muss das BMF seine fachpolitischen Kompetenzen stärken. Hierzu finden derzeit erste Vorüberlegungen statt.

Auch hat die OECD die Tragfähigkeitsberichterstattung des BMF zwar gelobt, jedoch eine stärkere Wahrnehmung und Berücksichtigung der zugrundeliegenden Analysen angeregt. Langfristige fiskalische Risiken sollen stärker ins Kalkül gezogen werden. Auch diese Empfehlung der OECD wird aufgenommen und intensiv diskutiert.

Die OECD regt darüber hinaus an, Prozesse und Gremien einem „Streamlining“ zu unterziehen, also zu prüfen, ob sie gestrafft werden können. Dies wird vom BMF gerne aufgegriffen. Die Ergebnisse und Beobachtungen der Haushalte und Verfahren in den ersten Jahren des neuen Haushaltsrechts mit Schuldenbremse, Top-Down-Verfahren und – seit neuestem – dem Beirat des Stabilitätsrats, aber auch zahlreichen anderen Regelungen, müssen in den kommenden Jahren analysiert und das System muss gegebenenfalls weiterentwickelt werden.

Auch muss geprüft werden, wie Elemente der „Performance“ oder Ergebnisorientierung besser in den Haushaltsprozess integriert werden können. Mit der Modernisierung der Vorworte in den Einzelplänen und Kapiteln des Haushalts ist hierzu ein erster – zugegebenermaßen aber auch sehr kleiner Schritt – gemacht worden. Auch die Darstellung des Haushalts und der Rechnungsergebnisse wird, vor allem vor dem Hintergrund von zusätzlichen Informationskanälen verbessert werden müssen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass beim Bund alle „must haves“ – also alle essenziellen Elemente – eines modernen Haushaltssystems gegeben sind. Dies entbindet jedoch nicht davon, dieses Haushaltssystem zeitgemäß fortzuentwickeln.

Gemeinsames Konzept von Bund und Ländern zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens

- Das gemeinsame Konzept von Bund und Ländern zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens verfolgt ehrgeizige Ziele: erstens die Kommunikationsprozesse und Arbeitsabläufe strukturell neu gestalten, zweitens mit verstärktem IT-Einsatz das steuerliche Massenverfahren optimieren und drittens die Aufgaben der Steuerverwaltung nachhaltig, effektiv und wirtschaftlich erfüllen.
- Neue technische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, ein verändertes globales Umfeld, die demografische Entwicklung der Gesellschaft und abnehmende personelle Ressourcen beeinflussen zunehmend das Besteuerungsverfahren. Bund und Länder sehen daher gemeinsam die Notwendigkeit, Arbeitsabläufe im steuerlichen Massenverfahren neu auszurichten.
- Die wesentlichen Handlungsfelder der Verfahrensmodernisierung sind eine größere Serviceorientierung der Steuerverwaltung, eine stärkere Unterstützung der Arbeitsabläufe durch Informationstechnologie (IT) und strukturelle Verfahrensanpassungen. Von den Möglichkeiten eines zielgenaueren Ressourceneinsatzes sollen alle am Verfahren Beteiligten gleichermaßen profitieren.
- Zur Umsetzung des Gesamtpakets sind rechtliche, technische und organisatorische Anpassungen notwendig. Mit den erforderlichen gesetzgeberischen Arbeiten soll Anfang 2015 begonnen werden. Die organisatorische und die IT-Umsetzung der vorgesehenen Maßnahmen erfolgen schrittweise und erfordern erhebliche zusätzliche Investitionen von Bund und Ländern.

1	Ausgangslage.....	13
2	Reformziele.....	14
3	Kernelemente der Verfahrensmodernisierung	15
3.1	Kommunikation zwischen den am Besteuerungsverfahren Beteiligten.....	15
3.2	Optimierung der Einkommensteuerveranlagung.....	16
3.3	Weitere Verfahrensanpassungen und rechtliche Änderungen.....	17
4	Weiteres Vorgehen.....	17
5	Fazit	18

1 Ausgangslage

Gesellschaft und Wirtschaft wurden in den vergangenen Jahrzehnten durch die Einführung der modernen IT spürbar verändert. Technische Entwicklungen wie das Internet und die elektronische Kommunikation beeinflussen dabei auch das Besteuerungsverfahren spürbar. So hat

sich die Art und Weise, wie Steuern erklärt, festgesetzt und beschieden werden, seit der Jahrtausendwende stetig weiterentwickelt. Die IT ist in der Finanzverwaltung und auf Seiten der Bürger und Unternehmen nicht mehr wegzudenken.

Neben den technischen Rahmenbedingungen beeinflussen sowohl die demografische Entwicklung der Gesellschaft als auch die

Analysen und Berichte

Gemeinsames Konzept von Bund und Ländern zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens

zunehmend globalisierten Geschäftsprozesse in der Wirtschaft das Besteuerungsverfahren. Die Globalisierung der Wirtschaft wirkt dabei bis in private Lebenssachverhalte hinein: Waren und Dienstleistungen werden international ausgetauscht und Steuerpflichtige erwirtschafteten Einkommen grenzüberschreitend. Die Komplexität und Beschleunigung der Lebenswirklichkeit nehmen zu und die Anforderungen an das Besteuerungsverfahren steigen. Die zur Verfügung stehenden Ressourcen bei allen am Besteuerungsverfahren Beteiligten bleiben dagegen voraussichtlich auch in den kommenden Jahren begrenzt oder werden sogar knapper.

Aufgrund dieser stetigen Entwicklung ist es erforderlich, das Besteuerungsverfahren zum Nutzen aller Verfahrensbeteiligten, d. h. der Bürger und Unternehmen, ihrer Berater und der Steuerverwaltung, weiter zu modernisieren. Hierzu sind die technischen und organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen, aber auch die rechtlichen Regelungen an die geänderten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen. Gleichmäßigkeit und Gesetzmäßigkeit der Besteuerung sowie die föderale Kompetenzverteilung müssen dabei weiterhin gewährleistet bleiben.

2 Reformziele

Um aktuellen und zukünftig zu erwartenden Herausforderungen für ein gleichermaßen effizientes wie nachhaltiges Besteuerungsverfahren gerecht zu werden, sollen Kommunikationsprozesse und Arbeitsabläufe im Besteuerungsverfahren strukturell neu gestaltet werden. Das steuerliche Massenverfahren muss mit Hilfe eines verstärkten IT-Einsatzes neu ausgerichtet werden, um eine bürgerfreundliche, effektive und wirtschaftliche Aufgabenerfüllung der Steuerverwaltungen zu gewährleisten.

Durch den optimierten Einsatz der elektronischen Möglichkeiten kann auch ein verbesserter Service für die Steuerpflichtigen angeboten werden. Das Besteuerungsverfahren kann weitgehend unabhängig von Orten und Öffnungszeiten durchgeführt werden. Der weitere Ausbau der elektronischen Kommunikation in beide Richtungen erleichtert und reduziert Steuererklärungspflichten. Transparenz über die der Verwaltung bereits vorliegenden steuererheblichen Daten erübrigt vielfach eine zeitaufwändige Sachverhaltsermittlung, der weitgehende Verzicht auf Belegvorlagepflichten reduziert Arbeitsschritte bei der Erklärungsabgabe und beschleunigt das Verfahren. Die knappe Ressource Zeit wird geschont.

Die Methoden zur Gewährleistung einer gleichmäßigen und gesetzmäßigen Besteuerung werden fortentwickelt. Das Besteuerungsverfahren soll zukünftig noch konsequenter risikoorientiert ausgestaltet werden, um eine möglichst große Zahl der Steuererklärungen im Massenverfahren unter Einsatz automationsgestützter Risikomanagementsysteme zumindest mit erheblich geringerem personellen Aufwand, im Idealfall vollständig automationsgestützt, zu bearbeiten. Risikoarme Steuerfälle können so einfacher und schneller bearbeitet werden. Sachverhalte mit signifikanten steuerlichen Risiken können dafür effektiver und konzentrierter im Finanzamt geprüft werden. Durch Änderungen und Ergänzungen im Verfahrensrecht, insbesondere durch eine Verbesserung des Rechtsschutzes im elektronischen Verfahren, wird gewährleistet, dass die Rechtsposition der Steuerpflichtigen hierdurch nicht geschmälert wird.

Dass künftig die Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns stärker in den Mittelpunkt rücken soll, beruht nicht zuletzt auf den verfassungsrechtlich verankerten Verschuldungsgrenzen von Bund und Ländern. Diese erfordern es, die bestehenden Steueransprüche dauerhaft effektiv und

Analysen und Berichte

Gemeinsames Konzept von Bund und Ländern zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens

effizient zu sichern. Vor dem Hintergrund der Menge und Komplexität der Aufgaben in einer globalisierten und digitalisierten Gesellschaft kann dies nur durch moderne IT-Systeme und die Konzentration auf risikoträchtige Steuerfälle geleistet werden. Das setzt zwar zunächst notwendige Investitionen voraus. Diese sind für den Staat jedoch als Investitionen in die Zukunft unverzichtbar, um nachhaltig von verbesserten Prozessabläufen und einer moderneren Infrastruktur profitieren zu können.

3 Kernelemente der Verfahrensmodernisierung

Das Modernisierungskonzept enthält nachstehende Kernelemente:

- Kommunikation zwischen den am Besteuerungsverfahren Beteiligten,
- Optimierung der Einkommensteuer-
veranlagung,
- Weitere Verfahrensanpassungen und rechtliche Änderungen.

3.1 Kommunikation zwischen den am Besteuerungsverfahren Beteiligten

Das Modernisierungskonzept sieht vor, die bereits begonnene Verfahrensumstellung auf elektronische Kommunikationswege konsequent zu erweitern, zu verbessern und weiterhin sicher zu gestalten. Die elektronische Steuererklärung bildet dabei einen zentralen Baustein der Modernisierung. Sie ermöglicht eine zeitgemäße, schnelle und medienbruchfreie Kommunikation zwischen Finanzverwaltung und Steuerpflichtigen beziehungsweise Beratern. Außerdem ist sie Voraussetzung für eine durchgängig automationsgestützte Fallbearbeitung und den effizienten Einsatz von IT-gestützten Risikomanagementsystemen. Insgesamt trägt die elektronische Steuererklärung

zu einer schnelleren Bearbeitung durch die Steuerverwaltung bei, wovon auch die Steuerpflichtigen profitieren.

Die nachfolgend beschriebenen gesetzlichen und untergesetzlichen Maßnahmen sollen dazu dienen, die elektronische Kommunikation zwischen der Finanzverwaltung und den Steuerpflichtigen und Beratern umfassend auszubauen und den Anteil der elektronisch eingereichten Steuererklärungen zu erhöhen:

- Die Servicequalität der Elektronischen Steuererklärung (ELSTER) wird verbessert. Auch Belege und ergänzende Unterlagen zur Steuererklärung soll der Steuerpflichtige zukünftig mittels ELSTER elektronisch übermitteln können. Eine zusätzliche Korrekturmöglichkeit für Schreib- und Rechenfehler des Steuerpflichtigen bei der Erstellung von Steuererklärungen soll den Rechtsschutz der Steuerzahler stärken.
- Zu den Verbesserungen bei ELSTER gehört auch der Ausbau des seit Januar 2014 bestehenden Serviceangebots der „vorausgefüllten Steuererklärung“ (VaSt). Bereits jetzt ist für die Steuerpflichtigen ein Abruf von diversen Daten, die den Finanzämtern vorliegen, möglich (z. B. Lohndaten, Krankenversicherung, Pflegeversicherung). Die Attraktivität der VaSt soll durch erweiterte Abrufmöglichkeiten gesteigert werden.
- Die elektronische Kommunikation soll sich nicht nur auf Steuererklärungen, sondern vermehrt auch auf andere formale Mitteilungen an das Finanzamt, z. B. Anträge oder Rechtsbehelfe erstrecken. So soll z. B. ein Antrag auf Lohnsteuerermäßigung künftig elektronisch gestellt werden können, um eine verbliebene Lücke im ELStAM-Verfahren zu schließen (ELStAM = Elektronische Lohnsteuerabzugsmerkmale).

Analysen und Berichte

Gemeinsames Konzept von Bund und Ländern zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens

- Steuerbescheide sollen zukünftig – mit Zustimmung des Steuerpflichtigen – auch elektronisch bekanntgegeben werden können, indem sie dem Steuerpflichtigen zur Datenabholung über das ELSTER-Portal oder eine geeignete Steuererklärungs-Software bereitgestellt werden. Zur Wahrung des Steuergeheimnisses und des Datenschutzes wird dabei sichergestellt, dass nur Befugte Zugriff auf diese Daten haben.

3.2 Optimierung der Einkommensteuerveranlagung

Die personelle Fallprüfung bei Einkommensteuererklärungen soll unter Berücksichtigung von Wirtschaftlichkeits- und Zweckmäßigkeitserwägungen auf risikoträchtige Sachverhalte konzentriert werden. Ein effektiverer Ressourceneinsatz gewährleistet den gesetzlichen Auftrag einer zutreffenden Steuerfestsetzung. Folgende Maßnahmen sind vorgesehen:

- Für den Umgang mit Belegen zur Steuererklärung sieht das Modernisierungskonzept einen grundsätzlichen Wechsel der bisherigen Verwaltungspraxis vor. Danach sollen generelle Belegvorlagepflichten so weit wie möglich durch Belegvorhaltpflichten ersetzt werden. Belege werden dann nur noch bei entsprechendem Anlass durch das Finanzamt gezielt angefordert. Die allgemeinen Grundsätze der Feststellungslast gelten weiterhin. Neue Aufbewahrungspflichten sollen den Bürgern daraus nicht erwachsen. Eine Ausnahme wird es nur für das Verfahren bei Zuwendungsbestätigungen geben. Vereinfacht gesagt, sollen Spenden auch ohne Belege steuerlich berücksichtigt werden, die Spendenbelege aber ein Jahr aufbewahrt und nur noch auf Anforderung dem Finanzamt vorgelegt werden.
- Künftig werden verstärkt risikoorientierte Methoden bei der Prüfung von Steuer-

erklärungen und der Ermittlung steuererheblicher Sachverhalte eingesetzt. So sollen auch fallgruppenbezogene Weisungen und der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit der Verwaltung den Ermittlungsumfang im Besteuerungsverfahren beeinflussen und damit den Amtsermittlungsgrundsatz mitbestimmen. Allgemein wird das Risikomanagementsystem so gestaltet, dass es risikobehaftete Fälle zur personellen Prüfung aus der maschinellen Bearbeitung möglichst treffsicher aussteuert. Zufalls- und Turnusprüfungen gewährleisten zusätzlich die verfassungsrechtlich gebotene Generalprävention.

- In der Abgabenordnung (AO) sollen ausdrücklich die Möglichkeit des Einsatzes von Risikomanagementsystemen normiert und zugleich eine vollständig automationsgestützte Fallbearbeitung zugelassen und rechtsstaatlich abgesichert werden. Letztlich sollen Steuerbescheide dadurch in geeigneten Fällen auch vollständig automationsgestützt ergehen können.
- Eine gesonderte Änderungsnorm in der AO für vollständig automationsgestützt erlassene Bescheide soll die Rechtsposition des Steuerpflichtigen stärken. Für Fälle, in denen steuererhebliche Angaben (oder Beweismittel), die der Steuerpflichtige gemacht hat, aufgrund der vollständig automationsgestützten Bearbeitung nicht berücksichtigt wurden, besteht binnen eines Jahres nach Bekanntgabe des Steuerbescheids eine verschuldensunabhängige Änderungsmöglichkeit.
- Der Diskussionsentwurf zur Modernisierung sieht zur Gewährleistung des Legalitätsprinzips und der Gleichmäßigkeit der Besteuerung vor, vollständig automationsgestützt ergangene Bescheide als solche zu kennzeichnen. Dadurch ist es dem Steuerpflichtigen

Analysen und Berichte

Gemeinsames Konzept von Bund und Ländern zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens

möglich, gegebenenfalls zur Wahrung seiner Rechte aktiv zu werden. Mit der Kennzeichnung der Bescheide und der gesonderten Änderungsvorschrift bleiben die Rechte der Steuerpflichtigen und die Rechtsstaatlichkeit des Verwaltungshandelns gewahrt.

- Eine „Verschlankung“ der Steuererklärungen (Beschränkung auf unbedingt notwendige Informationen) würde eine vollmaschinelle Verarbeitung fördern; dies wäre zugleich ein Gewinn für die Steuerpflichtigen, da die Steuererklärungspflicht vereinfacht würde. Das Modernisierungskonzept sieht daher vor, eine Reduzierung der mit der Einkommensteuererklärung abgefragten Informationen zu prüfen.

3.3 Weitere Verfahrensanpassungen und rechtliche Änderungen

Über die genannten Kernelemente hinaus ist beabsichtigt, noch eine Reihe weiterer Regelungen, die thematisch im Zusammenhang mit den Reformzielen stehen, in den Umsetzungsprozess der Modernisierungsmaßnahmen zu integrieren. Beispielhaft seien hier genannt:

- Schaffung bereichsspezifischer Regelungen zum Datenschutz im Besteuerungsverfahren. So soll z. B. ein gesetzlicher Auskunftsanspruch auf Antrag über die im Besteuerungsverfahren gespeicherten personenbezogenen Daten sowie eine Informationspflicht der Finanzbehörde bezüglich ohne Wissen des Betroffenen erhobener personenbezogener Daten geschaffen werden. Ebenso sollen Regelungen zur Berichtigung, Löschung und Sperrung personenbezogener Daten eingeführt werden.
- Die im Einkommensteuergesetz (EStG) verteilten und teilweise uneinheitlichen Regelungen über Datenübermittlungspflichten Dritter (z. B. Arbeitgeber,

Rentenversicherung, Krankenversicherung) sollen harmonisiert und in der AO zentralisiert werden. Zudem wird geprüft, inwieweit bei Daten, die der Finanzverwaltung bereits aufgrund elektronischer Datenübermittlungspflichten Dritter vorliegen, auf eine zusätzliche Abfrage in Steuerklärungsformularen verzichtet werden kann. Dem Steuerpflichtigen bleibt es aber unbenommen, eigene (von der Datenübermittlung abweichende) Angaben zu machen.

- Neuregelung der Steuerklärungsfristen und des Verspätungszuschlags, denn eine Optimierung des Erklärungsprozesses, also der rechtzeitigen und kontinuierlichen Abgabe der Steuererklärungen, verbessert die Arbeitsabläufe in der Finanzverwaltung und der Steuerberatungspraxis und kann daher ebenfalls einen Beitrag zum effizienten Steuervollzug leisten.

Der Diskussionsentwurf, in dem alle vorgeschlagenen Einzelmaßnahmen erläutert und auch erste Formulierungsvorschläge für gesetzliche Neuregelungen enthalten sind, ist auf den Internetseiten des BMF zum Abruf eingestellt.¹

4 Weiteres Vorgehen

Die Veröffentlichung des Konzepts zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens in Form eines Diskussionsentwurfs soll den Dialog mit den betroffenen Gruppen anstoßen und verdeutlichen, dass das Konzept noch für einen fachlichen Diskurs offen ist. Alle am Besteuerungsverfahren Beteiligten sollen auf diese Weise schon frühzeitig Gehör finden, um

¹ http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Steuern/2014-11-21-Modernisierung-des-Besteuerungsverfahrens-Diskussionsentwurf-Anlage.pdf?__blob=publicationFile&v=1

Analysen und Berichte

Gemeinsames Konzept von Bund und Ländern zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens

den Nutzen des Modernisierungsvorhabens für alle Beteiligten umfänglich sicherzustellen.

Die zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens erforderlichen gesetzlichen Maßnahmen sollen Anfang des Jahres 2015 in den Gesetzgebungsprozess eingebracht werden und ab 2016 wirksam werden.

Die organisatorische und die IT-Umsetzung der vorgesehenen Maßnahmen sollen anschließend schrittweise und mit den notwendigen zeitlichen Vorläufen erfolgen.

Einerseits müssen dabei die zur Verfügung stehenden Personal- und Finanzressourcen berücksichtigt werden. Andererseits ist sicher, dass ein solch ambitioniertes Modernisierungsvorhaben nicht einfach mit „Bordmitteln“ zu bestreiten ist. Für die Umsetzungsmaßnahmen sind daher erhebliche Investitionen von Bund und Ländern in entsprechendes Personal und in die (Weiter-)Entwicklung der KONSENS-Verfahren (KONSENS = Koordinierte neue Software-Entwicklung der Steuerverwaltung der Länder) notwendig. Dies entspricht der gemeinsamen Überzeugung der Finanzminister aller Länder, wie sie im Beschluss

der Finanzministerkonferenz (FMK) vom 13. November 2014 zum Ausdruck kommt und auch vom Bund mitgetragen wird.

5 Fazit

Die Verbesserung der Kommunikationsprozesse und Arbeitsabläufe im Besteuerungsverfahren durch einen breiteren IT-Einsatz und eine stärkere Risikoorientierung der Fallbearbeitung ist nach gemeinsamer Überzeugung von Bund und Ländern der richtige Ansatz, um zukünftigen Herausforderungen der Steuerverwaltung gerecht zu werden und eine nachhaltige, effektive und wirtschaftliche Aufgabenerfüllung zu gewährleisten. Die erforderliche Neuausrichtung der Arbeitsabläufe und Prozesse bedarf in vielen Punkten eines Umdenkens und Betretens neuer Wege. Um die Bereitschaft dazu bei allen am Verfahren Beteiligten zu wecken, ist Überzeugungsarbeit erforderlich. Der vorgelegte Diskussionsentwurf zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens bietet die Grundlage für eine breite Diskussion mit allen Betroffenen.

Zum Stand des Reformprozesses in Portugal

Teil 4 einer Artikelserie zur aktuellen Lage im Euroraum

- Portugal hat während seines Finanzhilfeprogramms 2011-2014 wichtige Weichen gestellt, um die öffentlichen Finanzen auf einen tragfähigen Kurs zu setzen, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu verbessern und den Bankensektor zu stabilisieren. Erfolge sind deutlich sichtbar, wie das einsetzende Wirtschaftswachstum, die erstarkte Leistungsbilanz und die zurückgehende Arbeitslosigkeit unterstreichen. Nach Irland und Spanien ist Portugal das dritte Land, das sein Hilfsprogramm erfolgreich beendet hat und sich wieder eigenständig am Kapitalmarkt finanziert.
- Der Reformweg ist allerdings noch nicht abgeschlossen. Vielmehr sind Reformen weit über die aktuelle Legislaturperiode hinaus fortzusetzen, um die Tragfähigkeit der Staatsfinanzen dauerhaft zu gewährleisten und das Wachstum abzusichern. Neben weiterer Haushaltskonsolidierung bedarf es fortgesetzter Strukturreformen.
- Deutschland und die europäischen Partner stehen auch nach Abschluss des Finanzhilfeprogramms fest an der Seite Portugals. Die Europäische Union (EU) wird das Land auf seinem weiteren Reformweg unter anderem im Rahmen der Nachprogrammüberwachung begleiten. Deutschland gibt über bilaterale Initiativen eigene Erfahrungen weiter. So hat etwa die Kreditanstalt für Wiederaufbau Portugal bei der Gründung einer nationalen Förderbank für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) beraten.

1	Ausgangslage	19
2	Reformerfolge des Anpassungsprogramms	20
2.1	Wirtschaftslage.....	20
2.2	Gesundung der Staatsfinanzen	22
2.3	Strukturreformen	23
2.4	Bankensektor.....	24
3	Verbleibende Herausforderungen	26
4	Fazit und Ausblick.....	27

1 Ausgangslage

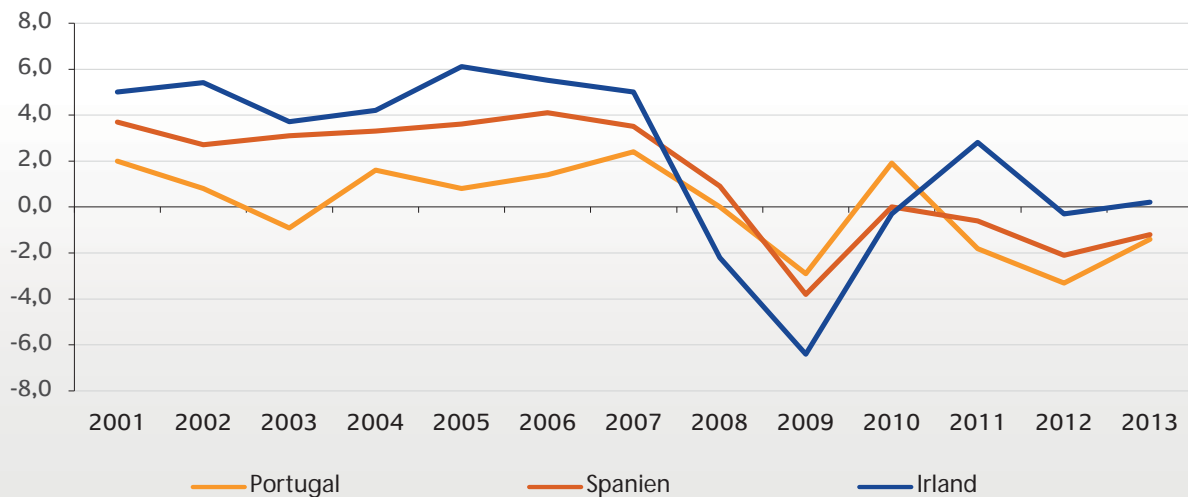
Vor Ausbruch der Krise hatte Portugal bereits etwa ein Jahrzehnt lang lediglich schwaches Wirtschaftswachstum und geringe Produktivitätssteigerungen verzeichnet. Die viel zitierte „Party“, also ein rasanter Aufschwung, wie ihn beispielsweise Irland und zum Teil auch Spanien vor ihrem nachfolgenden herben Abschwung erlebt hatten, war an Portugal vorübergegangen (vergleiche Abbildung 1).

Vielmehr war das Wachstumspotenzial bei nachlassender Wettbewerbsfähigkeit und tiefgreifenden strukturellen Hemmnissen stetig gesunken. Entsprechend moderat entwickelte sich das portugiesische Bruttoinlandsprodukt (BIP) selbst in den – global gesehen – wirtschaftlich guten Zeiten Anfang dieses Jahrhunderts. Gleichzeitig nahm mit einer notorisch defizitären Leistungsbilanz die Auslandsverschuldung Portugals stetig zu. Im Zuge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise stiegen Haushaltsdefizit und Staatsver-

Analysen und Berichte

Zum Stand des Reformprozesses in Portugal

Abbildung 1: Reales BIP-Wachstum in %



Quelle: Eurostat, Ameco-Datenbank.

schuldung ab 2009 deutlich an. Das Investorenvertrauen schwand zunehmend und ließ die Risikoaufschläge auf portugiesische Staatspapiere kontinuierlich steigen. Letztlich verlor das Land den Zugang zu einer tragbaren Kapitalmarktfinanzierung.

Daraufhin vereinbarte Portugal im Mai 2011 ein dreijähriges makroökonomisches Anpassungsprogramm, das mit Finanzhilfen der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF), des Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) und des Internationalen Währungsfonds (IWF) in einem Gesamtvolumen von 78 Mrd. € unterstützt wurde. Hier von hat Portugal letztlich ein Volumen von 75,4 Mrd. € abgerufen. Im Gegenzug zur Kredit Hilfe hat die Troika bestehend aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und IWF mit dem Land eine Reformagenda ausgehandelt, die es schrittweise abzarbeiten galt. Das Programm hatte zum Ziel, den Staatshaushalt dauerhaft zu sanieren, den Finanzsektor zu stabilisieren und über strukturelle Reformen das Wachstumspotenzial zu stärken. Vor dem Hintergrund der zum Teil schwierigen wirtschaftlichen, politischen und institutionellen Bedingungen ist Portugal

die Umsetzung der hierzu notwendigen Maßnahmen erfolgreich gelungen. So konnte das Land sein Finanzhilfeprogramm im Frühsommer 2014 beenden.

2 Reformenerfolge des Anpassungsprogramms

2.1 Wirtschaftslage

Nach der tiefen Rezession während der ersten Programmjahre hat in Portugal eine sanfte Erholung eingesetzt. Bereits seit dem Frühjahr 2013 verzeichnet das Land wieder Wachstum. Mit einem geschätzten Zuwachs von 0,9 % wird sich das BIP ab diesem Jahr auch bezogen auf das Gesamtjahr wieder positiv entwickeln. Über die nächsten Jahre dürfte sich die Expansion weiter beschleunigen. Nachdem die Erholung zunächst vorwiegend von der Exportseite herrührte, steht das Wachstum inzwischen auf zunehmend breiter Basis. Das Verbrauchervertrauen und das Geschäftsklima haben sich stetig verbessert, Konsum und Investitionen im Privatsektor ziehen an. Auch zieht der Finanzsektor nach einer Phase der

Analysen und Berichte

Zum Stand des Reformprozesses in Portugal

Restrukturierung mit seinem Kreditangebot allmählich wieder mit.

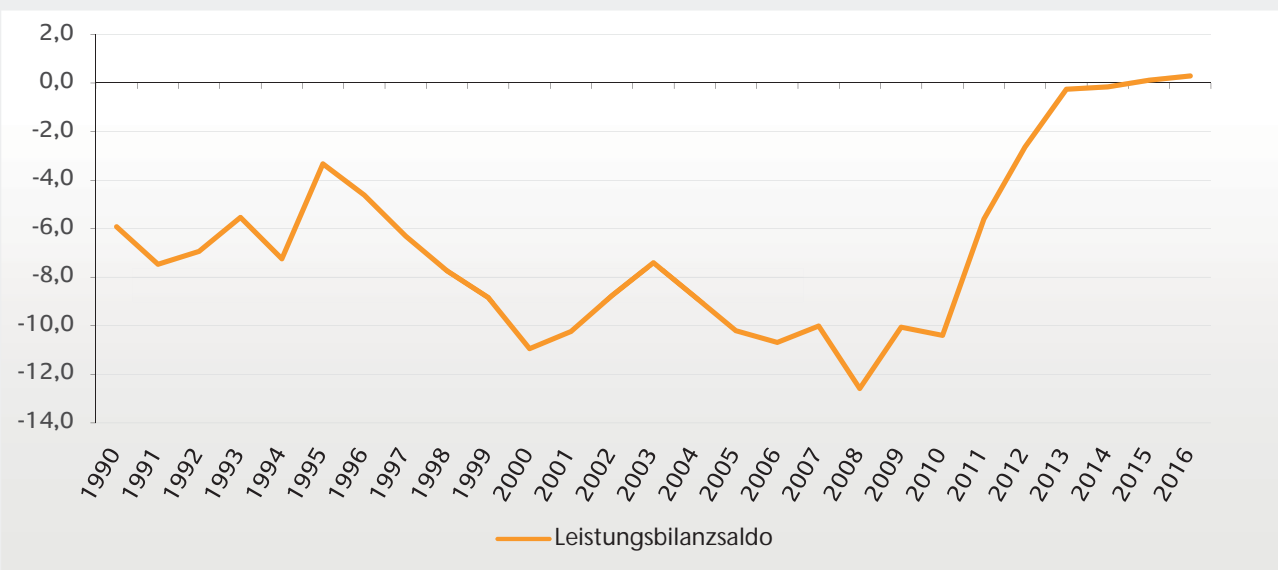
Portugal ist es gelungen, mit einer Mischung aus Effizienzverbesserungen und Lohnzurückhaltung seine Lohnstückkosten zu senken und so seine Wirtschaft wettbewerbsfähiger zu machen. Dieser Trend hatte bereits 2009 im Außenwirtschaftssektor begonnen und setzte sich ab 2011 verstärkt auch im Binnensektor durch. Das schlägt sich deutlich in der Leistungsbilanz nieder. Nach jahrzehntelangem Defizit weist Portugal seit 2013 eine in etwa ausgeglichene Leistungsbilanz auf. Für die nächsten Jahre werden sogar leichte Überschüsse erwartet (vergleiche Abbildung 2). Die Exportquote des Landes ist von 28 % des BIP im Jahr 2009 auf rund 40 % im Jahr 2014 gestiegen. Die Ausfuhren nach Deutschland, dem weltweit zweitgrößten Abnehmer portugiesischer Warenexporte, wuchsen ebenso wie etwa jene in die sprachverwandten Länder Angola, Brasilien und Mosambik. Gleichzeitig pflegt Deutschland enge Wirtschaftsbeziehungen zu Portugal im Land selbst. So ist u. a. die deutsche Automobilindustrie einschließlich ihrer Zulieferbetriebe sehr präsent und trägt bedeutend zum Export des Landes bei.

Wesentlicher Treiber der Dienstleistungsexporte Portugals ist der Tourismus.

Der Aufschwung zeigt sich inzwischen auch am Arbeitsmarkt. Die Beschäftigung steigt, und die Arbeitslosigkeit sinkt. Mit einem Durchschnittswert von 14,5 % für 2014 ist die Arbeitslosenquote zwar noch hoch, liegt aber bereits 2 Prozentpunkte niedriger als noch im vergangenen Jahr. Am aktuellen Rand ist die Arbeitslosigkeit mit 13,1 % im 3. Quartal dieses Jahres noch weiter gesunken. Hiervon gehen wiederum positive Rückkopplungseffekte auf die Binnennachfrage aus. Die Jugendarbeitslosigkeit ist allerdings mit derzeit 32,2 % gemessen an den Erwerbspersonen der Altersgruppe nach wie vor ein Problem in Portugal.

Portugal hat mit der Reformumsetzung schrittweise das Vertrauen der Investoren zurückgewonnen und so seinen Zugang zum internationalen Kapitalmarkt zurückerlangt. Bereits während des Finanzhilfeprogramms hat das Land schrittweise wieder Anleihen begeben und ist inzwischen mit einem vollen Laufzeitspektrum am Markt etabliert. Die aufgebaute Barreserve kann

Abbildung 2: Leistungsbilanzsaldo in % des BIP



Quellen: Ameco-Datenbank; 2014 Schätzung, 2015/2016 Prognose.

Analysen und Berichte

Zum Stand des Reformprozesses in Portugal

mögliche plötzliche Schwankungen in der Marktstimmung abfedern helfen. Die Ratingagenturen haben ihre Bewertungen Portugals sukzessive verbessert, wenngleich das Land von den drei führenden Agenturen noch unterhalb des Gütesiegels „Investment-grade“ geführt wird.

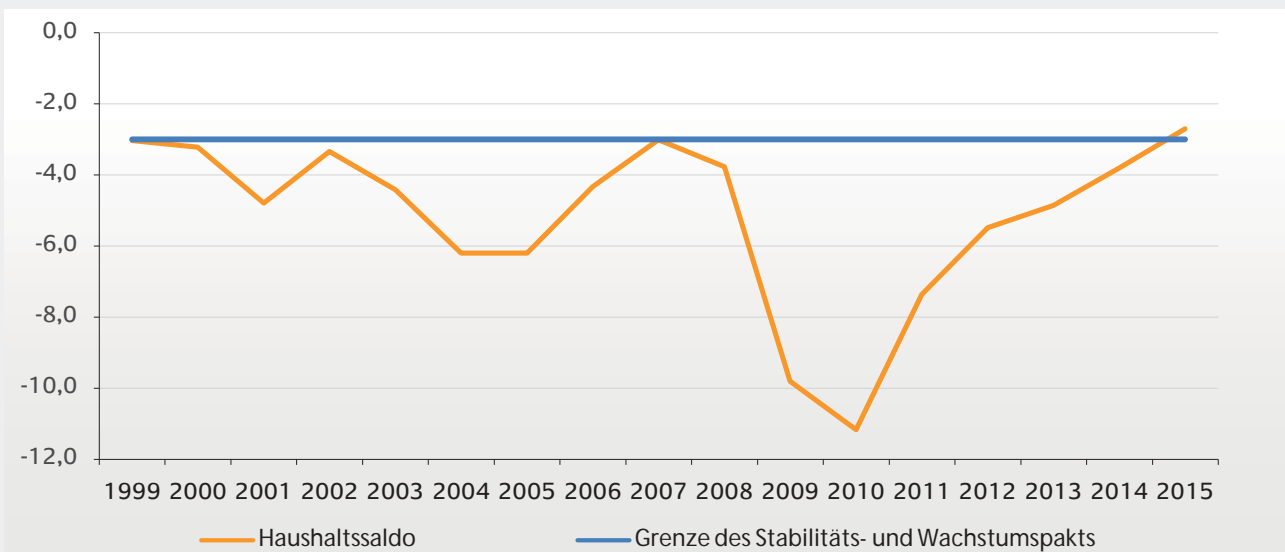
2.2 Gesundung der Staatsfinanzen

Die Entwicklung der Staatsfinanzen Portugals war bereits über einen langen Zeitraum vor Ausbruch der Krise problematisch. So wies das Land nur zweimal seit der Euro-Einführung ein Haushaltsdefizit von annähernd 3 % des BIP auf; in allen anderen Jahren verfehlte es diese Marke zum Teil deutlich. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hinterließ dann zusätzliche tiefe Lücken. Die unter dem Finanzhilfeprogramm durchgeführten Reformen bewirkten hier deutliche Fortschritte. Portugal soll ab dem kommenden Jahr die im Stabilitäts- und Wachstumspakt definierte Obergrenze nach langer Zeit wieder einhalten (vergleiche Abbildung 3).

Weitreichende Konsolidierungsmaßnahmen haben zu einer spürbaren Verbesserung der Haushaltslage geführt. Zwischen 2010 und 2013 hat Portugal sein Haushaltsdefizit mehr als halbiert, dabei sank auch das strukturelle Defizit um rund 6 Prozentpunkte. Dank der Entschlossenheit der portugiesischen Regierung gelang dies trotz des zeitweise schwierigen Umfelds aus steigender Arbeitslosigkeit, höherer Zinsbelastung und juristischen Umsetzungsschwierigkeiten. Die Ersparnisse teilen sich etwa hälftig auf die Ausgaben- und die Einnahmenseite auf.

Zur Senkung der Staatsausgaben trugen insbesondere Kürzungen im Bereich des öffentlichen Dienstes bei: Stellen wurden abgebaut, Gehälter gekürzt, Pensionsrechte stärker an die im Privatsektor angepasst, die Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden erhöht und Urlaubs- und Feiertage reduziert. Insgesamt konnten so die Kosten für den öffentlichen Dienst in Portugal, die zu Beginn des Anpassungsprogramms im internationalen Vergleich noch relativ

Abbildung 3: Haushaltssaldo in % des BIP



Quellen: Ameco-Datenbank; 2014 Schätzung (ohne Sondereffekte); 2015 Prognose der portugiesischen Regierung.

Analysen und Berichte

Zum Stand des Reformprozesses in Portugal

hoch lagen, um 16 % innerhalb von drei Jahren gesenkt werden. Zur Stärkung der Staatseinnahmen trugen unter anderem die Erhöhung der Mehrwertsteuersätze und der Einkommensteuer sowie eine effektive Bekämpfung von Steuerhinterziehung bei. Neben diesen unmittelbar haushaltsrelevanten Maßnahmen hat Portugal zahlreiche Verbesserungen in der Finanzverwaltung vorgenommen. Hierzu gehören eine wirksamere Ausgabenkontrolle, ein gestärkter Haushaltsprozess, eine mehrjährige Ausgabenplanung, die Restrukturierung von staatseigenen Unternehmen und Kostensenkungen im Bereich Öffentlich-Privater-Partnerschaften, mit Hilfe derer zahlreiche Infrastrukturvorhaben in Portugal finanziert wurden.

Die Konsolidierungsleistung ist beachtlich. Allerdings konnten verschiedene Maßnahmen, die zu dauerhaften Ausgabensenkungen hätten führen sollen, wegen mehrfacher negativer Urteile des portugiesischen Verfassungsgerichts nicht in der geplanten Form umgesetzt werden. Das Gericht hatte beispielsweise bestimmte Kürzungen von Gehältern und Renten im öffentlichen Dienst unter Verweis auf Vertrauensschutz und Gleichheitsgrundsatz als nicht verfassungsgemäß verworfen. Um dennoch die vereinbarten Ziele erreichen zu können, musste die Regierung stattdessen alternative Maßnahmen wie Steuerhöhungen oder Ausgabeneinsparungen von lediglich temporärer Dauer durchführen. Dies hat zu einer Gesamtstrategie geführt, die das Wachstumspotenzial weniger stark fördern konnte als die ursprünglich im Finanzhilfeprogramm angelegten Maßnahmen.

Voraussichtlich wird Portugal das vereinbarte Defizitziel von 4 % des BIP für dieses Jahr nicht vollständig erfüllen können. Grund hierfür sind statistische Umbuchungen, die in der Vergangenheit aufgelaufene Schulden staatseigener Unternehmen nunmehr dem Staatssektor zurechnen. Hierbei handelt es

sich also nicht um neue Verbindlichkeiten oder Ausgabenüberschreitungen. Daneben könnten sich die temporären Aufwendungen für die Rekapitalisierung der im Sommer dieses Jahres zerschlagenen Großbank Espirito Santo erst bei Wiederverkauf der Bank saldieren, vermutlich im Verlauf des kommenden Jahres. Einschließlich dieser beiden besonderen Umstände könnte das Haushaltsdefizit 2014 damit insgesamt rund 7 ½ % des BIP betragen, während das in den EU-Überwachungsverfahren zugrundegelegte Defizit ohne Einmaleffekte gleichwohl in etwa im Zielbereich liegen dürfte. Insofern stellt die Abweichung beim Gesamtdefizit in diesem Jahr keine Abkehr von der Strategie der weiteren Haushaltskonsolidierung dar, sondern ist einmaligen Sondereffekten geschuldet. Festzustellen ist aber auch, dass die Anstrengungen zur Rückführung des strukturellen Defizits in Portugal in letzter Zeit nachgelassen haben. Die Europäische Kommission sieht ohne weitere Konsolidierungsmaßnahmen das Defizitziel 2015 als nicht gesichert an.

Die Staatsverschuldung hat sich in den Krisenjahren stark erhöht. Mit 128 % des BIP hat sie im vergangenen Jahr ihren Höchststand erreicht und wird ab jetzt kontinuierlich sinken, sofern die vorgesehenen Reformen planmäßig weitergeführt werden. Das bedeutet vor allem, die Haushaltsdisziplin weit über die Programmdauer hinaus aufrechtzuerhalten und mit Strukturreformen das Wirtschaftswachstum zu stärken. Die regelmäßigen Analysen der Europäischen Kommission bestätigen unter diesen Bedingungen die Tragfähigkeit der portugiesischen Staatsschuld.

2.3 Strukturreformen

Die Strukturreformen im portugiesischen Anpassungsprogramm zielen darauf ab, das Wachstumspotenzial zu erhöhen, indem sie die Wettbewerbsfähigkeit stärken, die Wirtschaft flexibler machen und das Geschäfts- und Investitionsklima verbessern.

Analysen und Berichte

Zum Stand des Reformprozesses in Portugal

Zahlreiche Maßnahmen am Arbeitsmarkt, im Justizwesen, bei Netzindustrien, im Immobilien- und Dienstleistungsmarkt haben hier wichtige Fortschritte gebracht. In ihrem Bericht *Going for Growth 2013* listet die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) Portugal an vierter Stelle der untersuchten Länder, die die meisten Strukturreformen umgesetzt haben. Die Agenda ist allerdings noch nicht abgeschlossen. Prioritäten für die nächsten Jahre hat die portugiesische Regierung in einer Mittelfriststrategie formuliert.

Um den Arbeitsmarkt zu flexibilisieren und die Anreize für Neueinstellungen zu stärken, hat Portugal unter anderem die Arbeitszeiten dereguliert, Abfindungsregelungen angepasst, die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld gekürzt und die aktive Arbeitsmarktpolitik ausgebaut. Das Renteneintrittsalter wurde auf 66 Jahre erhöht. Erste Schritte zur Reform des Lohnfindungsmechanismus wurden eingeleitet, aber die spezifische Lage in den einzelnen Wirtschaftszweigen und Firmen wird hierbei noch nicht hinreichend berücksichtigt. Ein immer noch umfassender Kündigungsschutz erschwert Arbeitssuchenden den Eintritt in den Arbeitsmarkt. Das Bildungssystem wurde auf allen Ebenen modernisiert. Erfreulich ist hier vor allem die Einrichtung neuer Berufs- und Fachhochschulen, die einen stärkeren Bezug zur Geschäftswelt herstellen. Zudem engagieren sich ortsansässige deutsche Wirtschaftsunternehmen wie Volkswagen, Bosch und Siemens in der dualen Berufsausbildung in Portugal.

Gestiegene ausländische Direktinvestitionen, Firmenneugründungen und der wachsende Anteil an exportorientierten Firmen zeugen vom Erfolg der Maßnahmen, das Geschäftsumfeld in Portugal attraktiver zu machen. Hierzu gehören etwa die Beschränkung von Regulierungen, Vereinfachungen bei der Lizenzvergabe und gestraffte Insolvenzverfahren. Der Post- und Telekommunikationsmarkt wurde für den

Wettbewerb freigegeben, das Mietrecht modernisiert, freiberufliche Dienstleistungen liberalisiert und die Prozessdauer im Justizwesen verkürzt. Portugiesische Häfen gewinnen durch sinkende Steuern und Abgaben und eine kosteneffizientere Hafenverwaltung an Attraktivität. Daneben bemüht sich die portugiesische Regierung darum, den Wettbewerb im Energiemarkt zu steigern und Ineffizienzen, die zu hohen Energiepreisen und Verlusten bei den Versorgern geführt haben, zu beseitigen. Ein entsprechendes Maßnahmenpaket umfasst etwa die Einspeisetarife für alternative Energien, mehr Transparenz bezüglich der Preise an Tankstellen und eine Sonderabgabe auf Energieerzeugung. Aber auch hier ist eine Fortsetzung der eingeleiteten Maßnahmen zentral, um eine kostendeckende wie bezahlbare Versorgung zu gewährleisten.

Das verbesserte Investitionsklima hat auch zum Erfolg diverser Privatisierungsvorhaben beigetragen. Hierüber hat Portugal deutlich höhere Einnahmen erzielt als zu Programmbeginn erwartet. So wurden etwa Flughäfen, Krankenhausdienstleister, Energieversorger, Post- beziehungsweise Telefongesellschaften ganz oder teilweise an private Investoren verkauft. Insgesamt wurden vom Beginn des Hilfsprogramms bis Mitte dieses Jahres rund 9 Mrd. € Erlöst.

2.4 Bankensektor

Das Finanzhilfeprogramm hat die Widerstandsfähigkeit des portugiesischen Bankensektors wesentlich gestärkt. Drei Säulen haben dazu beigetragen. Erstens wurden aus dem Programmvolumen 12 Mrd. € zur Rekapitalisierung von Finanzinstituten bereitgestellt. Während der Laufzeit des Programms wurden hiervon rund 5,6 Mrd. € genutzt. Zusätzlich stellten private Investoren über 5 Mrd. € frisches Kapital zur Verfügung. Die Kernkapitalquote des portugiesischen Bankensektors konnte so bis Programmende deutlich über die von der Bankenaufsicht geforderte Mindestquote von 10 % gesteigert

Analysen und Berichte

Zum Stand des Reformprozesses in Portugal

werden. Zweitens haben die Banken ihre übermäßigen Verschuldungshebel abgebaut. Neben der Kapitalstärkung trug hierzu auch der Abbau von Verbindlichkeiten bei. Der Prozess des Gesundshrumpfens war dabei stetig angelegt, sodass die Kreditversorgung der Wirtschaft nicht über Gebühr behindert wurde. Drittens wurde die Bankenaufsicht bedeutend gestärkt. In diesem Rahmen führt die portugiesische Zentralbank regelmäßige Prüfungen und Stresstests durch und hat Banken wiederholt zu Wertberichtigungen angehalten. Zusätzlich wurde ein Abwicklungsfonds eingerichtet, der über Bankenabgaben Mittel für etwaige künftige Fälle ansammelt.

Diese Stärkung des Finanzsektors hat wesentlich dazu beigetragen, dass die drittgrößte Bank des Landes, Banco Espírito Santo (BES), im Sommer dieses Jahres ohne größere Ansteckungseffekte für den restlichen portugiesischen Bankensektor abgewickelt werden konnte. Die BES war durch die Insolvenz der Eigentümerfamilie und deren Holdings in Schieflage geraten. Nachdem Wertberichtigungen zu einem umfangreichen Halbjahresverlust geführt hatten, wurde sie in ein gesundes (Übergangs-)Institut und eine Abwicklungsbank aufgespalten. Die portugiesische Zentralbank als Bankenaufsichtsbehörde hatte frühzeitig auf eine Entkopplung der BES von den Finanzrisiken der Eigentümerfamilie hingewirkt. Die Übergangsbank wurde vom portugiesischen Abwicklungsfonds rekapitalisiert. Hierfür stellte der Staat einen rückzahlbaren Kredit in Höhe von 3,9 Mrd. € aus den noch ungenutzten Mitteln des unter dem Programm aufgebauten Rekapitalisierungsfonds zur Verfügung. Zurückgezahlt werden soll dieser Kredit insbesondere aus dem späteren Verkauf der Übergangsbank an private Investoren. Für Verluste aus der abgespaltenen Abwicklungsbank kommen deren Eigentümer und nachrangige Gläubiger auf, sodass der Staatshaushalt und damit der Steuerzahler bei der gesamten Transaktion geschont bleibt.

Der jüngst von der EZB und der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde durchgeführte Stresstest der systemrelevanten europäischen Banken hat dem portugiesischen Bankensektor insgesamt ein befriedigendes Urteil ausgestellt. Die untersuchten Institute sind angemessen kapitalisiert. Nur bei einer Bank, der Banco Comercial Portugues (BCP), stellten die Aufseher einen Kapitalbedarf im hypothetischen Negativszenario fest. Um auch gegen einen schweren Wirtschaftseinbruch gewappnet zu sein, muss sie ihre Kapitalbasis weiter stärken. Die BCP hat nach eigenen Angaben die errechnete Kapitallücke mit jüngsten Maßnahmen bereits fast vollständig gedeckt. Unter anderem hat die Bank hierzu Risikopositionen und Anteile an Versicherungsunternehmen verkauft und dieses Jahr komfortable Erträge erzielt. Insofern ist derzeit kein weiterer Stützungsbedarf durch die öffentliche Hand zu erwarten.

Im Zuge der Stabilisierungsmaßnahmen im Bankensektor haben die portugiesischen Finanzinstitute ihren Zugang zu Finanzmitteln merklich verbessert. Die Einlagen stiegen, und der Zugang zum Kapitalmarkt wurde ausgebaut. Allerdings ist die Rentabilität der Banken nach wie vor schwach und damit der natürliche Aufbau von Eigenkapital erschwert. Notleidende Kredite lasten weiterhin auf den Banken, wenngleich sie seit einem Jahr immer langsamer ansteigen. Die Zinsen auf Unternehmenskredite sinken seit einiger Zeit, liegen aber noch über dem europäischen Durchschnitt.

Vor allem für KMU ist der Zugang zu bezahlbarer Finanzierung häufig noch schwer. Speziell zur Förderung dieses Unternehmenssegments hat Portugal daher jüngst mit Beratung seitens der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) eine nationale Förderbank eingerichtet. Diese soll bestehende Förderinitiativen zusammenfassen und nationale und europäische Mittel, etwa aus EU-Strukturfonds, für zinsgünstige Kredite

Analysen und Berichte

Zum Stand des Reformprozesses in Portugal

an KMU durchleiten. Daneben wurde die Begebung von Unternehmensanleihen vereinfacht, das Engagement der Europäischen Investitionsbank in Portugal ausgebaut und Kreditgarantien für KMU gewährt. Der Verschuldungsabbau im Privatsektor wurde mit mehreren Initiativen gefördert. Möglichkeiten zur außergerichtlichen Einigung zur Restrukturierung, Mediatoren, Anpassungen im Unternehmensinsolvenzrecht und Aufsichtsmaßnahmen der Zentralbank zielen darauf ab, notwendige Umstrukturierungen möglichst zügig und werterhaltend durchzuführen. Der portugiesische Unternehmenssektor ist allerdings immer noch einer der am stärksten verschuldeten in der EU, was das Wachstumspotenzial beschränkt und die Krisenanfälligkeit erhöht.

3 Verbleibende Herausforderungen

Portugal hat in den drei Jahren des makroökonomischen Anpassungsprogramms viel erreicht. Die weitere Wirtschaftsentwicklung hängt nun wesentlich von der künftigen Reformumsetzung ab. Portugal ist hier auf gutem Weg, aber noch nicht am Ziel. Das zeigt sich auch auf den Kapitalmärkten, wo das Land trotz der enorm gesunkenen Risikoaufschläge immer noch höhere Zinsen zahlen muss als beispielsweise Irland, Spanien oder Italien.

Für eine nachhaltige Gesundung der portugiesischen Wirtschaft ist es erforderlich, den begonnenen Reformweg konsequent fortzuführen. Insbesondere sollte die Konsolidierung soweit wie möglich wachstumsschonend auf der Ausgabenseite erfolgen und durch dauerhafte Maßnahmen unterlegt sein. In der Vergangenheit war die portugiesische Regierung gezwungen, in Reaktion auf negative Urteile des portugiesischen Verfassungsgerichts bestimmte geplante Maßnahmen zurückzunehmen und kompensierende Einsparungen an anderer

Stelle vorzunehmen, um ihre Ziele zu erreichen. Eine kohärente mittelfristige Gesamtstrategie muss sowohl ökonomisch wirkungsvoll als auch politisch und rechtlich umsetzbar sein. Denn um nachhaltige öffentliche Finanzen zu gewährleisten, ist eine Politik der Schuldenreduktion weit über die aktuelle Legislaturperiode hinaus erforderlich.

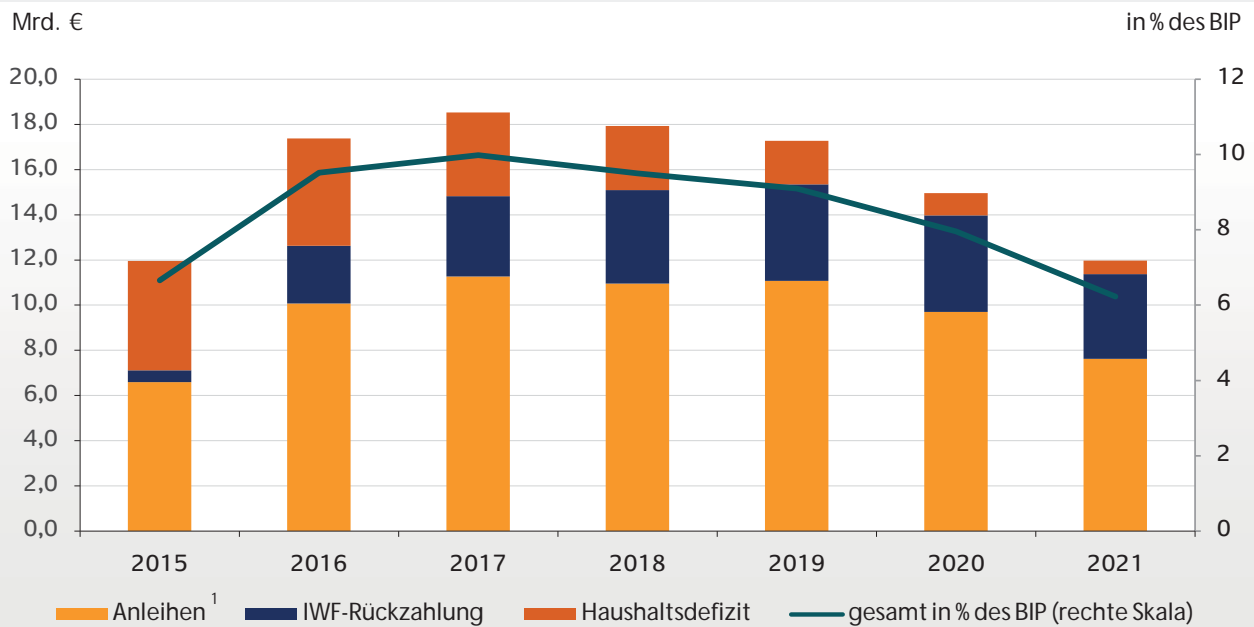
Nachdem 2015 erstmals wieder das Haushaltsdefizit unter die 3-%-Schwelle des Maastricht-Vertrags fallen soll, ist das nächste Etappenziel, die strukturelle Neuverschuldung bei maximal 0,5 % des BIP ab dem Jahr 2017 zu begrenzen. Die hohe Staatsschuld impliziert eine erhöhte Anfälligkeit für Schwankungen in der Marktstimmung, da in den kommenden Jahren – zusätzlich zu verbleibenden, wenngleich sinkenden Haushaltsdefiziten – jeweils umfangreiche Beträge am Kapitalmarkt fällig und anschlussfinanziert werden müssen (vergleiche Abbildung 4). Daneben wird der Verschuldungsabbau in der Volkswirtschaft insgesamt, also auch im Privatsektor, weitergeführt werden müssen. Hierzu sollten die eingeleiteten Maßnahmen zur ausgewogenen Umstrukturierung untragbarer Schuldenlasten fortgeführt werden.

Die Europäische Kommission hält ein Potenzialwachstum von 2 % für erforderlich, um die Tragfähigkeit der portugiesischen Staatsverschuldung auf Dauer zu gewährleisten. Daher müssen neben der notwendigen Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung vor allem auch strukturpolitische Maßnahmen intensiviert und vertieft werden. Ziel ist es, fortbestehende Markthemmnisse zu überwinden und Wachstumspotenzial und Wettbewerbsfähigkeit dauerhaft zu steigern. Denn nur mit nachhaltigem Wachstum lassen sich letztlich die aufgebauten Schulden bewältigen, neue Wirtschaftszweige erschließen und Arbeitsplätze schaffen. Hierzu sollte das Tarifverhandlungssystem noch flexibler ausgestaltet werden, um besser auf firmenspezifische Bedingungen eingehen zu

Analysen und Berichte

Zum Stand des Reformprozesses in Portugal

Abbildung 4: Refinanzierungsbedarf



¹ Ohne kurzfristige Schatzbriefe.
Quelle: Reuters, Ameco-Datenbank, eigene Berechnungen.

können, die aktive Arbeitsmarktpolitik und die duale Berufsausbildung noch stärker auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts abstellen und die Reformen im Bereich der Netzindustrien beschleunigt werden. Dies wird zusammen mit spezifischen Fördermodellen etwa im Rahmen der Jugendgarantie auch dabei helfen, die nach wie vor hohe Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Denn immer noch sind gut 32 % der Erwerbspersonen der Altersklasse arbeitslos; 17 % der jungen Menschen befinden sich nach Angaben der OECD weder in Ausbildung noch im Beruf.

Entsprechend dem Vorgehen in den ehemaligen Programmländern Irland und Spanien werden die europäischen Partner auch Portugal im Rahmen der Nachprogrammüberwachung auf seinem weiteren Reformweg unterstützen. Dabei prüft die Europäische Kommission zusammen mit EZB und IWF sowie dem Europäischen Stabilitätsmechanismus halbjährlich die wirtschaftliche, haushaltspolitische und finanzielle Entwicklung in Portugal, bis das

Land mindestens 75 % der empfangenen Finanzhilfe zurückgezahlt hat. Ziel der Nachprogrammüberwachung ist es, den Dialog über die Fiskal- und Wirtschaftspolitik fortzuführen, möglichen Fehlentwicklungen frühzeitig entgegenzuwirken und die Rückzahlungsfähigkeit eines ehemaligen Programmlandes dauerhaft sicherzustellen.

4 Fazit und Ausblick

Ausgehend von einer eher schwachen Basis schon im Vorfeld der Krise hat Portugal sein Anpassungsprogramm genutzt, um wichtige Weichen in Richtung Wachstum, Investitionen und gesunder öffentlicher Finanzen zu stellen. Das Land ist noch nicht am Ende dieses Weges, aber die Anstrengungen der vergangenen drei Jahre tragen Früchte. Die erfolgreiche Reformumsetzung hat Portugal ermöglicht, das Finanzhilfeprogramm im Frühsommer dieses Jahres zu beenden und sich nun wieder eigenständig am Kapitalmarkt zu finanzieren.

Analysen und Berichte

Zum Stand des Reformprozesses in Portugal

Um das zurückgewonnene Vertrauen der Investoren zu erhalten, weiter zu festigen und eine nachhaltige Wirtschaftsbasis zu sichern, ist es erforderlich, den eingeschlagenen Reformweg engagiert fortzusetzen. Dies ist eine Aufgabe weit über die aktuelle Legislaturperiode hinaus.

Deutschland und die europäischen Partner zeigen sich auch nach dem Abschluss des Finanzhilfeprogramms solidarisch mit Portugal. Die europäischen Hilfskredite weisen mit rund 20 Jahren im Durchschnitt

lange Laufzeiten auf, erste Rückzahlungen fallen erst in der nächsten Dekade an. Über die Nachprogrammüberwachung und die regulären Aufsichtsverfahren wird die EU Portugal auf seinem Reformweg weiter begleiten. Für Deutschland bleibt Portugal ein enger Wirtschaftspartner, was sich neben realen Investitionen und Handelsbeziehungen u. a. in der technischen Unterstützung der KfW beim Aufbau einer portugiesischen Förderbank und in konkreten Initiativen zum Ausbau der dualen Berufsausbildung niederschlägt.

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Die deutsche Wirtschaft hat sich im 3. Quartal in einem schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeld als stabil erwiesen. Für das Schlussquartal signalisieren die Indikatoren eine weitere Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Aktivität.
- Auch der Arbeitsmarkt hat sich im Jahresverlauf trotz verhaltener wirtschaftlicher Aktivität sehr robust gezeigt. Die Beschäftigtenzahl ist kontinuierlich gestiegen, während die Arbeitslosenzahl gesunken ist.
- Im November betrug die jährliche Inflationsrate 0,6 %. Sie war damit geringer als der Verbraucherpreisniveaustieg von jeweils 0,8 % in den vier Monaten zuvor. Dies ist vor allem auf einen leicht beschleunigten Rückgang des Energiepreisniveaus zurückzuführen.

Die deutsche Wirtschaft hat sich im 3. Quartal in einem schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeld als stabil erwiesen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im 3. Quartal mit 0,1% gegenüber dem Vorquartal wieder geringfügig angestiegen (preis-, saison- und kalenderbereinigt), nachdem sich die gesamtwirtschaftliche Aktivität im 2. Quartal etwas abgeschwächt hatte (preis-, saison- und kalenderbereinigt - 0,1%).

Die Abschwächung im 2. und 3. Quartal dürfte nur temporär gewesen sein. Denn den Indikatoren zufolge gibt es erste Anzeichen für eine moderate Erholung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität. So ist die Industrie robust ins 4. Quartal gestartet, die Industrieproduktion stabilisierte sich, und die Auftragseingänge in der Industrie konnten einen deutlichen Anstieg verzeichnen. Die leichte Stimmungsverbesserung bei den Unternehmen sowie das hohe Vertrauen der Verbraucher lassen eine weitere Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Aktivität im 4. Quartal erwarten.

Der Anstieg des BIP im 3. Quartal ist vor allem auf positive Wachstumsimpulse der privaten Konsumausgaben und des Außenhandels zurückzuführen, während die Bruttoinvestitionen dämpfend wirkten. Die privaten Konsumausgaben haben sich im

Vergleich zum Vorquartal um 0,7% (preis-, kalender- und saisonbereinigt) erhöht. Dies ist der höchste Anstieg seit dem 3. Quartal 2011. Damit erweist sich der private Konsum als eine wesentliche Stütze des Wachstums. Grundlage hierfür ist die nach wie vor sehr gute Lage auf dem Arbeitsmarkt. Der Beschäftigungsaufbau setzte sich kontinuierlich fort. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sowie die Unternehmens- und Vermögenseinkommen sind im 3. Quartal gestiegen (nominal + 1,2% beziehungsweise + 0,6% gegenüber Vorquartal). Begleitet wird dies von einem moderaten Preisniveaustieg. Der Anstieg der Beschäftigung und die Lohnsteigerungen haben auch zu einer Erhöhung der Einnahmen aus Lohnsteuern beigetragen. Im Zeitraum Januar bis November 2014 weist das Lohnsteueraufkommen in der Bruttobetrachtung (vor Abzug von Kindergeld und Altersvorsorgezulage) einen Zuwachs um 4,8% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum auf.

Die Investitionen waren hingegen rückläufig. Vor allem die Investitionen in Ausrüstungen – darunter fallen hauptsächlich Maschinen und Geräte sowie Fahrzeuge – gingen um 2,3% im Vergleich zum Vorquartal zurück. Dies resultierte vor allem aus einem kräftigen Rückgang der staatlichen Ausrüstungsinvestitionen, während die

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

nichtstaatlichen Investitionen nur marginal nachgaben. Dabei ist zu beachten, dass mit der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vom September 2014 die staatlichen Ausrüstungsinvestitionen um die militärischen Waffensysteme erweitert wurden. Diese beeinflussen zum einen aufgrund ihres hohen Gewichts die Veränderungsrate der staatlichen Ausrüstungsinvestitionen deutlich. Zum anderen weisen die Ausgaben für militärische Waffensysteme eine hohe Volatilität auf. Die Investitionen in Bauten waren dagegen nur leicht rückläufig (- 0,3 %). Zudem gab es einen Vorratsabbau, der das Wachstum des BIP bremste.

Demgegenüber hatte der Außenbeitrag – die Differenz zwischen Exporten und Importen – einen leicht positiven Effekt auf die BIP-Entwicklung, da der Anstieg der Exporte von Waren und Dienstleistungen gegenüber dem 2. Quartal mit + 1,9 % höher ausfiel als die Zunahme der Importe mit + 1,7 % (preis-, kalender- und saisonbereinigt).

Die aktuellen Daten für den Außenhandel weisen zwar einen Rückgang der saisonbereinigten nominalen Wareneinfuhren und -ausfuhren aus. Im Zweimonatsvergleich (September/Oktober gegenüber Juli/August) blieben sie jedoch aufwärtsgerichtet. Im Zeitraum Januar bis Oktober nahmen die nominalen Ausfuhren um 3,6 % und die Einfuhren um 2,1 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresergebnis zu. Gegliedert nach Regionen (Ursprungslandprinzip Januar bis September) wurde der Außenhandel mit den Ländern der EU außerhalb des Euroraums kräftig ausgeweitet (Ausfuhren + 9,9 % und Einfuhren + 7,1 % jeweils gegenüber dem Vorjahr). Die Einfuhren (+ 3,3 % gegenüber dem Vorjahr) und Ausfuhren (+ 2,7 %) im Handel mit den Ländern des Euroraums verzeichneten ebenfalls ein deutliches Plus. Dagegen waren die Importe aus Drittländern weiterhin leicht rückläufig, während die Exporte in diese Länder merklich zunahmen (- 0,7 % und + 1,2 %). Die Verringerung der Einfuhren aus Drittländern dürfte zum Teil mit der deutlichen Verbilli-

gung des Rohölpreises und der Krise im Nahen Osten sowie den Sanktionen gegenüber Russland im Zusammenhang stehen. Darauf deutet z. B. der Rückgang der Importe aus Libyen um rund 77 % und aus Russland um 5,9 % hin.

Der Leistungsbilanzüberschuss lag kumuliert über den Zeitraum Januar bis Oktober bei 172,9 Mrd. €. Er war damit um 26 Mrd. € höher als vor einem Jahr. Dies resultierte vor allem aus einem höheren Überschuss im nominalen Warenhandel und einer weniger negativen Dienstleistungsbilanz. Eine große Rolle spielte dabei auch die Verbesserung der Terms-of-Trade infolge des deutlichen Rückgangs der Rohölnotierungen.

Das außenwirtschaftliche Umfeld ist zwar insbesondere aufgrund der vorhandenen geopolitischen Krisen weiterhin schwierig. Dennoch lassen eine stabile Weltwirtschaft und verbesserte vorlaufende Indikatoren eine moderate Ausweitung der Exporte in den nächsten Monaten erwarten. So zeigen die Auftragseingänge aus dem Ausland im Zweimonatsvergleich eine leichte Aufwärtsbewegung. Dabei erhöhten sowohl die Länder des Euroraums als auch die Länder außerhalb des Euroraums ihre Bestellungen. Darüber hinaus gingen die vom ifo Institut befragten deutschen Unternehmen im November den zweiten Monat in Folge von einer Verbesserung der Auslandsgeschäfte aus. Die Erwartungen werden gestützt von einer leichten Erwärmung des ifo Exportklimas. Dabei gab es eine deutliche Zunahme des Vertrauens der Unternehmen und der privaten Haushalte im Ausland (z. B. Vereinigte Staaten, Frankreich, Niederlande, Griechenland). Die wirtschaftliche Dynamik im Euroraum ist zwar immer noch schwach. Im 3. Quartal fiel der BIP-Anstieg jedoch leicht höher aus als im 2. Quartal. Auch die Konjunktur in einigen großen Schwellenländern stabilisierte sich, wie der OECD Leading Indicator zeigt.

Die Industrieindikatoren stellen sich zu Beginn des Schlussquartals robuster dar als in den Sommermonaten. Die Industrieproduktion

█ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/Einkommen	2013		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. € bzw. Index	gegenüber Vorjahr in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			1. Q. 14	2. Q. 14	3. Q. 14	1. Q. 14	2. Q. 14	3. Q. 14
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	104,1	+0,1	+0,8	-0,1	+0,1	+2,6	+1,0	+1,2
jeweilige Preise	2 809	+2,2	+1,3	+0,5	+0,1	+4,6	+2,9	+3,0
Einkommen								
Volkseinkommen	2 100	+2,2	+1,7	+0,1	+0,7	+5,0	+2,5	+3,5
Arbeitnehmerentgelte	1 428	+2,8	+1,2	+0,8	+0,8	+3,8	+3,8	+3,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	672	+0,9	+2,9	-1,4	+0,6	+7,2	-0,3	+3,3
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 681	+1,8	+0,5	+0,8	+1,2	+2,1	+2,1	+2,4
Bruttolöhne und -gehälter	1 166	+3,0	+1,2	+1,0	+0,9	+3,9	+3,9	+3,8
Sparen der privaten Haushalte	157	-1,6	+3,8	+1,0	+1,6	+3,0	+3,6	+3,6
Außenhandel/Umsätze/Produktion/ Auftragsengänge								
in jeweiligen Preisen								
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	1 093	-0,2	+5,5	-0,5	+2,1	+8,6	+4,9	+6,7
Waren-Importe	898	-0,9	+5,2	-3,1	+2,9	+8,2	+0,9	+4,4
in konstanten Preisen von 2010								
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)								
Industrie ²	107,8	+0,3	+1,3	+0,2	-0,3	+0,7	+1,2	+1,0
Bauhauptgewerbe	105,6	-0,2	-0,8	+1,4	-0,6	-1,3	+0,9	-0,2
Umsätze im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)								
Industrie ²	105,8	-0,0	+0,0	+1,0	-0,2	+1,3	+2,5	+1,9
Inland	103,2	-1,5	+0,5	+0,4	-0,9	-0,8	+0,4	-0,2
Ausland	108,5	+1,4	-0,5	+1,7	+0,5	+3,5	+4,7	+4,1
Auftragseingang (Index 2010 = 100)								
Industrie ²	106,1	+2,8	+1,1	+2,5	+0,2	-0,7	+2,4	+0,8
Inland	101,8	+0,9	-2,6	+5,3	-0,5	-3,7	+2,6	-0,5
Ausland	109,5	+4,2	+4,0	+0,6	+0,8	+1,4	+2,3	+1,9
Bauhauptgewerbe	111,3	+2,3	-2,7	.	-0,8	-3,6	.	-3,3
Umsätze im Handel (Index 2010 = 100)								
Einzelhandel (ohne Kfz, mit Tankstellen)	101,3	+0,1	-1,8	+1,6	-0,8	+2,7	+2,1	+2,4
Handel mit Kfz	101,6	-1,5	-2,1	.	+0,7	+4,9	.	+2,3

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Arbeitsmarkt	2013		Veränderung in Tausend gegenüber					
	Personen Mio.	gegenüber Vorjahr in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Sep 14	Okt 14	Nov 14	Sep 14	Okt 14	Nov 14
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,95	+1,8	+9	-23	-14	-41	-68	-89
Erwerbstätige, Inland	42,28	+0,6	+22	+33	.	+381	+403	.
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	29,62	+1,1	+67	.	.	+508	.	.

Preisindizes 2010 = 100	2013		Veränderung in % gegenüber					
	Index	gegenüber Vorjahr in %	Vorperiode			Vorjahr		
			Sep 14	Okt 14	Nov 14	Sep 14	Okt 14	Nov 14
Importpreise	105,9	-2,6	+0,3	-0,3	.	-1,6	-1,2	.
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	106,9	-0,1	+0,0	-0,2	.	-1,0	-1,0	.
Verbraucherpreise	105,7	+1,5	+0,0	-0,3	+0,0	+0,8	+0,8	+0,6

ifo Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft	saisonbereinigte Salden							
	Apr 14	Mai 14	Jun 14	Jul 14	Aug 14	Sep 14	Okt 14	Nov 14
Klima	+14,7	+13,1	+11,7	+8,5	+5,2	+2,2	-0,6	+2,3
Geschäftslage	+18,7	+17,8	+17,7	+14,1	+10,8	+9,6	+5,8	+8,7
Geschäftserwartungen	+10,7	+8,5	+5,8	+3,0	-0,2	-4,9	-6,8	-4,0

¹ Produktion arbeitstäglich, Umsatz, Auftragseingang Industrie kalenderbereinigt, Auftragseingang Bauhauptgewerbe saisonbereinigt.

² Ohne Energie.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut.

nahm im Oktober gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt leicht zu. Dabei verzeichneten die Vorleistungs- und Konsumgüterherstellung ein Plus, während die Investitionsgüterproduktion leicht zurückging. Im Zweimonatsdurchschnitt war die industrielle Erzeugung in saisonbereinigter Betrachtung noch leicht im Minus, was aus einer schwachen Entwicklung aller drei Gütergruppen resultierte. Nach Branchen betrachtet wurde die Herstellung von Produkten des Maschinenbaus deutlich ausgeweitet (+ 1,2 % gegenüber der Vorperiode), während die Produktion von Kraftwagen und Kraftwagenteilen rückläufig war (- 1,5 %).

Im Oktober stieg der Umsatz in der Industrie vor allem durch eine deutliche Zunahme des Auslandsgeschäfts. Die Inlandsumsätze nahmen dagegen nur leicht zu. Im Zweimonatsvergleich gingen sie allerdings

noch zurück. Der Auslandsumsatz wirkte in diesem Zeitraum stützend.

Die industriellen Auftragseingänge zeigen einen guten Start in das Schlussquartal (+ 2,5 % saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat). Nachdem sie bereits im September merklich zugenommen hatten, kam es im Zweimonatsvergleich zu einer leichten Aufwärtsbewegung. Dabei waren die Inlandsaufträge noch rückläufig, obwohl sie im aktuellen Monat über alle drei Gütergruppen (Vorleistungs-, Investitions- und Konsumgüter) hinweg kräftig expandierten. Die Auslandsorders nahmen im Zweimonatsvergleich leicht zu, was vor allem auf eine kräftige Ausweitung von Vorleistungsgüterbestellungen zurückzuführen war (saisonbereinigt + 5,1 % gegenüber der Vorperiode), während Orders von Investitionsgütern zurückgingen. Der Anstieg der Auftragseingänge zu Beginn

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

des Schlussquartals, insbesondere aus dem Inland, sowie die zuletzt leichten Verbesserungen der Stimmungsindikatoren wie des ifo Geschäftsklimas im Verarbeitenden Gewerbe sind Anzeichen für eine leichte Erholung der industriellen Aktivität nach der Schwächephase im 2. und 3. Quartal. In diese Richtung deutet auch der merkliche Anstieg der Vorleistungsgüterproduktion, der ebenfalls ein Indikator für die zukünftige Produktion darstellt.

Die Bauproduktion wurde im Oktober saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat merklich ausgeweitet. Im Zweimonatsvergleich zeigt sich gegenüber der Vorperiode jedoch noch eine leichte Abwärtsbewegung, die auf einen Rückgang im Ausbaugewerbe zurückzuführen ist, während der Tief- und Hochbau leicht zunahm. Die vorlaufenden Indikatoren deuten auf eine verhaltene Entwicklung der Bauproduktion in den nächsten Monaten hin. So hat sich die ifo Geschäftslage im Baugewerbe im November auf einem für den Bau vergleichsweise hohen Niveau leicht verschlechtert. Die Geschäftserwartungen waren jedoch deutlich weniger pessimistisch als einen Monat zuvor. Des Weiteren gingen die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe im 3. Quartal deutlich zurück. Dabei konnte der Anstieg des Ordervolumens im Hochbau (ohne Wohnungsbau) die kräftige Verringerung der Auftragseingänge im Tiefbau und im Wohnungsbau nicht kompensieren. Positiv für die weitere Entwicklung des Wohnungsbaus dürfte aber sein, dass in den Sommermonaten mehr Baugenehmigungen erteilt wurden als im Vorquartal.

Der private Konsum erwies sich im 3. Quartal erneut als wesentliche Stütze des BIP-Wachstums. Auch für das Schlussquartal dürften positive Impulse vom Konsum zu erwarten sein. So konnte der Einzelhandel ohne Kraftfahrzeuge im Oktober einen Anstieg in Höhe von 1,6% verzeichnen. Allerdings waren die saisonbereinigten Neuzulassungen von privaten Pkw im Oktober/November rückläufig. Die vom ifo Institut befragten Einzelhändler

schätzten dagegen im November ihre aktuelle Situation besser ein als vor einem Monat. Auch für die nächsten sechs Monate werden günstigere Geschäfte erwartet. Darüber hinaus verbesserte sich laut Umfrage der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) auch im November wieder die Verbraucherstimmung. Für den Dezember wird wiederum ein weiterer Anstieg erwartet. Dabei wurden die Konjunkturaussichten jedoch leicht verhaltener von den Konsumenten bewertet. Dies dürfte auf die Erwartungskorrekturen der vergangenen Wochen aber auch auf die weiterhin schwelenden geopolitischen Risiken zurückzuführen sein. Die Einkommenserwartungen und die Anschaffungsneigungen sind wiederum gestiegen. Die nach wie vor gute Lage auf dem Arbeitsmarkt, das sehr niedrige Zinsniveau und die zuletzt auch für Endverbraucher rückläufigen Preise für Kraftstoffe dürften die Einschätzung der Verbraucher bestimmt haben.

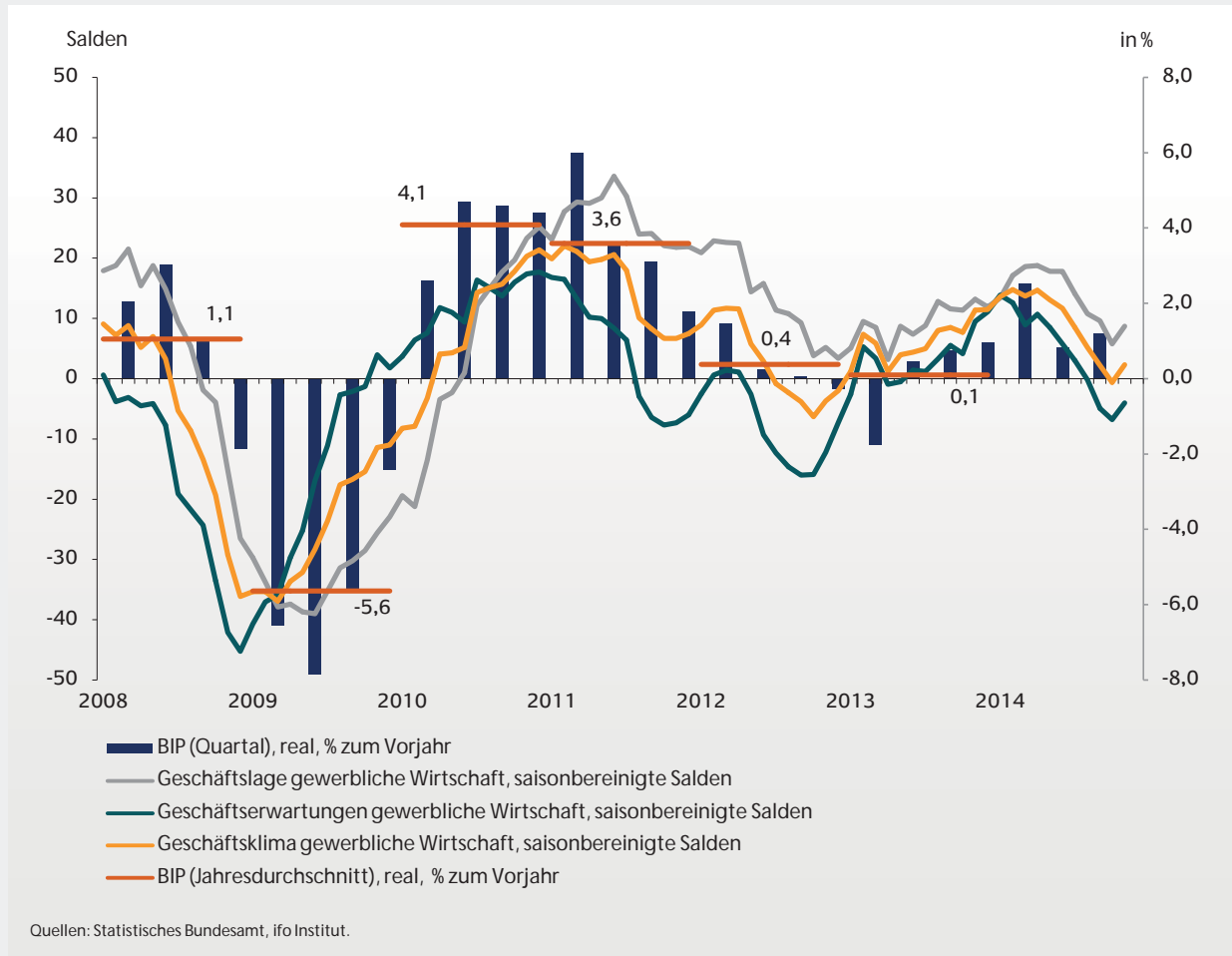
Der Arbeitsmarkt hat sich im Jahresverlauf trotz verhaltener wirtschaftlicher Aktivität als sehr robust erwiesen. Die vorübergehende Abschwächung der wirtschaftlichen Aktivität sowie die Unsicherheiten zwischen den Marktteilnehmern haben sich bislang kaum auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt. Die Beschäftigtenzahl ist kontinuierlich gestiegen, während die Arbeitslosenzahl gesunken ist. Der Beschäftigungsaufbau speist sich nach wie vor zu einem großen Teil aus einem Anstieg des Erwerbspersonenpotenzials aufgrund von Zuwanderung und zunehmender Erwerbsbeteiligung, weniger aus dem Abbau von Arbeitslosigkeit. Gemäß der Bundesagentur für Arbeit (BA) passen oft die Profile der arbeitslosen Personen – in qualifikatorischer, beruflicher und regionaler Hinsicht – nicht zur Arbeitskräftenachfrage.

Am aktuellen Rand zeigt sich, dass im November die Zahl der registrierten Arbeitslosen (nach Ursprungswerten) 2,72 Millionen Personen umfasste. Das Vorjahresniveau wurde um 89 000 Personen unterschritten. Gegenüber dem Vorjahr sank die Arbeitslosenquote

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

BIP-Wachstum und ifo Geschäftsklima



um 0,2 Prozentpunkte auf 6,3%. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl ging im November um 14 000 Personen zurück.

Die Erwerbstätigenzahl (Inlandskonzept) nach Ursprungswerten überschritt im Oktober erstmals 43 Millionen Personen und lag damit um 0,9% beziehungsweise 403 000 Personen über dem Vorjahresergebnis. Die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen nahm im Vergleich zum Vormonat um 33 000 Personen zu. Der Anstieg war deutlich höher als in den beiden Monaten zuvor. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zählte nach Hochrechnungen der BA im September 30,67 Millionen Personen. Gegenüber dem Vorjahr waren dies 508 000 Personen mehr. Dabei verzeichneten die Wirtschaftszweige

Immobilien, wissenschaftliche/technische Dienstleistungen, Heime und Sozialwesen sowie Metall- und Elektroindustrie die höchsten Zuwächse. In der öffentlichen Verwaltung, bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistern sowie im Bereich Bergbau, Energie- und Wasserversorgung sowie Entsorgungswirtschaft ging die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung dagegen zurück.

Der Beschäftigungsaufbau dürfte sich auch in den nächsten Monaten fortsetzen. Die Indikatoren sprechen jedoch für eine nachlassende Dynamik. So signalisiert der BA-X-Stellenindex zwar nach wie vor eine hohe Arbeitskräftenachfrage, und gemäß dem ifo Beschäftigungsbarometer wollen

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

die befragten Unternehmen weiterhin neues Personal einstellen. Allerdings ist die Einstellungsbereitschaft nicht mehr so hoch wie in den Monaten zuvor.

Im November überschritt der Verbraucherpreisindex für Deutschland das Vorjahresniveau um 0,6 %. Der Anstieg fiel damit niedriger aus als in den vier Monaten zuvor, in denen er jeweils bei 0,8 % lag. Dies war vor allem auf einen leicht beschleunigten Rückgang des Energiepreisniveaus zurückzuführen. Aber auch stagnierende Nahrungsmittelpreise und ein weniger kräftiger Anstieg der Preise für Dienstleistungen trugen zu dem moderateren Preisniveauanstieg auf Konsumentenebene bei. Die rückläufige Entwicklung der Verbraucherpreise für Energiegüter ist vor allem auf die anhaltende Verringerung des Rohölpreises auf dem Weltmarkt zurückzuführen (Preis pro Barrel

der Sorte Brent - 26 % im November gegenüber dem Vorjahr), der nun verstärkt auch an den Tankstellen sichtbar wird. Dabei spielen sowohl eine nachlassende Nachfrage als auch ein weltweites Überangebot an Öl eine Rolle. Das Überangebot dürfte zum Teil auch mit der schnell wachsenden Förderung von Schieferöl in den USA (Frackingverfahren) zusammenhängen.

Auf der Verbraucherstufe ist in den kommenden Monaten nicht mit einer wesentlichen Beschleunigung der Preisniveaumentwicklung zu rechnen. Die moderate Inflation begünstigt den privaten Konsum, da sie über Reallohnzuwächse die Kaufkraft der Verbraucher stärkt. Eine weitere Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar könnte den Importpreistrückgang dämpfen und einer weiteren Verringerung der Inflationsrate entgegenwirken.

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im November 2014

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im November 2014

Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im November 2014 im direkten Vorjahresvergleich um insgesamt 7,3 % gestiegen. Dies ist im bisherigen Jahresverlauf die höchste monatliche Zuwachsrate. Das Aufkommen der gemeinschaftlichen Steuern nahm im Vergleich zum Vorjahr um 9,3 % zu. Basis dieser Entwicklung ist die weiterhin anhaltend gute Entwicklung des Lohnsteueraufkommens. Zudem trugen in diesem Monat auch die Steuern vom Umsatz zu dem hohen Zuwachs der Steuereinnahmen bei. Während die Bundessteuern auf Vorjahresniveau verharrten, war auch beim Aufkommen der Ländersteuern ein erheblicher Zuwachs um 8,0 % zu verzeichnen. Die Zölle – als reine EU-Einnahmen – lagen um 8,6 % über dem Vorjahreswert.

Verteilung auf Bund, Länder und Gemeinden

Die Steuereinnahmen des Bundes lagen im November 2014 lediglich um 2,6 % über dem Vorjahresniveau. Der aus dem Anstieg der gemeinschaftlichen Steuern resultierende positive Aufkommenseffekt wird durch die Stagnation bei den Bundessteuern und die höheren EU-Eigenmittelabrufe weitgehend ausgeglichen.

Die Steuereinnahmen der Länder entwickelten sich im Monat November 2014 mit einer Zunahme um 7,7 % deutlich besser als die Steuereinnahmen des Bundes. Neben den gemeinschaftlichen Steuern sorgten auch die reinen Ländersteuern für dieses kräftige Wachstum. Der leichte Rückgang der Bundesergänzungszuweisungen um 3,1 % wirkte nur leicht dämpfend auf die Einnahmen der Länder. Der Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern stieg um 9,1 %.

Entwicklung im Zeitraum Januar bis November


In den Monaten Januar bis November 2014 stieg das Steueraufkommen von Bund, Ländern

und Gemeinden (ohne reine Gemeindesteuern) um 3,4 %. Die gemeinschaftlichen Steuern konnten sich bis November 2014 um 4,2 % verbessern. Die Bundessteuern verringerten sich um 1,9 %. Hierzu trugen insbesondere die im bisherigen Jahresverlauf aufgelaufenen Einnahmeausfälle bei der Kernbrennstoffsteuer aufgrund des Beschlusses des Finanzgerichts Hamburg zur Aussetzung der Vollziehung bei. Die Ländersteuern legten um 11,1 % zu; die Zölle stiegen um 7,2 %.

Gemeinschaftliche Steuern

Weiterhin sorgen die anhaltend gute Beschäftigungslage und Lohnsteigerungen für wachsende Einnahmen bei der Lohnsteuer. Das Bruttoaufkommen der Lohnsteuer stieg im November 2014 gegenüber dem Vorjahr um 4,6 %. Hiervon abziehen sind das aus dem Lohnsteueraufkommen gezahlte Kindergeld sowie die Altersvorsorgezulage. Da die Abzugsbeträge insgesamt rückläufig waren, resultiert hieraus ein noch stärkerer Anstieg im Kassenaufkommen der Lohnsteuer (+ 7,2 %). Kumuliert sind die Einnahmen aus der Lohnsteuer um 6,3 % gewachsen.

Bei der veranlagten Einkommensteuer kennzeichnete im November das Ergebnis der laufenden Veranlagungen die Einnahmentwicklung. Das Bruttoaufkommen stieg gegenüber November 2013 um 27,7 %. Die vom Bruttoaufkommen abzuziehenden Arbeitnehmererstattungen verringerten sich um 4,6 %. Die Auszahlungsbeträge von Investitionszulage und Eigenheimzulage beeinflussen das Aufkommen nur noch unerheblich. Nachzahlungen und Erstattungen bestimmen die Aufkommensentwicklung. Saldiert ergeben sich im Veranlagungsmonat November 2014 Nettoauszahlungen bei der veranlagten Einkommensteuer von rund 0,4 Mrd. €. Im Vorjahreszeitraum waren noch 0,6 Mrd. € abgeflossen. Im Zeitraum Januar bis

 Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im November 2014

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2014	November	Veränderung	Januar bis	Veränderung	Schätzungen	Veränderung
	in Mio. €	ggü. Vorjahr in %	November in Mio. €	ggü. Vorjahr in %	für 2014 ⁴ in Mio. €	ggü. Vorjahr in %
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	12 916	+7,2	146 133	+6,3	167 850	+6,1
veranlagte Einkommensteuer	- 368	X	33 101	+7,6	44 750	+5,8
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	548	-5,7	15 368	-2,4	16 610	-3,8
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschließlich ehemaligen Zinsabschlags)	515	-12,5	7 299	-8,6	7 943	-8,3
Körperschaftsteuer	- 489	X	13 300	+0,0	19 270	-1,2
Steuern vom Umsatz	19 002	+10,9	185 931	+3,5	202 900	+3,1
Gewerbesteuerumlage	185	+17,2	3 034	+1,8	3 896	+2,5
erhöhte Gewerbesteuerumlage	60	+2,2	2 517	+0,5	3 296	+1,4
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	32 369	+9,3	406 684	+4,2	466 515	+3,7
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 447	+0,9	31 338	+0,8	39 900	+1,4
Tabaksteuer	1 357	+0,6	12 619	+3,7	14 470	+4,7
Branntweinsteuer inklusive Alkopopsteuer	170	+0,0	1 843	-2,3	2 050	-2,5
Versicherungsteuer	827	+5,1	11 522	+4,4	12 060	+4,4
Stromsteuer	577	-6,1	6 140	-6,7	6 650	-5,1
Kraftfahrzeugsteuer	663	+11,5	7 981	+0,7	8 490	+0,0
Luftverkehrssteuer	92	+1,0	872	-0,3	980	+0,2
Kernbrennstoffsteuer	151	-49,8	-1 611	X	1 060	-17,5
Solidaritätszuschlag	788	+5,3	12 644	+4,2	14 850	+3,3
übrige Bundessteuern	127	-2,0	1 317	-1,6	1 458	-1,1
Bundessteuern insgesamt	8 198	-0,0	84 665	-1,9	101 968	+1,5
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	426	+18,9	4 989	+19,1	5 389	+16,3
Grunderwerbsteuer	765	+6,0	8 502	+9,8	9 150	+9,0
Rennwett- und Lotteriesteuer	125	-7,2	1 539	+1,3	1 682	+2,9
Biersteuer	55	-0,4	634	+1,3	682	+2,0
sonstige Ländersteuern	19	+7,4	368	+3,9	405	+3,5
Ländersteuern insgesamt	1 390	+8,0	16 032	+11,1	17 308	+10,1
EU-Eigenmittel						
Zölle	410	+8,6	4 179	+7,2	4 500	+6,3
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	303	+254,8	3 705	+88,5	4 040	+94,0
BNE-Eigenmittel	1 576	+75,3	19 267	-10,1	23 130	-6,7
EU-Eigenmittel insgesamt	2 289	+68,1	27 151	-0,5	31 670	+1,8
Bund³	19 901	+2,6	230 567	+2,9	268 939	+3,5
Länder³	17 854	+7,7	222 370	+4,0	252 789	+3,5
EU	2 289	+68,1	27 151	-0,5	31 670	+1,8
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 323	+9,1	31 472	+5,7	36 893	+5,3
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	42 368	+7,3	511 560	+3,4	590 291	+3,5

¹Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

²Nach Abzug der Kindergeldersatzung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

³Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vergleiche Fußnote 1).

⁴Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom November 2014.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im November 2014

November 2014 ist nunmehr eine Erhöhung der Kasseneinnahmen um insgesamt 7,6 % zu verbuchen.

Die Veranlagungstätigkeit prägt auch das Aufkommen der Körperschaftsteuer. Im Veranlagungsmonat November 2014 ergaben sich saldiert Auszahlungen in Höhe von rund 0,5 Mrd. €. Dies ist ein leichter Anstieg um 0,1 Mrd. € gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Kumuliert liegt das Steueraufkommen bis November 2014 mit 13,3 Mrd. € auf dem Vorjahresniveau.

Die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag verzeichneten im Berichtsmonat im direkten Vergleich zum Vorjahr einen Einnahmerückgang von 6,1 %. Nach Abzug der Erstattungen des Bundeszentralamts für Steuern (0,2 Mrd. €), ergab sich ein Nettoaufkommen von rund 0,5 Mrd. €. Dies entspricht einer Verminderung von 5,7 %. In kumulierter Betrachtung liegt das Gesamtaufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag bis November 2014 im bisherigen Jahresverlauf um 2,4 % unter dem Vorjahresniveau.

Den Trend vergangener Monate fortsetzend, blieben die Einnahmen aus der Abgeltungssteuer auf Zins- und Veräußerungserträge im November 2014 im Vergleich zum Vorjahr um 12,5 % zurück. Für den Zeitraum Januar bis November 2014 ergibt sich ein Minus von 8,6 %. Hervorgerufen durch das anhaltend niedrige Zinsniveau zeigt sich ein allmählicher Rückgang des durchschnittlichen Zinsniveaus im Bestand an festverzinslichen Wertpapieren. Dies führt in der Folge zur fortdauernden deutlichen Dämpfung des Aufkommens der Abgeltungssteuer auf Zins- und Veräußerungserträge.

Die Einnahmen der Steuern vom Umsatz stiegen im Berichtsmonat November 2014 deutlich gegenüber dem Vorjahr um 10,9 %. Sowohl die (Binnen-)Umsatzsteuer mit + 13,1 % als auch die

Einfuhrumsatzsteuer mit + 4,4 % entwickelten sich positiv. Die aktuell gute Entwicklung ist allerdings auch vor dem Hintergrund einer sehr schwachen Entwicklung im Vormonat zu sehen (Oktober 2014: - 0,3 %). Aufkommensverschiebungen zwischen beiden Monaten haben die Entwicklung beeinflusst. Inwieweit hiervon auch das Aufkommen im Dezember betroffen sein wird, bleibt abzuwarten. Ein ähnlich starker Zuwachs wie im aktuellen Monat scheint eher unwahrscheinlich. Die Steuern vom Umsatz weisen nun im Zeitraum Januar bis November 2014 kumuliert einen Zuwachs von 3,5 % gegenüber dem Vorjahr aus.

Bundessteuern

Das Aufkommen der Bundessteuern verharrte im November 2014 mit 8,2 Mrd. € auf Vorjahresniveau. Die Kraftfahrzeugsteuer holte weiter auf und legte im November 2014 um 11,5 % gegenüber dem Vorjahr zu. Die Einnahmen aus der Versicherungssteuer wuchsen um 5,1 % an. Leichte Einnahmezuwächse waren weiterhin bei der Tabaksteuer (+ 0,6 %), der Energiesteuer (+ 0,9 %) und der Luftverkehrssteuer (+ 1,0 %) zu verzeichnen. In kumulierter Betrachtung bis November 2014 liegen die Bundessteuern, vor allem in Folge der Rückzahlung der Kernbrennstoffsteuer für vergangene Jahre und wegen Einnahmefällen bei dieser Steuer im laufenden Jahr aufgrund des Beschlusses des Finanzgerichts Hamburg, jedoch um 1,9 % unter dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

Ländersteuern

Die Ländersteuern verzeichneten im Berichtsmonat November 2014 einen deutlichen Zuwachs von 8,0 %. Dieser Anstieg basiert auf der anhaltend positiven Entwicklung der Grunderwerbsteuer mit einem Plus von 6,0 %, sowie auf einem Zuwachs der Erbschaftsteuer von 18,9 %. In kumulierter Betrachtung bis einschließlich November 2014

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im November 2014

entwickelten sich die Ländersteuern mit + 11,1% weiterhin deutlich besser als die Bundessteuern.

Die Gemeinden profitierten – ebenso wie Bund und Länder – von der guten Entwicklung der

gemeinschaftlichen Steuern. Ihr Anteil am Aufkommen der gemeinschaftlichen Steuern wuchs im November 2014 um 9,1% und hat damit im bisherigen Jahresverlauf 2014 einen Zuwachs von 5,7% erreicht.

█ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich November 2014

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich November 2014

Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben des Bundes lagen mit 273,8 Mrd. € bis einschließlich November 2014 um 13,2 Mrd. € (- 4,6 %) unter denen des Vergleichszeitraums des Vorjahres. Wesentlicher Grund hierfür waren geringere Zinsausgaben. Außerdem erhöhten sich im Oktober 2013 mit der einmaligen Zuweisung an das Sondervermögen „Aufbauhilfe“ für die Bewältigung der Schäden der Hochwasserkatastrophe die Ausgaben um 8,0 Mrd. €.

Einnahmeentwicklung

Bis einschließlich November 2014 beliefen sich die Einnahmen des Bundes auf 252,4 Mrd. €. Sie lagen damit um 7,4 Mrd. € (+ 3,0 %) über den Einnahmen des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Die Steuereinnahmen

lagen mit 230,0 Mrd. € um 6,5 Mrd. € (+ 2,9 %) über dem Ergebnis vom November 2013. Die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt und eine gestiegene Binnennachfrage führten zu einem deutlichen Anstieg bei der Lohnsteuer und den Steuern vom Umsatz. Die Verwaltungseinnahmen stiegen im Betrachtungszeitraum um 0,9 Mrd. € (+ 4,0 %) gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres auf 22,4 Mrd. € an.

Finanzierungssaldo

Der sich rechnerisch ergebende Finanzierungssaldo betrug Ende November - 21,3 Mrd. € und lässt auch in diesem Monat keine Rückschlüsse auf den tatsächlichen Kreditbedarf zu. Nach aktueller Einschätzung wird die für das Jahr 2014 geplante Nettokreditaufnahme in Höhe von 6,5 Mrd. € nicht in voller Höhe benötigt werden.

Entwicklung des Bundeshaushalts


	Ist 2013	Soll 2014	Ist-Entwicklung ¹ November 2014
Ausgaben (Mrd. €)	307,8	296,5	273,8
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			-4,6
Einnahmen (Mrd. €)	285,5	289,8	252,4
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+3,0
Steuereinnahmen (Mrd. €)	259,8	268,2	230,0
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+2,9
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-22,3	-6,7	-21,3
Finanzierung durch:	22,3	6,7	21,3
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-	18,4
Münzeinnahmen (Mrd. €)	0,3	0,2	0,1
Nettokreditaufnahme/unterjähriger Kapitalmarktsaldo ² (Mrd. €)	22,1	6,5	2,8

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹ Buchungsergebnisse.

² (-) Tilgung; (+) Kreditaufnahme.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.


 Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich November 2014

Entwicklung der Bundesaussgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist		Soll		Ist-Entwicklung		Unterjährige Veränderung ggü. Vorjahr
	2013		2013		Januar bis November 2013	Januar bis November 2014	
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €		
Allgemeine Dienste	72 647	23,6	69 602	22,6	66 424	62 245	-6,3
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5 899	1,9	6 324	2,1	5 049	5 041	-0,2
Verteidigung	32 269	10,5	32 366	10,5	28 964	29 083	+0,4
Politische Führung, zentrale Verwaltung	13 205	4,3	13 949	4,5	12 500	12 586	+0,7
Finanzverwaltung	3 865	1,3	4 004	1,3	3 483	3 540	+1,6
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	18 684	6,1	19 304	6,3	16 192	16 419	+1,4
Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende	2 686	0,9	2 708	0,9	2 521	2 375	-5,8
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 150	3,3	10 598	3,4	8 291	8 361	+0,8
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	145 706	47,3	147 876	48,0	138 865	142 365	+2,5
Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	98 701	32,1	99 691	32,4	96 585	98 233	+1,7
Arbeitsmarktpolitik	32 680	10,6	31 400	10,2	29 803	29 571	-0,8
darunter: Arbeitslosengeld II nach SGB II	19 484	6,3	19 200	6,2	18 066	18 363	+1,6
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	4 685	1,5	3 900	1,3	4 309	3 769	-12,5
Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	6 548	2,1	7 343	2,4	6 046	6 851	+13,3
Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 340	0,8	2 300	0,7	2 170	2 001	-7,8
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 633	0,5	2 008	0,7	1 400	1 486	+6,2
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 304	0,7	2 192	0,7	1 941	1 684	-13,2
Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 660	0,5	1 680	0,5	1 583	1 436	-9,3
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	904	0,3	960	0,3	628	585	-6,9
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	3 900	1,3	4 180	1,4	3 337	3 580	+7,3
Regionale Förderungsmaßnahmen	796	0,3	603	0,2	591	532	-10,0
Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 492	0,5	1 621	0,5	1 430	1 530	+7,1
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 406	5,3	16 421	5,3	13 773	13 642	-0,9
Straßen	7 399	2,4	7 435	2,4	6 213	6 679	+7,5
Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 597	1,5	4 553	1,5	3 820	3 586	-6,1
Allgemeine Finanzwirtschaft	46 017	14,9	33 957	11,0	44 710	32 086	-28,2
Zinsausgaben	31 302	10,2	27 618	9,0	30 657	25 485	-16,9
Ausgaben zusammen	307 843	100,0	296 500	96,3	286 965	273 755	-4,6

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

 Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich November 2014

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist 2013		Soll 2014		Ist-Entwicklung		Unterjährige Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	Januar bis November 2013	Januar bis November 2014	
					in Mio. €		
Konsumtive Ausgaben	274 366	89,1	268 544	90,6	258 208	249 320	-3,4
Personalausgaben	28 575	9,3	28 907	9,7	27 091	27 663	+2,1
Aktivbezüge	20 938	6,8	21 119	7,1	19 758	20 051	+1,5
Versorgung	7 637	2,5	7 788	2,6	7 333	7 612	+3,8
Laufender Sachaufwand	23 152	7,5	24 196	8,2	19 150	19 073	-0,4
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 453	0,5	1 289	0,4	1 190	1 129	-5,1
Militärische Beschaffungen	8 550	2,8	9 989	3,4	6 700	6 667	-0,5
Sonstiger laufender Sachaufwand	13 148	4,3	12 918	4,4	11 260	11 277	+0,2
Zinsausgaben	31 302	10,2	27 618	9,3	30 657	25 485	-16,9
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	190 781	62,0	187 196	63,1	180 819	176 544	-2,4
an Verwaltungen	27 273	8,9	20 718	7,0	24 781	17 757	-28,3
an andere Bereiche	163 508	53,1	166 478	56,1	156 051	158 787	+1,8
darunter:							
Unternehmen	25 024	8,1	26 707	9,0	23 056	23 129	+0,3
Renten, Unterstützungen u. a.	27 055	8,8	27 471	9,3	25 149	26 120	+3,9
Sozialversicherungen	103 693	33,7	104 320	35,2	100 935	102 776	+1,8
Sonstige Vermögensübertragungen	555	0,2	628	0,2	491	555	+13,0
Investive Ausgaben	33 477	10,9	29 853	10,1	28 757	24 435	-15,0
Finanzierungshilfen	25 582	8,3	22 044	7,4	22 459	18 004	-19,8
Zuweisungen und Zuschüsse	14 772	4,8	16 264	5,5	12 175	12 768	+4,9
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 032	0,7	1 294	0,4	1 527	835	-45,3
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	8 778	2,9	4 486	1,5	8 756	4 401	-49,7
Sachinvestitionen	7 895	2,6	7 809	2,6	6 298	6 431	+2,1
Baumaßnahmen	6 264	2,0	6 273	2,1	5 394	5 615	+4,1
Erwerb von beweglichen Sachen	1 020	0,3	996	0,3	667	654	-1,9
Grunderwerb	611	0,2	541	0,2	237	161	-32,1
Globalansätze	-	X	-1 897	-0,6	-	-	X
Ausgaben insgesamt	307 843	100,0	296 500	100,0	286 965	273 755	-4,6

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

█ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich November 2014

Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist 2013		Soll 2014		Ist-Entwicklung		Unterjährige Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	Januar bis November 2013	Januar bis November 2014	
					in Mio. €		in %
I. Steuern	259 807	91,0	268 197	92,6	223 473	229 995	+2,9
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	213 199	74,7	220 890	76,2	184 179	191 973	+4,2
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	107 340	37,6	111 310	38,4	87 865	92 112	+4,8
davon:							
Lohnsteuer	67 174	23,5	71 273	24,6	56 754	60 503	+6,6
veranlagte Einkommensteuer	17 969	6,3	19 316	6,7	13 074	14 068	+7,6
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	8 631	3,0	8 000	2,8	7 872	7 679	-2,5
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 812	1,3	3 696	1,3	3 515	3 212	-8,6
Körperschaftsteuer	9 754	3,4	9 025	3,1	6 650	6 650	+0,0
Steuern vom Umsatz	104 283	36,5	107 951	37,3	95 078	98 604	+3,7
Gewerbesteuerumlage	1 575	0,6	1 629	0,6	1 235	1 257	+1,8
Energiesteuer	39 364	13,8	39 450	13,6	31 083	31 338	+0,8
Tabaksteuer	13 820	4,8	14 300	4,9	12 171	12 619	+3,7
Solidaritätszuschlag	14 378	5,0	14 900	5,1	12 134	12 644	+4,2
Versicherungsteuer	11 553	4,0	11 950	4,1	11 040	11 522	+4,4
Stromsteuer	7 009	2,5	6 850	2,4	6 582	6 140	-6,7
Kraftfahrzeugsteuer	8 490	3,0	8 400	2,9	7 923	7 981	+0,7
Kernbrennstoffsteuer	1 285	0,5	1 300	0,4	1 285	-1 611	X
Branntweinabgaben	2 104	0,7	2 062	0,7	1 888	1 844	-2,3
Kaffeesteuer	1 021	0,4	1 040	0,4	922	921	-0,1
Luftverkehrssteuer	978	0,3	980	0,3	874	872	-0,2
Ergänzungszuweisungen an Länder	-10 792	-3,8	-10 450	-3,6	-8 050	-7 988	-0,8
BNE-Eigenmittel der EU	-24 787	-8,7	-23 480	-8,1	-21 424	-19 267	-10,1
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-2 083	-0,7	-4 140	-1,4	-1 965	-3 705	+88,5
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-7 191	-2,5	-7 299	-2,5	-6 592	-6 691	+1,5
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw-Maut	-8 992	-3,2	-8 992	-3,1	-8 992	-8 992	+0,0
II. Sonstige Einnahmen	25 645	9,0	21 585	7,4	21 549	22 405	+4,0
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 886	1,7	6 847	2,4	4 099	6 088	+48,5
Zinseinnahmen	191	0,1	245	0,1	179	183	+2,2
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	5 978	2,1	2 380	0,8	3 827	2 632	-31,2
Einnahmen zusammen	285 452	100,0	289 782	100,0	245 022	252 401	+3,0

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2014

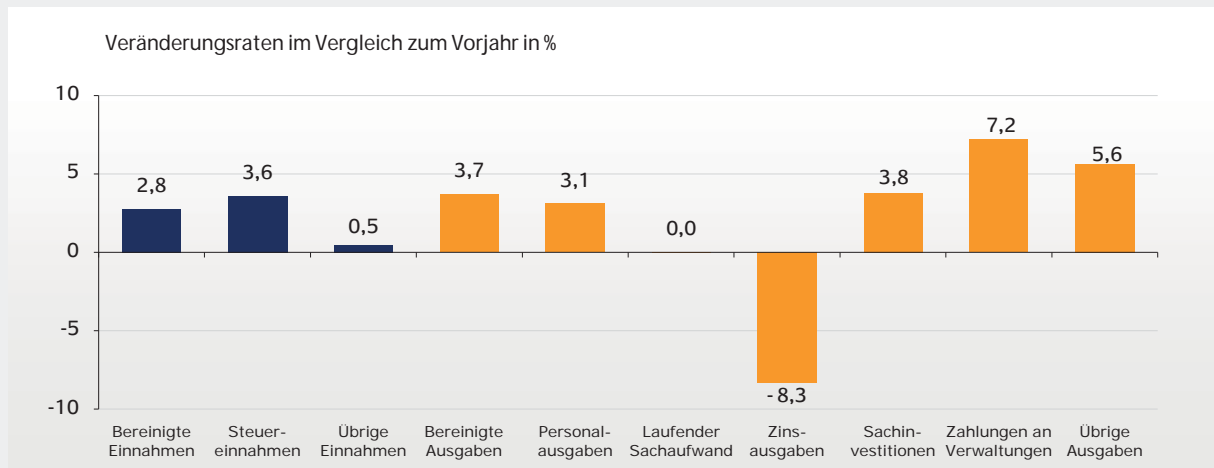
Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2014

Das BMF legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich Oktober 2014 vor.

Die Einnahmen der Ländergesamtheit stiegen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 2,8 %, während sich die Ausgaben um 3,7 % erhöhten.

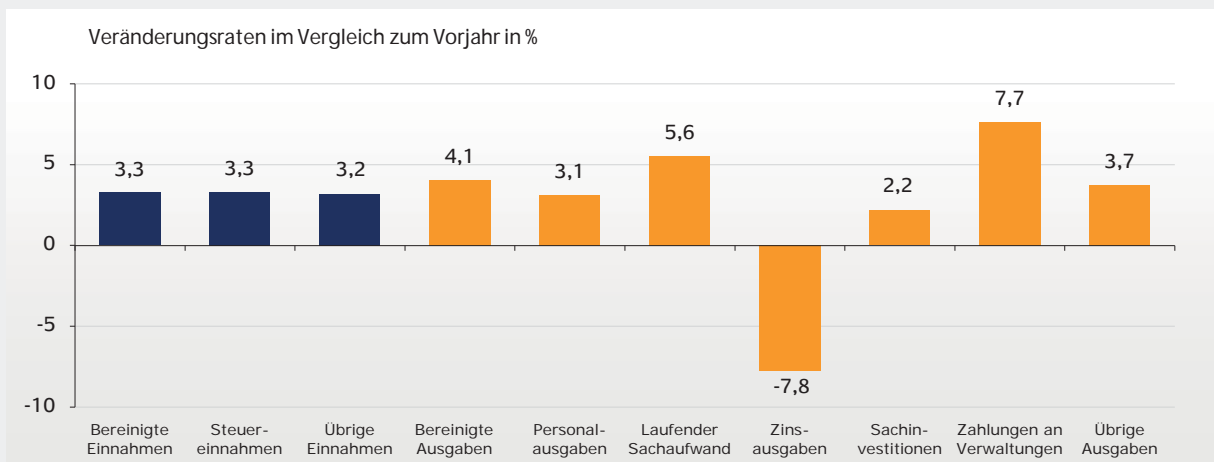
Die Steuereinnahmen nahmen im Vergleich zum Vorjahr um 3,6 % zu. Das Finanzierungsdefizit der Länder insgesamt betrug Ende Oktober rund - 7,3 Mrd. € und liegt damit knapp 2,5 Mrd. € über dem Vorjahreswert. Derzeit planen die Länder für das Haushaltsjahr 2014 ein Defizit von knapp - 11 Mrd. €.

Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2014, Länder insgesamt



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2014, Flächenländer (West)

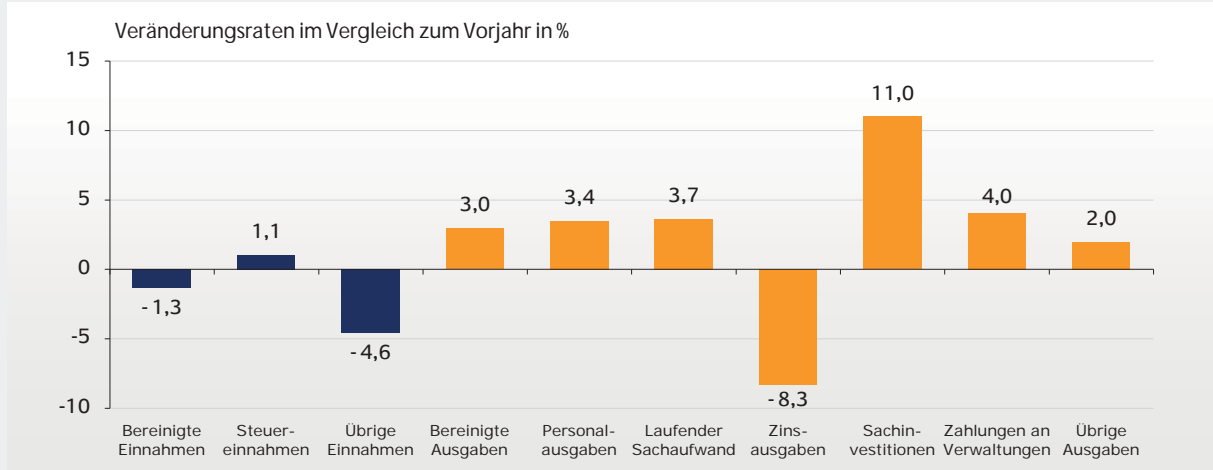


Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

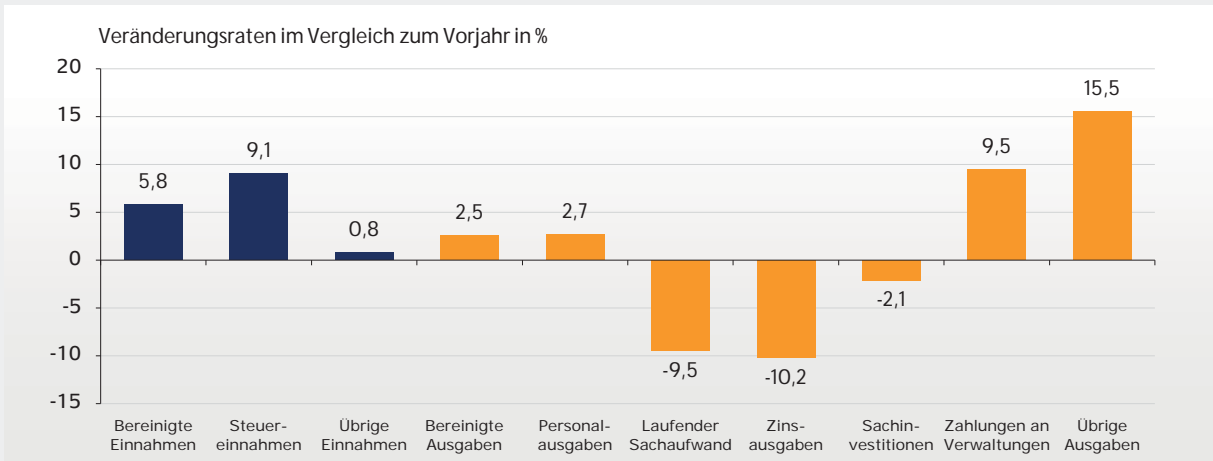
Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2014

Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2014, Flächenländer (Ost)



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2014, Stadtstaaten



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

█ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im November durchschnittlich 1,50 % (1,59 % im Oktober).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende November 0,70 % (0,84 % Ende Oktober).

Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich Ende November auf 0,08 % (0,09 % Ende Oktober).

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat in ihrer Ratssitzung am 4. Dezember 2014 beschlossen, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 0,05 %, den Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 0,30 % und den Zinssatz für die Einlagefazilität bei - 0,20 % zu belassen.

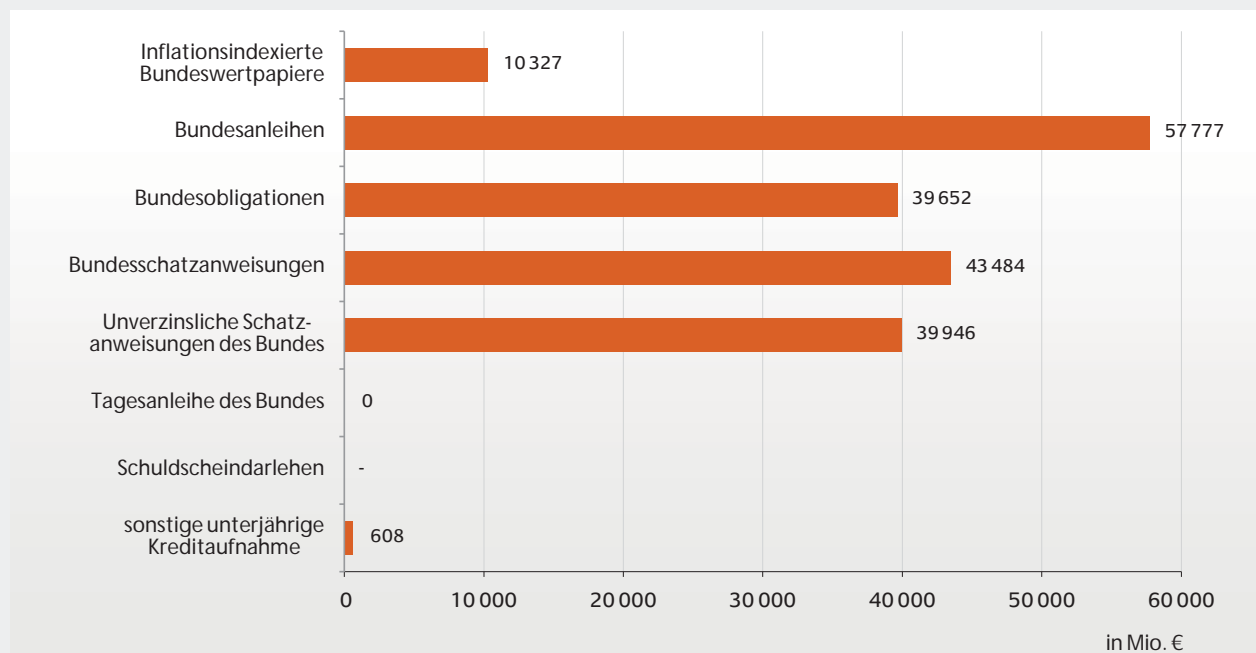
Der deutsche Aktienindex betrug 9 981 Punkte am 28. November (9 327 Punkte am 31. Oktober). Der Euro Stoxx 50 stieg von 3 113 Punkten am 31. Oktober auf 3 251 Punkte am 28. November.

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im Oktober bei 2,5 % nach 2,5 % im September und 2,0 % im August. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 lag in der Zeit von August bis Oktober 2014 bei 2,3 %, verglichen mit 2,1 % in der Zeit von Juli bis September 2014.

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum belief sich im Monat Oktober auf - 1,7 % (- 1,9 % im Vormonat).

Kreditaufnahme des Bundes inklusive Sondervermögen bis Oktober 2014¹



¹ Bruttoemissionen ohne Rückhaltsquote und Aufbau von Eigenbeständen.
Nachrichtlich: Kreditaufnahmewirksame Eigenbestandsveränderungen: 198 Mio. €.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen 1,23 % im Oktober gegenüber 1,36 % im September.

Kreditaufnahme von Bund und Sondervermögen – Umsetzung des Emissionskalenders

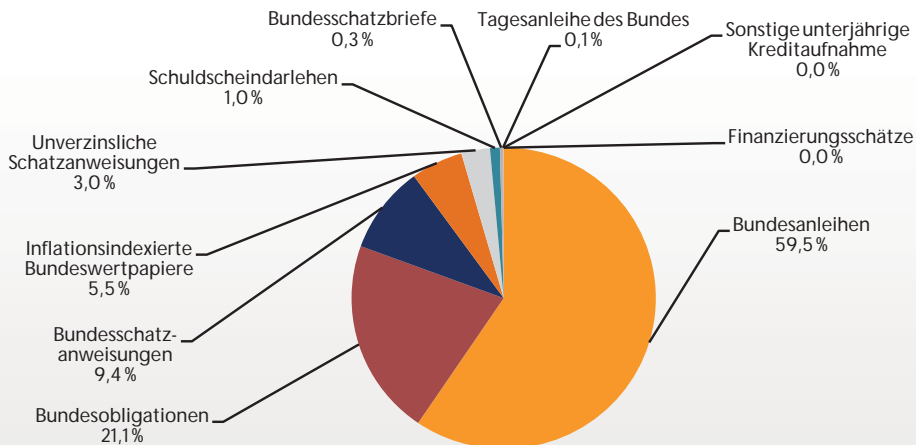
Im Oktober 2014 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen 191,8 Mrd. €. Hierzu wurden festverzinsliche Bundeswertpapiere in Höhe von 181,0 Mrd. € und inflationsindexierte Bundeswertpapiere in Höhe von 10,0 Mrd. € emittiert, am Sekundärmarkt Bundeswertpapiere in Höhe von 0,2 Mrd. € verkauft und 0,6 Mrd. € sonstige Kreditaufnahmen getätigt.

Die Übersicht „Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2014“ zeigt die Kapital- und Geldmarktemissionen im Rahmen der Emissionsplanung des Bundes sowie die sonstigen Emissionen.

Der Schuldendienst von Bund und Sondervermögen in Höhe von 214,9 Mrd. € (davon 188,5 Mrd. € Tilgungen und 26,5 Mrd. € Zinsen) überstieg den Bruttokreditbedarf um 23,1 Mrd. €. Diese Finanzierungen waren durch Kassen- oder Haushaltsmittel aufzubringen.

Die aufgenommenen Kredite wurden im Umfang von 188,3 Mrd. € für die Finanzierung des Bundeshaushalts, von 3,2 Mrd. € für die Finanzierung des Finanzmarktstabilisierungsfonds und von 0,3 Mrd. € für die Finanzierung des Investitions- und Tilgungsfonds eingesetzt.

Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes inklusive Sondervermögen per 31. Oktober 2014



Kreditmarktmittel des Bundes einschließlich der Eigenbestände: 1158,9 Mrd. €; darunter Eigenbestände: 46,5 Mrd. €.

Ausführliche Gegenüberstellungen der unterschiedlichen Darstellungen der Verschuldung des Bundes mit detaillierten Überführungsrechnungen und weiteren Erläuterungen können dem "Finanzbericht – Stand und voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang" des Bundesministeriums der Finanzen im Abschnitt "Verschuldung des Bundes am Kapitalmarkt" entnommen werden.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

█ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2014
 in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
	in Mrd. €												
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anleihen	24,0	-	-	-	-	-	25,0	-	-	-	-	-	49,0
Bundessobligationen	-	-	-	19,0	-	-	-	-	-	17,0	-	-	36,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	15,0	-	-	15,0	-	-	15,0	-	-	-	45,0
U-Schätze des Bundes	7,0	7,0	6,0	6,0	6,0	3,0	5,0	5,0	5,0	5,0	-	-	55,0
Bundesschatzbriefe	0,1	0,2	0,0	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,3	0,2	-	-	1,7
Finanzierungsschätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-	-	0,0
Tagesanleihe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-	-	0,2
Schuldscheindarlehen	-	-	-	0,0	-	0,1	-	-	-	0,0	-	-	0,1
Sonstige unterjährige Kreditaufnahme	-	-	1,0	-	-	0,1	-	-	0,4	-	-	-	1,5
Sonstige Schulden gesamt	-0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-	-	-0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	31,2	7,2	22,1	25,2	6,1	18,3	30,2	5,2	20,7	22,3	-	-	188,5

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.


Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2014
 in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
	in Mrd. €												
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	9,5	1,1	-0,1	2,4	0,1	0,2	11,1	0,2	1,0	0,9	-	-	26,5

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

 Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2014
Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Bundesanleihe ISIN DE000112366 WKN 110236	Aufstockung	1. Oktober 2014	10 Jahre/fällig 15. August 2024 Zinslaufbeginn 15. August 2014 erster Zinstermin 15. August 2015	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141703 WKN 114170	Aufstockung	8. Oktober 2014	5 Jahre/fällig 11. Oktober 2019 Zinslaufbeginn 5. September 2014 erster Zinstermin 11. Oktober 2015	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137479 WKN 113747	Aufstockung	15. Oktober 2014	2 Jahre/fällig 16. September 2016 Zinslaufbeginn 22. August 2014 erster Zinstermin 16. September 2015	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102341 WKN 110234	Aufstockung	22. Oktober 2014	30 Jahre/fällig 15. Mai 2046 Zinslaufbeginn 28. Februar 2014 erster Zinstermin 15. August 2015	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE000112366 WKN 110236	Aufstockung	29. Oktober 2014	10 Jahre/fällig 15. August 2024 Zinslaufbeginn 15. August 2014 erster Zinstermin 15. August 2015	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141703 WKN 114170	Aufstockung	5. November 2014	5 Jahre/fällig 11. Oktober 2019 Zinslaufbeginn 5. September 2014 erster Zinstermin 11. Oktober 2015	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137487 WKN 113748	Neuemission	12. November 2014	2 Jahre/fällig 16. Dezember 2016 Zinslaufbeginn 14. November 2014 erster Zinstermin 16. Dezember 2015	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE000112366 WKN 110236	Aufstockung	26. November 2014	10 Jahre/fällig 15. August 2024 Zinslaufbeginn 15. August 2014 erster Zinstermin 15. August 2015	ca. 4 Mrd. €	
Bundesobligation ISIN DE0001141703 WKN 114170	Aufstockung	3. Dezember 2014	5 Jahre/fällig 11. Oktober 2019 Zinslaufbeginn 5. September 2014 erster Zinstermin 11. Oktober 2015	ca. 3 Mrd. €	
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137487 WKN 113748	Aufstockung	10. Dezember 2014	2 Jahre/fällig 16. Dezember 2016 Zinslaufbeginn 14. November 2014 erster Zinstermin 16. Dezember 2015	ca. 4 Mrd. €	
4. Quartal 2014 insgesamt				ca. 39 Mrd. €	

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

**Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2014
Geldmarktinstrumente**

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119345 WKN 111934	Neuemission	13. Oktober 2014	6 Monate/fällig 15. April 2015	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119352 WKN 111935	Neuemission	27. Oktober 2014	12 Monate/fällig 28. Oktober 2015	2 Mrd. €	2 Mrd. €
4. Quartal 2014 insgesamt				4 Mrd. €	4 Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

**Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2014
Sonstiges**

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau)	Volumen ¹ Ist
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere insgesamt 2014	Neuemission oder Aufstockung	am zweiten Diens- tag im Monat außer August und Dezember	Auswahl entsprechend Marktbedingungen	10 - 14 Mrd. €	8 Mrd. €
davon im 4. Quartal					
inflationindexierte Bundesanleihe ISIN DE0001030542 WKN 1030541	Aufstockung	14. Oktober 2014	10 Jahre/fällig 15. April 2023 Zinslaufbeginn 23. März 2012 erster Zinstermin 15. April 2013	1 Mrd. €	1 Mrd. €
inflationindexierte Bundesanleihe ISIN DE000103559 WKN 103055	Aufstockung	11. November 2014	10 Jahre/fällig 15. April 2030 Zinslaufbeginn 10. April 2014 erster Zinstermin 15. April 2015	1 Mrd. €	1 Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf die Sondersitzung der Eurogruppe am 8. Dezember 2014 sowie die Sitzungen der Eurogruppe und des ECOFIN-Rats am 8. und 9. Dezember 2014 in Brüssel

Im Rahmen einer Sondersitzung befasste sich die Eurogruppe am 8. Dezember 2014 mit den Bewertungen der Europäischen Kommission zu den Haushaltsplanungen für 2015, die die Mitgliedstaaten des Euroraums mit Ausnahme der Programmländer Griechenland und Zypern bis zum 15. Oktober 2014 vorgelegt hatten. Die Europäische Kommission hat hierzu am 28. November 2014 ausführliche Bewertungen abgegeben. Die Eurogruppe begrüßte die zweite Runde dieser Überprüfung gemäß der im vergangenen Jahr in Kraft getretenen Two-Pack-Verordnung (EU) Nr. 473/2013 als ein wichtiges Instrument der Ex-ante-Haushaltsüberwachung. In Bezug auf die sieben Mitgliedstaaten, deren Haushaltsplanungen ein Risiko der Nichteinhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts aufwiesen, betonten die Minister, sie vertrauten darauf, dass die Europäische Kommission alle notwendigen Schritte unternahme, um die Einhaltung der Vorgaben sicherzustellen. Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble unterstrich dabei, dass die Kommission bis März 2015 einen klaren Prozess und präzise Schritte für das weitere Vorgehen gewährleisten müsse.

In der anschließenden regulären Sitzung der Eurogruppe wurde ein erster allgemeiner Gedankenaustausch über Anreize für Investitionen und Strukturreformen zur Steigerung des Wachstumspotenzials im Euroraum geführt, sowohl kurzfristig im bestehenden Rahmenwerk als auch langfristig verbunden mit potenziellen Vertragsveränderungen. Die Europäische Kommission stellte klar, dass Investitionen und Strukturreformen komplementär zur Haushaltskonsolidierung zu sehen seien. Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble

betonte, dass den Ankündigungen zu Strukturreformen nun auch konkrete Schritte zu deren Umsetzung in den Mitgliedstaaten folgen müssten. Die Minister beschlossen, die Diskussion im nächsten Jahr nach Vorlage des Vier-Präsidenten-Berichts fortzuführen.

Darüber hinaus diskutierten die Minister die Lage in einzelnen Mitgliedstaaten im Rahmen der Programm- beziehungsweise Nach-Programm-Überprüfung. Die Eurogruppe bestätigte, dass Griechenland weitere Fortschritte gemacht habe, diese aber noch nicht für einen Abschluss der fünften Programmüberprüfung ausreichten. Griechenland hat daher einen Antrag auf technische Verlängerung des zweiten Anpassungsprogramms um zwei Monate gestellt. Damit soll sichergestellt werden, dass die laufende Programmüberwachung erfolgreich abgeschlossen werden kann. Einen erfolgreichen Abschluss des laufenden Programms vorausgesetzt, hat Griechenland im Anschluss daran eine vorsorgliche Kreditlinie beantragt. Gleichzeitig bekräftigte es seine konstruktive Zusammenarbeit mit den beteiligten Institutionen und insbesondere auch die weitere Einbeziehung des Internationalen Währungsfonds (IWF). Auf der Basis dieses Antrags sowie eines Zwischenberichts der Troika, d. h. der Vertreter der Europäischen Zentralbank, des IWF und der Europäischen Kommission, wird die technische Verlängerung diskutiert werden. Gleichzeitig werden die nationalen parlamentarischen Verfahren eingeleitet.

Zu Portugal und Irland unterrichtete die Troika über die Fortschritte im Rahmen der Nach-Programm-Überwachung. Beide Länder seien auf einem guten Weg, allerdings dürften sie nicht bei ihren Reform- und Konsolidierungsbemühungen nachlassen, um den Erfolg der Anpassungsprogramme nicht aufs Spiel zu setzen.

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Auf der Tagesordnung des ECOFIN-Rats am 9. Dezember 2014 in Brüssel standen steuerliche Themen, die Bankenabgabe für den Einheitlichen Abwicklungsfonds, der Auftakt des Europäischen Semesters 2015, die Überprüfung der finanz- und wirtschaftspolitischen Überwachung und Koordinierung sowie Maßnahmen zur Förderung von Investitionen und der Bericht des Europäischen Rechnungshofs zum Haushaltsjahr 2013.

Die Ratspräsidentschaft unterrichtete über den Stand der Verhandlungen zur Finanztransaktionsteuer im Rahmen der Verstärkten Zusammenarbeit und übergab das Dossier an Lettland, das im Rahmen seiner Ratspräsidentschaft ab Januar 2015 die Arbeiten hieran fortführen wird. Die Minister der an der Verstärkten Zusammenarbeit beteiligten Mitgliedstaaten betonten ihren Willen, weiter an der Einführung dieser Steuer zu arbeiten. Auch die Europäische Kommission erklärte ihre Bereitschaft zur weiteren Unterstützung.

Die Minister billigten einen Bericht an den Rat mit einem Entwurf von Schlussfolgerungen zum Verhaltenskodex Unternehmensbesteuerung. Darin erzielten sie auf der Grundlage eines deutsch-britischen Vorschlags eine Einigung zur Definition des Kriteriums der wirtschaftlichen Substanz bei den sogenannten Patentboxregelungen (Besteuerung von Lizenzeinnahmen).

Ohne Aussprache wurde u. a. auch die Einführung einer allgemeinen Missbrauchsklausel in der Richtlinie über Mutter- und Tochtergesellschaften angenommen, nachdem die Niederlande zuvor ihren Parlamentsvorbehalt zur Missbrauchsklausel aufgehoben hatten.

Viel Unterstützung seitens anderer Mitgliedstaaten fand auch die Initiative von Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble und seinen französischen und italienischen Kollegen zur Erarbeitung von Maßnahmen

auf EU-Ebene gegen Gewinnkürzung und Gewinnverlagerung (BEPS). Die Europäische Kommission sagte zu, entsprechend tätig zu werden. Bereits Anfang nächsten Jahres solle ein Regelungsvorschlag zur Transparenz und zum Informationsaustausch bezüglich der Auskünfte („Rulings“) vorgelegt werden.

Ein Erfolg konnte auch im Hinblick auf den Durchführungsrechtsakt zur Bankenabgabe zum Einheitlichen Abwicklungsmechanismus (SRM) erreicht werden. Hier einigten sich die Minister auf eine Lösung, die eine gerechte und angemessene Belastung der Banken in den beteiligten Mitgliedstaaten sicherstellt.

Der ECOFIN-Rat führte eine intensive Diskussion über Maßnahmen zur Förderung von Investitionen auf Basis des Abschlussberichts der Task Force von Kommission und Europäischer Investitionsbank (EIB) zu Investitionen und der Investitionsinitiative des neuen Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker, die beide ineinander greifen. Die Investitionsoffensive soll nicht nur Liquidität bereitstellen, sondern auch strukturelle Änderungen anstoßen; insbesondere zur Stärkung des Binnenmarkts und zum Abbau bürokratischer Hindernisse. Kommission und EIB hoben hervor, dass Strukturreformen dabei nicht nur in den Mitgliedstaaten, sondern auch auf EU-Ebene durchgeführt werden müssten. Hierzu gab es seitens der Minister breite Unterstützung. Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble betonte, dass es für eine schnelle Umsetzung vorrangig sei, wirtschaftlich tragfähige Projekte mit europäischem Mehrwert zu identifizieren. Vordringlich sei nicht die Erreichung eines bestimmten Zielvolumens, sondern überhaupt einen Anfang zu machen. Gleichzeitig müsse die Haushaltskonsolidierung fortgesetzt werden.

Zur Überprüfung der Wachstumsstrategie EU 2020 forderte die Europäische Kommission eine deutliche Konzentration auf die Kernziele der Strategie. Zudem solle das

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Investitionspaket in die Umsetzung der Strategie einfließen. Das Europäische Semester solle, wie auch schon von Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel gefordert, gestärkt werden, damit notwendige Strukturreformen besser umgesetzt, überwacht und durch Benchmarking ergänzt würden. Ebenso sollten die länderspezifischen Empfehlungen fokussierter gefasst werden. Es solle zudem mehr Raum für die politische Diskussion vorgesehen werden.

Unter dem Tagesordnungspunkt „Wirtschaftspolitische Steuerung“ stellte die Europäische Kommission Inhalte und Schwerpunkte des Jahreswachstumsberichts 2015, des Frühwarnberichts und der Überprüfung der Wirksamkeit der Verordnungen des sogenannten Six-Pack und Two-Pack vor. In Zusammenhang mit dem Jahreswachstumsbericht hob die Europäische Kommission das Ziel der Förderung von Wachstum und der Schaffung von Arbeitsplätzen als oberste Priorität hervor. Zu diesem Ziel schlägt sie einen integrierten Ansatz aus stärkeren privaten und öffentlichen Investitionen, beschleunigter Umsetzung struktureller Reformen und wachstumsfreundlicher finanzpolitischer Konsolidierung vor. Gemäß dem Frühwarnbericht seien 16 Mitgliedstaaten

genauer im makroökonomischen Ungleichgewichtsverfahren zu untersuchen. Zur Verringerung von Ungleichgewichten sollten die betroffenen Mitgliedstaaten insbesondere ihre Arbeits- und Dienstleistungsmärkte reformieren und die öffentliche Verwaltung modernisieren. Die Überprüfung der Wirksamkeit von Six-Pack und Two-Pack sei gegenwärtig lediglich eine Bestandsaufnahme, da bisher noch zu wenige Erfahrungen hätten gesammelt werden können, um eine tiefere Analyse durchzuführen. Die italienische Ratspräsidentschaft wird den Sachstand in einem Brief an den Europäischen Rat zusammenfassen. Die Berichte bilden den Auftakt zum Europäischen Semester 2015, das im Juli 2015 mit der Annahme länderspezifischer Empfehlungen zur Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Finanzpolitik abgeschlossen werden wird.

Der Präsident des Europäischen Rechnungshofs stellte den Jahresbericht für 2013 vor. Die Europäische Kommission begrüßte den Bericht und die darin enthaltenen Empfehlungen und kündigte Maßnahmen zur Verbesserung des Finanzmanagements an. Zugleich wies die italienische Ratspräsidentschaft auf die mit dem Europäischen Parlament erzielte Einigung zu den Berichtigungshaushalten 2014 und dem EU-Haushalt 2015 hin.

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Termine, Publikationen

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

26./27. Januar 2015	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
9./10. Februar 2015	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Istanbul
12./13. Februar 2015	Europäischer Rat in Brüssel
16./17. Februar 2015	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
9./10. März 2015	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
19./20. März 2015	Europäischer Rat in Brüssel
31. März 2015	Deutsch-Französischer Ministerrat
17. April 2015	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Washington D.C.
16./19. April 2015	Frühjahrstagung von IWF und Weltbank in Washington D.C.
24./25. April 2015	Eurogruppe und informeller ECOFIN

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2015 und des Finanzplans bis 2018

12. März 2014	Kabinettsbeschluss zu den Eckwerten Bundeshaushalt 2015 und Finanzplan bis 2018
6. - 8. Mai 2014	Steuerschätzung in Berlin
28. Mai 2014	Stabilitätsrat
2. Juli 2014	Kabinettsbeschluss zum Entwurf Bundeshaushalt 2015 und Finanzplan bis 2018
8. August 2014	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
9. - 12. September 2014	1. Lesung Bundestag
19. September 2014	1. Beratung Bundesrat
4. - 6. November 2014	Steuerschätzung in Wismar
25. - 28. November 2014	2./3. Lesung Bundestag
Anfang Dezember 2014	Stabilitätsrat
19. Dezember 2014	2. Beratung Bundesrat
Ende Dezember 2014	Verkündung im Bundesgesetzblatt

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Termine, Publikationen

Veröffentlichungskalender¹ der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
Januar 2015	Dezember 2014	30. Januar 2015
Februar 2015	Januar 2015	20. Februar 2015
März 2015	Februar 2015	24. März 2015
April 2015	März 2015	23. April 2015
Mai 2015	April 2015	22. Mai 2015
Juni 2015	Mai 2015	22. Juni 2015
Juli 2015	Juni 2015	20. Juli 2015
August 2015	Juli 2015	20. August 2015
September 2015	August 2015	21. September 2015
Oktober 2015	September 2015	22. Oktober 2015
November 2015	Oktober 2015	20. November 2015
Dezember 2015	November 2015	21. Dezember 2015

¹ Nach IWF-Special Data Dissemination Standard (SDDS) (siehe <http://dsbb.imf.org>).

Publikationen des BMF

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikation neu herausgegeben:

70 Jahre IWF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

broschueren@bmf.bund.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 03018 272 2721

Telefax: 03018 10 272 2721

Internet:

<http://www.bundesfinanzministerium.de>

<http://www.bmf.bund.de>

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	58
1 Kreditmarktmittel	58
2 Gewährleistungen	59
3 Kennziffern SDDS - Central Government Operations - Haushalt Bund.....	60
4 Kennziffern SDDS - Central Government Debt - Schulden Bund.....	62
5 Bundeshaushalt 2010 bis 2015.....	64
6 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015.....	65
7 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2015	67
8 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2015.....	71
9 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	73
10 Steueraufkommen nach Steuergruppen.....	75
11 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	77
12 Entwicklung der Staatsquote	78
13a Schulden der öffentlichen Haushalte.....	79
13b Schulden der öffentlichen Haushalte - neue Systematik	81
14 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte.....	82
15 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden.....	83
16 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich.....	84
17 Steuerquoten im internationalen Vergleich.....	85
18 Abgabenquoten im internationalen Vergleich.....	86
19 Staatsquoten im internationalen Vergleich	87
20 Entwicklung der EU-Haushalte 2013 bis 2014	88
 Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	89
Abb. 1 Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2013/2014	89
1 Die Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2014 im Vergleich zum Jahressoll 2014	89
2 Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Oktober 2014.....	90
3 Die Einnahmen und Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober 2014.....	92

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten.....	96
1 Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten	97
2 Produktionspotenzial und -lücken	98
3 Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum.....	99
4 Bruttoinlandsprodukt	100
5 Bevölkerung und Arbeitsmarkt	102
6 Kapitalstock und Investitionen	106
7 Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität	107
8 Preise und Löhne.....	108
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	110
1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	110
2 Preisentwicklung.....	111
3 Außenwirtschaft	112
4 Einkommensverteilung.....	113
5 Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich.....	114
6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich.....	115
7 Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich.....	116
8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern	117
9 Übersicht Weltfinanzmärkte	118
10 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu BIP, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	119
11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu Haushaltssalden, Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo	123

Quellen: soweit nicht anders gekennzeichnet Bundesministerium der Finanzen und eigene Berechnungen.

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel
in Mio. €

	Stand: 30. September 2014	Zunahme	Abnahme	Stand: 31. Oktober 2014
Gliederung nach Schuldenarten				
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	63 000	1 000	-	64 000
Bundesanleihen	676 405	11 000	-	687 405
Bundesobligationen	257 000	4 000	17 000	244 000
Bundesschatzbriefe	3 068	-	230	2 838
Bundesschatzanweisungen	108 000	4 000	-	112 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	33 981	6 004	4 995	34 989
Finanzierungsschätze	3	-	1	2
Tagesanleihe	1 219	0	14	1 205
Schuldscheindarlehen	12 137	-	36	12 101
Sonstige unterjährige Kreditaufnahme	395	-	-	395
Kreditmarktmittel insgesamt	1 155 207			1 158 934
Gliederung nach Restlaufzeiten				
	Stand: 30. September 2014			Stand: 31. Oktober 2014
Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	194 113			194 120
Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	363 965			368 692
Langfristig (mehr als 4 Jahre)	597 130			596 122
Kreditmarktmittel insgesamt	1 155 207			1 158 934

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹ 10- und 30-jährige Anleihen des Bundes und €-Gegenwert der US-Dollar-Anleihe.

² Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

³ 1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.


Ausführliche Gegenüberstellungen der unterschiedlichen Darstellungen der Verschuldung des Bundes mit detaillierten Überführungsrechnungen und weiteren Erläuterungen können dem "Finanzbericht – Stand und voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang" des Bundesministeriums der Finanzen im Abschnitt "Verschuldung des Bundes am Kapitalmarkt" entnommen werden.

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 2: Gewährleistungen

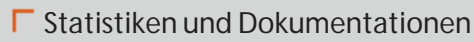
Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen	Belegung	
		am 30. September 2014	am 30. September 2013
in Mrd. €			
Ausfuhren	165,0	140,5	132,2
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	65,0	44,3	42,2
FZ-Vorhaben	16,7	9,7	5,7
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	0,0
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	160,0	107,6	107,7
Internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	56,8	56,2
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,0	1,0	1,0
Zinsausgleichsgarantien	8,0	8,0	8,0
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4



Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Operations - Haushalt Bund

	Central Government Operations					
	Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs-saldo	Kassenmittel	Münzein-nahmen	Kapitalmarkt-saldo/ Nettokredit-aufnahme
	Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financial market balance/Net borrowing
	in Mio. €/€ m					
2014 Dezember	-	-	-	-	-	-
November	273 755	252 401	-21 297	-18 391	118	-2 788
Oktober	251 113	229 707	-21 363	-28 982	137	7 756
September	227 810	208 955	-18 809	-21 206	110	2 507
August	205 597	180 504	-25 052	-29 508	124	4 579
Juli	184 378	159 069	-25 268	-35 248	121	10 100
Juni	150 047	134 048	-15 973	-16 582	94	704
Mai	127 591	103 500	-24 066	-25 388	0	1 322
April	103 067	84 896	-18 139	-28 185	-18	10 028
März	80 119	63 166	-16 936	-24 101	-126	7 040
Februar	59 707	35 554	-24 137	-29 495	-178	5 179
Januar	38 484	18 235	-20 235	-38 930	-161	18 534
2013 Dezember	307 843	285 452	-22 348	0	276	-22 072
November	286 965	245 022	-41 873	-23 619	110	-18 144
Oktober	260 699	223 768	-36 881	-35 674	132	-1 075
September	228 296	202 085	-26 162	-21 798	119	-4 245
August	206 802	176 302	-30 448	-23 274	124	-7 050
Juli	185 785	156 321	-29 418	-30 261	111	954
Juni	150 687	132 239	-18 410	-19 709	68	1 367
Mai	128 869	103 903	-24 939	-22 699	64	-2 176
April	104 661	83 276	-21 371	-34 642	-58	13 213
März	79 772	60 452	-19 306	-24 193	-107	4 780
Februar	59 487	35 678	-23 786	-24 082	-128	168
Januar	37 510	17 690	-19 803	-23 157	-132	3 222
2012 Dezember	306 775	283 956	-22 774	0	293	-22 480
November	281 560	240 077	-41 410	-8 531	129	-32 749
Oktober	258 098	220 585	-37 447	-21 107	162	-16 178
September	225 415	199 188	-26 173	-10 344	132	-15 697
August	193 833	156 426	-37 352	-19 849	123	-17 379
Juli	184 344	153 957	-30 335	-24 804	122	-5 408
Juni	148 013	129 741	-18 231	-1 608	107	-16 515
Mai	127 258	101 691	-25 526	-6 259	71	-19 195
April	108 233	81 374	-26 836	-28 134	-1	1 298
März	82 673	58 613	-24 040	-21 711	-77	-2 406
Februar	62 345	35 423	-26 907	-16 750	-98	-10 254
Januar	42 651	18 162	-24 484	-24 357	-123	-250



Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Operations - Haushalt Bund

	Central Government Operations					
	Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme
	Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financial market balance/Net borrowing
in Mio. €/€ m						
2011 Dezember	296 228	278 520	-17 667	0	324	-17 343
November	273 451	233 578	-39 818	-5 359	179	-34 280
Oktober	250 645	214 035	-36 555	-13 661	181	-22 712
September	227 425	192 906	-34 465	-8 069	152	-26 244
August	206 420	169 910	-36 459	536	144	-36 851
Juli	185 285	150 535	-34 709	-4 344	162	-30 202
Juni	150 304	127 980	-22 288	13 211	164	-35 335
Mai	129 439	102 355	-27 051	9 300	94	-36 257
April	109 028	80 147	-28 849	-20 282	24	-8 544
März	83 915	58 442	-25 449	-8 936	-41	-16 554
Februar	63 623	34 012	-29 593	-17 844	-93	-11 841
Januar	42 404	17 245	-25 149	-21 378	-90	-3 861
2010 Dezember	303 658	259 293	-44 323	0	311	-44 011
November	278 005	217 455	-60 499	-8 629	136	-51 733
Oktober	254 887	200 042	-54 793	-15 223	149	-39 421
September	230 693	181 230	-49 412	-8 532	125	-40 755
August	209 871	160 620	-49 202	-7 736	125	-41 341
Juli	188 128	143 120	-44 982	-14 368	142	-30 471
Juni	155 292	122 389	-32 877	4 465	78	-37 264
Mai	129 243	94 005	-35 209	7 707	45	-42 870
April	107 094	74 930	-32 137	-2 388	-38	-29 788
März	81 856	53 961	-27 883	3 657	-93	-31 633
Februar	60 455	31 940	-28 499	-653	-115	-27 962
Januar	40 352	16 498	-23 844	-14 862	-137	-9 118

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

 Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
 Central Government Debt - Schulden Bund

	Central Government Debt					Gewährleistungen ¹
	Kreditmarktmittel, Gliederung nach Restlaufzeiten				Kreditmarktmittel insgesamt	
	Outstanding debt					Debt guaranteed
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)			
	Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt		
in Mio. €/€ m					in Mrd. €/€ bn	
2014 Dezember	-	-	-	-	-	
November	-	-	-	-	-	
Oktober	194 120	368 692	596 722	1 158 934	-	
September	194 113	363 965	597 130	1 155 207	459	
August	197 551	375 060	586 148	1 158 758	-	
Juli	198 685	370 109	579 210	1 148 003	-	
Juni	203 003	365 337	592 881	1 161 222	452	
Mai	201 653	376 498	582 958	1 161 109	-	
April	203 663	370 577	570 976	1 145 216	-	
März	205 708	355 628	592 045	1 153 381	449	
Februar	208 712	366 656	583 057	1 158 425	-	
Januar	194 906	361 641	587 112	1 143 659	-	
2013 Dezember	199 033	360 431	596 350	1 155 814	443	
November	203 206	369 508	592 718	1 165 432	-	
Oktober	204 212	364 644	579 937	1 148 592	-	
September	204 138	360 829	583 822	1 148 789	470	
August	207 355	371 083	572 836	1 151 273	-	
Juli	207 948	366 074	562 859	1 136 882	-	
Juni	205 135	366 991	572 752	1 144 877	474	
Mai	207 541	377 104	562 867	1 147 512	-	
April	204 592	372 173	551 886	1 128 651	-	
März	216 723	368 251	558 954	1 143 928	472	
Februar	219 648	378 264	549 986	1 147 897	-	
Januar	219 615	357 434	554 028	1 131 078	-	
2012 Dezember	219 752	356 500	563 082	1 139 334	470	
November	220 844	367 559	563 217	1 151 620	-	
Oktober	217 836	362 636	549 262	1 129 734	-	
September	216 883	357 763	555 802	1 130 449	508	
August	221 918	369 000	540 581	1 131 499	-	
Juli	221 482	364 665	532 694	1 118 841	-	
Juni	226 289	358 836	542 876	1 128 000	459	
Mai	226 511	367 003	535 842	1 129 356	-	
April	226 581	362 000	524 423	1 113 004	-	
März	214 444	351 945	545 695	1 112 084	454	
Februar	217 655	364 983	535 836	1 118 475	-	
Januar	219 621	344 056	542 868	1 106 545	-	

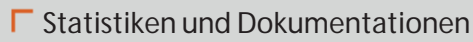
Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Debt - Schulden Bund

	Central Government Debt					Gewährleistungen ¹
	Kreditmarktmittel, Gliederung nach Restlaufzeiten				Kreditmarktmittel insgesamt	
	Outstanding debt					Total outstanding debt
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)			
	Short term	Medium term	Long term			
in Mio. €/€ m					in Mrd. €/€ bn	
2011 Dezember	222 506	341 194	553 871	1 117 570	378	
November	228 850	353 022	549 155	1 131 028	-	
Oktober	232 949	346 948	536 229	1 116 125	-	
September	239 900	341 817	545 495	1 127 211	376	
August	237 224	357 519	534 543	1 129 286	-	
Juli	239 195	350 434	528 649	1 118 277	-	
Juni	238 249	351 835	538 272	1 128 355	361	
Mai	232 210	364 702	534 474	1 131 385	-	
April	236 083	357 793	523 533	1 117 409	-	
März	240 084	349 779	525 593	1 115 457	348	
Februar	234 948	362 885	514 604	1 112 437	-	
Januar	239 055	338 972	522 579	1 100 606	-	
2010 Dezember	234 986	335 073	534 991	1 105 505	343	
November	231 952	347 673	526 944	1 106 568	-	
Oktober	232 952	341 728	515 041	1 089 721	-	
September	233 889	336 633	526 289	1 096 811	336	
August	233 001	346 511	513 508	1 093 020	-	
Juli	232 000	339 551	507 692	1 079 243	-	
Juni	227 289	332 426	517 873	1 077 587	335	
Mai	232 294	341 244	512 071	1 085 609	-	
April	238 248	334 207	499 124	1 071 579	-	
März	240 583	326 118	502 193	1 068 193	311	
Februar	242 829	335 135	491 171	1 069 135	-	
Januar	245 822	328 119	480 327	1 054 268	-	

¹ Gewährleistungsdaten werden quartalsweise gemeldet. Ab Dezember 2013 neue Ermittlungsmethode für die Gewährleistungen, daher keine Vergleichbarkeit der Werte zur Vorperiode. Vorjahreswert (2012) nach neuer Ermittlungsmethode: 433 Mrd. €.


 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung


Tabelle 5: Bundeshaushalt 2010 bis 2015
Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll	Soll
	in Mrd. €					
1. Ausgaben	303,7	296,2	306,8	307,8	296,5	299,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 3,9	- 2,4	+ 3,6	+ 0,3	- 3,7	+ 0,1
2. Einnahmen¹	259,3	278,5	284,0	285,5	289,8	298,8
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 0,6	+ 7,4	+ 2,0	+ 0,5	+ 1,5	+ 3,1
darunter :						
Steuereinnahmen	226,2	248,1	256,1	259,8	268,2	277,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	- 0,7	+ 9,7	+ 3,2	+ 1,5	+ 3,2	+ 3,5
3. Finanzierungssaldo	-44,4	-17,7	-22,8	-22,4	-6,7	-0,3
in % der Ausgaben	14,6	6,0	7,4	7,3	2,3	0,1
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme² (-)	288,2	274,2	245,2	238,6	204,3	191,8
5. Sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	5,0	3,1	9,9	7,9	2,6	-3,3
6. Tilgungen (+)	239,2	260,0	232,6	224,4	200,3	188,5
7. Nettokreditaufnahme	-44,0	17,3	22,5	22,1	6,5	0,0
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,2	-0,3
nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	26,1	25,4	36,3	33,5	29,9	26,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	- 3,8	- 2,7	+ 43,0	- 7,8	- 10,8	- 11,4
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	2,2	0,6	0,7	2,5	2,5

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹ Gemäß § 13 Absatz 4 Nr. 3 BHO.² Nach Berücksichtigung der Eigenbestandsveränderung.


Stand: Dezember 2014.

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015


Ausgabeart	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	Ist			Soll		
	in Mio. €					
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	28 196	27 856	28 046	28 575	28 907	29 779
Aktivitätsbezüge	21 117	20 702	20 619	20 938	21 119	21 531
Ziviler Bereich	9 443	9 274	9 289	9 599	10 974	11 025
Militärischer Bereich	11 674	11 428	11 331	11 339	10 145	10 506
Versorgung	7 079	7 154	7 427	7 637	7 788	8 248
Ziviler Bereich	2 459	2 472	2 538	2 619	2 694	2 832
Militärischer Bereich	4 620	4 682	4 889	5 018	5 094	5 417
Laufender Sachaufwand	21 494	21 946	23 703	23 152	24 196	24 394
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 544	1 545	1 384	1 453	1 289	1 417
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10 442	10 137	10 287	8 550	9 989	9 538
Sonstiger laufender Sachaufwand	9 508	10 264	12 033	13 148	12 918	13 439
Zinsausgaben	33 108	32 800	30 487	31 302	27 618	25 593
an andere Bereiche	33 108	32 800	30 487	31 302	27 618	25 593
Sonstige	33 108	32 800	30 487	31 302	27 618	25 593
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	33 058	32 759	30 446	31 261	27 576	25 551
an Ausland	8	-0	-	-	-	0
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	194 377	187 554	187 734	190 781	187 196	192 824
an Verwaltungen	14 114	15 930	17 090	27 273	20 718	22 802
Länder	8 579	10 642	11 529	13 435	13 976	15 916
Gemeinden	17	12	8	8	7	6
Sondervermögen	5 518	5 276	5 552	13 829	6 734	6 880
Zweckverbände	1	1	1	0	1	0
an andere Bereiche	180 263	171 624	170 644	163 508	166 478	170 022
Unternehmen	24 212	23 882	24 225	25 024	26 707	26 420
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	29 665	26 718	26 307	27 055	27 471	28 770
an Sozialversicherung	120 831	115 398	113 424	103 693	104 320	106 761
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 336	1 665	1 668	1 656	1 960	1 998
an Ausland	4 216	3 958	5 017	6 075	6 018	6 072
an Sonstige	3	2	2	5	2	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	277 175	270 156	269 971	273 811	267 916	272 590

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015


Ausgabeart	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	Ist			Soll		
	in Mio. €					
Ausgaben der Kapitalrechnung						
Sachinvestitionen	7 660	7 175	7 760	7 895	7 809	7 832
Baumaßnahmen	6 242	5 814	6 147	6 264	6 273	6 132
Erwerb von beweglichen Sachen	916	869	983	1 020	996	1 214
Gründerwerb	503	492	629	611	541	486
Vermögensübertragungen	15 350	15 284	16 005	15 327	16 892	17 672
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	14 944	14 589	15 524	14 772	16 264	16 996
an Verwaltungen	5 209	5 243	5 789	4 924	4 805	4 981
Länder	5 142	5 178	5 152	4 873	4 736	4 895
Gemeinden und Gemeindeverbände	68	65	56	52	69	86
Sondervermögen	-	-	581	-	1	1
an andere Bereiche	9 735	9 346	9 735	9 848	11 459	12 015
Sonstige – Inland	6 599	6 060	6 234	6 393	6 331	7 025
Ausland	3 136	3 287	3 501	3 455	5 128	4 990
Sonstige Vermögensübertragungen	406	695	480	555	628	676
an andere Bereiche	406	695	480	555	628	676
Unternehmen – Inland	0	260	4	7	30	30
Sonstige – Inland	137	123	129	141	134	136
Ausland	269	311	348	406	464	510
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 473	3 613	13 040	10 810	5 780	1 624
Darlehensgewährung	2 663	2 825	2 736	2 032	1 294	1 554
an Verwaltungen	1	1	1	0	1	1
Länder	1	1	1	0	1	1
an andere Bereiche	2 662	2 825	2 735	2 032	1 293	1 553
Sonstige – Inland (auch Gewährleistungen)	1 075	1 115	1 070	597	905	1 156
Ausland	1 587	1 710	1 666	1 435	388	397
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	810	788	10 304	8 778	4 486	71
Inland	13	0	0	91	143	71
Ausland	797	788	10 304	8 687	4 343	0
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	26 483	26 072	36 804	34 032	30 481	27 128
Darunter: Investive Ausgaben	26 077	25 378	36 324	33 477	29 853	26 453
Globale Mehr-/Minderausgaben	-	-	-	-	-1 897	- 619
Ausgaben zusammen	303 658	296 228	306 775	307 843	296 500	299 100

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2015


		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe	in Mio. €					
0	Allgemeine Dienste	65 882	60 146	26 422	19 275	-	14 449
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	14 100	13 642	4 112	1 753	-	7 777
02	Auswärtige Angelegenheiten	10 095	5 619	564	223	-	4 832
03	Verteidigung	32 496	32 272	15 923	15 240	-	1 110
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	4 504	4 076	2 616	1 237	-	224
05	Rechtsschutz	477	463	302	112	-	49
06	Finanzverwaltung	4 210	4 074	2 906	711	-	457
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	20 670	17 172	530	1 209	-	15 433
13	Hochschulen	4 971	3 956	12	10	-	3 934
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen	3 499	3 494	-	237	-	3 257
15	Sonstiges Bildungswesen	326	253	11	69	-	173
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	11 060	8 882	507	881	-	7 495
19	Übrige Bereiche aus 1	815	587	1	13	-	573
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	153 144	152 493	224	263	-	152 006
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	102 104	102 104	36	-	-	102 068
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	7 914	7 914	-	3	-	7 911
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 143	1 624	-	4	-	1 620
25	Arbeitsmarktpolitik	33 294	33 178	1	73	-	33 105
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	355	352	-	25	-	327
29	Übrige Bereiche aus 2	7 332	7 320	187	158	-	6 975
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	2 031	1 245	380	482	-	383
31	Gesundheitswesen	615	569	221	247	-	101
32	Sport und Erholung	152	136	-	7	-	129
33	Umwelt- und Naturschutz	668	354	96	166	-	92
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	597	186	62	62	-	61
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 184	738	-	14	-	724
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 633	727	-	3	-	724
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	547	11	-	11	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	4	-	-	-	-	-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	972	552	15	233	-	304
52	Landwirtschaft und Ernährung	944	526	-	223	-	302
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	126	126	-	99	-	27
529	Übrige Bereiche aus 52	817	399	-	124	-	275
599	Übrige Bereiche aus 5	29	26	15	9	-	2

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

**noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach
Ausgabengruppen und Funktionen, Soll 2015**


Funktion	Ausgabengruppe	Sach- investitionen	Vermögens- übertragun- gen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
in Mio. €						
0	Allgemeine Dienste	1 124	4 196	417	5 736	5 717
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	347	112	-	458	458
02	Auswärtige Angelegenheiten	128	3 951	397	4 476	4 475
03	Verteidigung	157	47	20	225	206
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	343	85	-	428	428
05	Rechtsschutz	14	-	-	14	14
06	Finanzverwaltung	135	-	-	135	135
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	118	3 380	-	3 498	3 498
13	Hochschulen	1	1 014	-	1 014	1 014
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen	-	5	-	5	5
15	Sonstiges Bildungswesen	-	73	-	73	73
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	115	2 062	-	2 177	2 177
19	Übrige Bereiche aus 1	2	227	-	228	228
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	7	640	3	651	24
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	-
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege und ähnliches	-	0	-	0	0
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2	517	1	519	9
25	Arbeitsmarktpolitik	-	116	-	116	-
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	3	-	3	3
29	Übrige Bereiche aus 2	6	4	2	12	12
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	440	346	-	786	786
31	Gesundheitswesen	31	14	-	46	46
32	Sport und Erholung	-	16	-	16	16
33	Umwelt- und Naturschutz	6	308	-	314	314
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	403	8	-	411	411
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 442	4	1 446	1 446
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	-	902	4	906	906
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	-	537	0	537	537
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	4	0	4	4
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	2	418	1	420	420
52	Landwirtschaft und Ernährung	-	417	1	418	418
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-
529	Übrige Bereiche aus 52	-	417	1	418	418
599	Übrige Bereiche aus 5	2	1	-	2	2

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2015

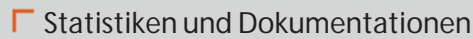
		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe	in Mio. €					
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 437	2 517	80	428	-	2 010
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	45	-	-	-	-	-
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 501	1 475	-	-	-	1 475
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	522	461	-	38	-	424
65	Handel und Tourismus	371	371	-	311	-	60
66	Geld- und Versicherungswesen	41	11	-	11	-	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	1 244	89	-	39	-	50
69	Regionale Fördermaßnahmen	619	17	-	16	-	1
699	Übrige Bereiche aus 6	94	93	80	13	-	-
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 926	4 294	1 090	2 093	-	1 111
72	Straßen	7 610	1 134	-	993	-	141
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 921	960	563	326	-	72
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 961	83	-	5	-	78
75	Luftfahrt	276	225	60	24	-	142
799	Übrige Bereiche aus 7	2 159	1 892	468	745	-	679
8	Finanzwirtschaft	32 853	33 433	1 038	398	25 593	6 404
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 623	5 623	-	-	-	5 623
82	Steuern und Finanzzuweisungen	819	781	-	-	-	781
83	Schulden	25 604	25 604	-	11	25 593	-
84	Beihilfen, Unterstützungen und ähnliches	575	575	575	-	-	-
88	Globalposten	- 155	464	464	-	-	-
899	Übrige Bereiche aus 8	388	388	-	387	-	-
Summe aller Hauptfunktionen		299 100	272 590	29 779	24 394	25 593	192 824

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2015

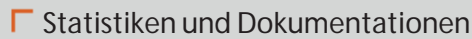
Funktion	Ausgabengruppe	Sachinvestitionen	Vermögensübertragungen	Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapitalrechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
in Mio. €						
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	2	768	1 150	1 920	1 890
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	-	45	-	45	45
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	26	-	26	26
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	-	61	-	61	61
65	Handel und Tourismus	-	-	-	-	-
66	Geld- und Versicherungswesen	-	30	-	30	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	-	5	1 150	1 155	1 155
69	Regionale Fördermaßnahmen	-	602	-	602	602
699	Übrige Bereiche aus 6	2	-	-	2	2
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 139	6 443	50	12 632	12 632
72	Straßen	5 044	1 433	-	6 476	6 476
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	961	-	-	961	961
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	4 878	-	4 878	4 878
75	Luftfahrt	1	-	50	51	51
799	Übrige Bereiche aus 7	134	133	-	267	267
8	Finanzwirtschaft	-	38	-	38	38
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	-	-	-
82	Steuern und Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
83	Schulden	-	-	-	-	-
84	Beihilfen, Unterstützungen und ähnliches	-	-	-	-	-
88	Globalposten	-	-	-	-	-
899	Übrige Bereiche aus 8	-	-	-	-	-
Summe aller Hauptfunktionen		7 832	17 672	1 624	27 128	26 453



Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2015
 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005	
										Ist-Ergebnisse
I. Gesamtübersicht										
Ausgaben	Mrd. €	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	259,8	
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 8,6	+ 12,7	+ 37,5	+ 2,1	+ 0,0	- 1,4	- 1,0	+ 3,3	
Einnahmen	Mrd. €	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	228,4	
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 17,9	+ 0,2	+ 6,0	+ 5,0	+ 0,0	- 1,5	- 0,1	+ 7,8	
Finanzierungssaldo	Mrd. €	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 23,9	- 31,4	
darunter:										
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	- 0,4	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	- 31,2	
Münzeinnahmen	Mrd. €	- 0,1	- 0,4	- 27,1	- 0,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1	- 0,2	
Rücklagenbewegung	Mrd. €	0,0	- 1,2	-	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd. €	0,7	0,0	-	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten										
Personalausgaben	Mrd. €	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	26,4	
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 12,4	+ 5,9	+ 6,5	+ 3,4	+ 4,5	+ 0,5	- 1,7	- 1,4	
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	10,1	
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	15,3	
Zinsausgaben	Mrd. €	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	37,4	
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 14,3	+ 23,1	+ 24,1	+ 5,1	+ 6,7	- 6,2	- 4,7	+ 3,0	
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	14,4	
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	58,3	
Investive Ausgaben	Mrd. €	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	23,8	
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 10,2	+ 11,0	- 4,4	- 0,5	+ 8,4	+ 8,8	- 1,7	+ 6,2	
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	9,1	
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	34,2	
Steuereinnahmen³	Mrd. €	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	190,1	
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 18,7	+ 0,5	+ 6,0	+ 4,6	+ 4,7	- 3,4	+ 3,3	+ 1,7	
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	73,2	
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	83,2	
Anteil am gesamten Steueraufkommen ⁴	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	42,1	
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	- 0,4	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	- 31,2	
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	9,7	12,0	
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,1	117,2	86,2	67,0	.	75,3	84,4	131,3	
Anteil am Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,9	59,5	
nachrichtlich: Schuldenstand²										
öffentliche Haushalte ⁴	Mrd. €	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1 018,8	1 210,9	1 489,9	
darunter: Bund	Mrd. €	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8	903,3	



Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

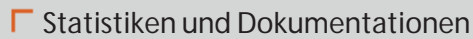
noch Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts
1969 bis 2015
(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014		2015	
								Soll		Soll	
I. Gesamtübersicht											
Ausgaben	in Mrd. €	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8	296,5	299,1		
Veränderung gegenüber Vorjahr	in %	4,4	3,5	3,9	-2,4	3,6	0,3	-3,7	0,9		
Einnahmen	in Mrd. €	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5	289,8	298,8		
Veränderung gegenüber Vorjahr	in %	5,8	-4,7	0,6	7,4	2,0	0,5	1,5	3,1		
Finanzierungssaldo	in Mrd. €	-11,8	-34,5	-44,3	-17,7	-22,8	-22,3	-6,7	-0,3		
darunter:											
Nettokreditaufnahme	in Mrd. €	-11,5	-34,1	-44,0	-17,3	-22,5	-22,1	-6,5	0,0		
Münzeinnahmen	in Mrd. €	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,2	-0,3		
Rücklagenbewegung	in Mrd. €	-	-	-	-	-	-	-	-		
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	in Mrd. €	-	-	-	-	-	-	-	-		
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten											
Personalausgaben	in Mrd. €	27,0	27,9	28,2	27,9	28,0	28,6	28,9	29,8		
Veränderung gegenüber Vorjahr	in %	3,7	3,4	0,9	-1,2	0,7	1,9	1,2	3,0		
Anteil an den Bundesausgaben	in %	9,6	9,6	9,3	9,4	9,1	9,3	9,7	10,0		
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ¹	in %	15,0	14,9	14,8	13,1	12,9	12,7	12,5	12,5		
Zinsausgaben	in Mrd. €	40,2	38,1	33,1	32,8	30,5	31,3	27,6	25,6		
Veränderung gegenüber Vorjahr	in %	3,7	-5,2	-13,1	-0,9	-7,1	2,7	-11,8	-7,3		
Anteil an den Bundesausgaben	in %	14,2	13,0	10,9	11,1	9,9	10,2	9,3	8,6		
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ¹	in %	59,7	61,2	57,4	42,4	44,8	47,7	47,6	45,7		
Investive Ausgaben	in Mrd. €	24,3	27,1	26,1	25,4	36,3	33,5	29,9	26,5		
Veränderung gegenüber Vorjahr	in %	-7,2	11,5	-3,8	-2,7	43,1	-7,8	-10,8	-11,4		
Anteil an den Bundesausgaben	in %	8,6	9,3	8,6	8,6	11,8	10,9	10,1	8,8		
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ¹	in %	37,1	27,8	34,2	27,8	40,7	38,3	35,1	32,3		
Steuereinnahmen²	in Mrd. €	239,2	227,8	226,2	248,1	256,1	259,8	268,2	277,5		
Veränderung gegenüber Vorjahr	in %	4,0	-4,8	-0,7	9,7	3,2	1,5	3,2	3,5		
Anteil an den Bundesausgaben	in %	84,7	78,0	74,5	83,7	83,5	84,4	90,5	92,8		
Anteil an den Bundeseinnahmen	in %	88,4	88,4	87,2	89,1	90,2	91,0	92,6	92,9		
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	in %	42,6	43,5	42,6	43,3	42,7	41,9	41,9	41,7		
Nettokreditaufnahme	in Mrd. €	-11,5	-34,1	-44,0	-17,3	-22,5	-22,1	-6,5	0,0		
Anteil an den Bundesausgaben	in %	4,1	11,7	14,5	5,9	7,3	7,2	2,2	0,0		
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	in %	47,4	126,0	168,8	68,3	61,9	65,9	21,8	0,0		
Anteil am Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts ¹	in %	-111,2	-38,0	-55,9	-67,0	-83,4	-169,9	-162,5	0,0		
nachrichtlich: Schuldenstand¹											
öffentliche Haushalte ³	in Mrd. €	1 577,9	1 694,4	2 011,7	2 025,4	2 068,3	2 038,0	.	.		
darunter: Bund	in Mrd. €	985,7	1 053,8	1 287,5	1 279,6	1 287,5	1 277,3	.	.		

¹Stand: Juli 2014; 2014 und 2015 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkredite. Bund einschließlich Sonderrechnungen und Kassenkredite.

²Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

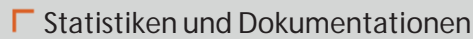
³Ab 1991 Gesamtdeutschland.


 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
	in Mrd. €						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹							
Ausgaben	654,3	684,3	722,5	723,0	777,9	774,7	780,4
Einnahmen	653,6	674,0	632,5	644,3	751,9	747,7	767,3
Finanzierungssaldo	-0,6	-10,4	-90,0	-78,7	-25,9	-27,0	-13,0
davon:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	270,5	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8
Einnahmen	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5
Finanzierungssaldo	-14,7	-11,8	-34,5	-44,3	-17,7	-22,8	-22,3
Extrahaushalte							
Ausgaben	45,8	51,4	68,4	55,3	80,9	64,5	69,3
Einnahmen	44,0	45,5	47,7	48,6	86,2	65,1	77,8
Finanzierungssaldo	-1,8	-5,8	-20,7	-6,8	5,3	0,5	8,5
Bund insgesamt ¹							
Ausgaben	307,9	322,5	344,5	346,4	362,5	354,0	351,3
Einnahmen	291,3	304,8	289,3	295,3	350,1	331,7	337,4
Finanzierungssaldo	-16,5	-17,6	-55,2	-51,1	-12,4	-22,2	-13,9
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	265,5	277,2	287,1	287,3	295,9	299,3	308,7
Einnahmen	273,1	276,2	260,1	266,8	286,5	293,5	306,8
Finanzierungssaldo	7,6	-1,1	-27,0	-20,6	-9,6	-5,7	-1,9
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	48,4	44,2	46,3
Einnahmen	-	-	-	-	48,0	44,8	48,0
Finanzierungssaldo	-	-	-	-	-0,4	0,6	1,7
Länder insgesamt ¹							
Ausgaben	265,5	277,2	287,1	287,3	319,6	321,4	329,5
Einnahmen	273,1	276,2	260,1	266,8	308,9	315,7	329,2
Finanzierungssaldo	7,6	-1,1	-27,0	-20,6	-10,6	-5,6	-0,2
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	161,5	168,0	178,3	182,3	184,9	187,5	195,6
Einnahmen	169,7	176,4	170,8	175,4	183,9	190,0	197,3
Finanzierungssaldo	8,2	8,4	-7,5	-6,9	-1,0	2,6	1,7
Extrahaushalte							
Ausgaben	4,6	4,7	4,9	5,1	16,4	12,2	11,4
Einnahmen	4,7	4,7	4,7	4,9	15,3	11,3	10,7
Finanzierungssaldo	0,1	0,0	-0,3	-0,2	-1,1	-0,9	-0,6
Gemeinden insgesamt ¹							
Ausgaben	163,9	170,4	180,9	185,0	196,9	196,6	204,7
Einnahmen	172,2	178,8	173,1	177,9	194,8	197,5	205,8
Finanzierungssaldo	8,3	8,4	-7,7	-7,0	-2,1	0,9	1,1



Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %						
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	1,3	4,6	5,6	0,1	7,6	0,3	0,7
Einnahmen	8,0	3,1	-6,2	1,9	16,7	0,2	2,6
darunter:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	3,6	4,4	3,5	3,9	-2,4	3,6	0,3
Einnahmen	9,8	5,8	-4,7	0,6	7,4	2,0	0,5
Extrahaushalte							
Ausgaben	-5,7	12,1	33,2	-19,1	46,2	-14,4	7,5
Einnahmen	0,9	3,5	4,7	1,9	77,5	-19,3	19,5
Bund insgesamt							
Ausgaben	1,4	4,7	6,8	0,5	4,6	-0,8	-0,8
Einnahmen	7,7	4,6	-5,1	2,1	18,6	-3,7	1,7
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	2,1	4,4	3,6	0,1	3,0	1,1	3,2
Einnahmen	9,2	1,1	-5,8	2,6	7,4	2,5	4,5
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-8,7	4,7
Einnahmen	-	-	-	-	-	-6,7	7,0
Länder insgesamt							
Ausgaben	2,1	4,4	3,6	0,1	11,2	0,6	2,5
Einnahmen	9,2	1,1	-5,8	2,6	15,1	2,2	4,3
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	2,6	4,0	6,1	2,2	1,4	1,4	4,4
Einnahmen	6,0	3,9	-3,2	2,7	4,9	3,3	3,8
Extrahaushalte							
Ausgaben	0,3	1,9	5,1	2,8	224,7	-25,6	-7,0
Einnahmen	2,6	0,4	-1,1	4,8	213,1	-26,0	-5,2
Gemeinden insgesamt							
Ausgaben	2,6	4,0	6,1	2,3	6,4	-0,2	4,2
Einnahmen	6,0	3,8	-3,2	2,8	9,5	1,4	4,2

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Bis 2010 sind als Extrahaushalte ausgewählte Sondervermögen der jeweiligen Ebene ausgewiesen. Seit dem Jahr 2011 werden die Extrahaushalte nach dem Schalenkonzept (Abgrenzung des Staatssektors nach dem "Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung") finanzstatistisch dargestellt.

¹ Gesamtsummen der Gebietskörperschaften sind um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnen sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

Stand: September 2014.

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Jahr	Steueraufkommen				
	insgesamt	davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
	in Mrd. €			in %	
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Jahr	Steueraufkommen				
	insgesamt	davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
	in Mrd. €		in %		
Bundesrepublik Deutschland					
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8
2011	573,4	282,7	290,7	49,3	50,7
2012	600,0	303,8	296,2	50,6	49,4
2013 ²	619,7	320,3	299,4	51,7	48,3
2014 ²	640,9	333,2	307,7	52,0	48,0
2015 ²	660,2	344,8	315,4	52,2	47,8
2016 ²	683,7	360,9	322,8	52,8	47,2
2017 ²	707,8	379,0	328,8	53,5	46,5
2018 ²	734,6	398,3	336,3	54,2	45,8
2019 ²	760,3	416,3	343,9	54,8	45,2

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

² Steuerschätzung vom 4. bis 6. November 2014.

Stand: November 2014.

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 11: Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹
(Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²			Abgrenzung der Finanzstatistik ³		
	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote
in Relation zum BIP in %						
1960	33,4	23,0	10,3	.	.	.
1965	34,1	23,5	10,6	33,1	23,1	10,0
1970	34,8	23,0	11,8	32,6	21,8	10,7
1975	38,1	22,8	14,4	36,9	22,5	14,4
1980	39,6	23,8	14,9	38,6	23,7	14,9
1985	39,1	22,8	15,4	38,1	22,7	15,4
1990	37,3	21,6	14,9	37,0	22,2	14,9
1991	38,3	22,0	16,3	36,8	21,4	15,4
1992	39,1	22,4	16,7	37,9	22,1	15,8
1993	39,5	22,3	17,2	38,2	21,9	16,3
1994	40,1	22,4	17,7	38,5	21,9	16,6
1995	40,1	22,0	18,1	38,8	22,0	16,8
1996	40,5	21,8	18,7	38,7	21,3	17,4
1997	40,5	21,5	19,0	38,5	20,8	17,7
1998	40,7	22,0	18,7	38,5	21,1	17,4
1999	41,5	23,0	18,5	39,2	22,0	17,2
2000	41,3	23,2	18,1	39,0	22,1	16,9
2001	39,3	21,5	17,8	37,1	20,5	16,6
2002	38,9	21,0	17,9	36,6	20,0	16,6
2003	39,2	21,1	18,1	36,8	20,0	16,8
2004	38,3	20,6	17,7	35,9	19,5	16,4
2005	38,2	20,8	17,4	35,9	19,7	16,2
2006	38,5	21,6	16,9	36,1	20,4	15,7
2007	38,5	22,4	16,1	36,3	21,4	14,9
2008	38,8	22,7	16,1	36,8	21,9	14,9
2009	39,3	22,4	16,9	36,9	21,3	15,6
2010	38,0	21,4	16,5	35,9	20,6	15,3
2011	38,4	22,0	16,4	36,4	21,2	15,2
2012	39,1	22,5	16,5	37,1	21,8	15,3
2013	39,3	22,7	16,6	38	22,6	15,4

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).
2011 bis 2013: Vorläufiges Ergebnis; Stand: September 2014.

³ Bis 2011: Rechnungsergebnisse. 2012 und 2013: Kassenergebnisse.

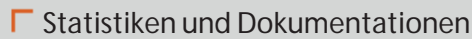
 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 12: Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

Jahr	Ausgaben des Staates		
	insgesamt	darunter	
		Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherung ³
in Relation zum BIP in %			
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	38,5	26,1	12,4
1975	48,8	31,2	17,7
1980	46,9	29,6	17,3
1985	45,2	27,8	17,4
1990	43,6	27,3	16,4
1991	46,0	28,5	17,5
1992	47,0	28,3	18,7
1993	47,8	28,5	19,4
1994	47,9	28,4	19,5
1995 ⁴	48,1	28,1	20,0
1995	54,6	34,6	20,0
1996	48,8	28,0	20,9
1997	48,0	27,3	20,7
1998	47,6	27,1	20,6
1999	47,6	27,0	20,6
2000 ⁵	47,1	26,5	20,6
2000	44,7	24,1	20,6
2001	46,9	26,3	20,6
2002	47,3	26,2	21,0
2003	47,8	26,4	21,4
2004	46,3	25,7	20,6
2005	46,1	25,9	20,2
2006	44,6	25,3	19,3
2007	42,7	24,3	18,4
2008	43,5	25,0	18,4
2009	47,4	27,1	20,4
2010	47,2	27,5	19,7
2011	44,6	25,8	18,8
2012	44,2	25,4	18,8
2013	44,3	25,4	19,0

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).
2011 bis 2013: Vorläufiges Ergebnis; Stand: September 2014.³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt; Wohnungswirtschaft der DDR).⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der VGR wirken diese Erlöse ausgabenkend.


 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Schulden (in Mio. €)						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹	1 357 723	1 429 749	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 368
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 814
Kernhaushalte	767 697	812 082	887 915	919 304	940 187	959 918	991 283
Kreditmarktmittel i. w. S.	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 734
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	17 549
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	30 056	15 599	25 831	59 533
Kreditmarktmittel i. w. S.	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	56 535
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 998
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	526 745
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 346
Kreditmarktmittel i. w. S.	414 952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 009
Kassenkredite	8 714	5 700	3 125	2 333	2 410	3 180	2 337
Extrahaushalte	-	-	-	996	1 124	1 350	21 399
Kreditmarktmittel i. w. S.	-	-	-	986	1 124	1 325	20 827
Kassenkredite	-	-	-	10	-	25	571
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110 627	108 863	113 810
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 181	111 039
Kreditmarktmittel i. w. S.	84 069	84 257	83 804	81 877	79 239	76 381	76 386
Kassenkredite	15 964	19 936	23 882	27 664	28 776	29 801	34 653
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 682	2 771
Kreditmarktmittel i. w. S.	7 429	7 531	7 467	2 649	2 560	2 626	2 724
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	48
nachrichtlich:							
Länder und Gemeinden	531 197	560 417	586 571	595 026	595 102	592 131	640 555
Maastricht-Schuldenstand	1 394 972	1 464 845	1 534 966	1 583 743	1 592 903	1 660 237	1 778 453
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 530
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14 357	-	-	-
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	-
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	0	-
Postbeamtenversorgungskasse	-	-	-	16 478	16 983	17 631	18 498
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	36 540
Investitions- und Tilgungsfonds	-	-	-	-	-	-	7 493

Statistiken und Dokumentationen

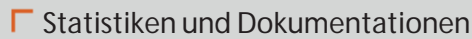
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 13a : Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Schulden (in Mio. €)						
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	567
Kernhaushalte	-	-	-	-	-	-	531
Kreditmarktmittel i. w. S.	-	-	-	-	-	-	531
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	.
Extrahaushalte	-	-	-	-	-	-	36
Kreditmarktmittel i. w. S.	-	-	-	-	-	-	36
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	-
	Anteil an den Schulden (in %)						
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62,2
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58,5
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	1,9	1,0	1,6	3,5
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,1
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,7
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,0
nachrichtlich:							0,0
Länder und Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,8
	Anteil der Schulden am BIP (in %)						
Öffentlicher Gesamthaushalt	61,2	63,1	64,8	64,7	61,8	61,7	69,0
Bund	37,3	38,3	39,3	39,8	38,1	38,5	42,9
Kernhaushalte	34,6	35,8	38,6	38,5	37,5	37,5	40,4
Extrahaushalte	2,7	2,5	0,7	1,3	0,6	1,0	2,4
Länder	19,1	19,8	20,5	20,2	19,3	18,9	21,4
Gemeinden	4,9	4,9	5,0	4,7	4,4	4,3	4,6
Gesetzliche Sozialversicherung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
nachrichtlich:							
Länder und Gemeinden	24,0	24,7	25,5	24,9	23,7	23,1	26,1
Maastricht-Schuldenstand	62,9	64,6	66,8	66,3	63,5	64,9	72,4
	Schulden insgesamt (in €)						
je Einwohner	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 698
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 217	2 268	2 298	2 390	2 510	2 558	2 457
Einwohner (30. Juni)	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 862

¹ Kreditmarktschulden im weiteren Sinne zuzüglich Kassenkredite.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.



Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte
 Neue Systematik¹

	2010	2011	2012	2013
	in Mio. €			
Öffentlicher Gesamthaushalt²	2 011 677	2 025 438	2 068 289	2 037 956
in Relation zum BIP in %	80,6	77,6	77,6	72,5
Bund (Kern- und Extrahaushalte)	1 287 460	1 279 583	1 287 517	1 277 293
Wertpapiersschulden und Kredite	1 271 204	1 272 270	1 273 179	1 257 284
Kassenkredite	16 256	7 313	14 338	20 009
Kernhaushalte	1 035 647	1 043 401	1 072 882	1 085 775
Extrahaushalte Wertpapiersschulden und Kredite	251 813	236 181	214 635	191 518
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	17 302	11 000	11 395	12 224
SoFFin (FMS)	28 552	17 292	20 450	24 328
Investitions- und Tilgungsfonds	13 991	21 232	21 265	21 194
FMS-Wertmanagement	191 968	186 480	161 520	133 732
Sonstige Extrahaushalte des Bundes	0	177	5	39
Länder (Kern- und Extrahaushalte)	600 110	615 399	644 929	624 914
Wertpapiersschulden und Kredite	595 180	611 651	638 626	620 948
Kassenkredite	4 930	3 748	6 304	3 966
Kernhaushalte	524 162	532 591	538 389	542 375
Extrahaushalte	75 948	82 808	106 541	82 539
Gemeinden (Kernhaushalte und Extrahaushalte)	123 569	129 633	135 178	135 118
Wertpapiersschulden und Kredite	84 363	85 613	87 758	87 735
Kassenkredite	39 206	44 020	47 419	47 383
Kernhaushalte	115 253	121 092	126 331	125 904
Zweckverbände ³ und sonstige Extrahaushalte	8 315	8 542	8 846	9 215
Gesetzliche Sozialversicherung (Kern- und Extrahaushalte)	539	823	665	631
Wertpapiersschulden und Kredite	539	765	661	625
Kassenkredite	0	58	4	6
Kernhaushalte	506	735	627	598
Extrahaushalte ⁴	32	88	38	33
Schulden insgesamt (in €)				
je Einwohner	24 607	25 215	25 685	25 289
Maastricht-Schuldenstand	2 067 441	2 095 625	2 173 639	2 159 468
in Relation zum BIP in %	80,3	77,6	79,0	76,9
nachrichtlich:				
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd.€)	2 576	2 699	2 750	2 809
Einwohner (30. Juni)	81 750 716	80 327 900	80 523 746	80 585 684

¹ Aufgrund methodischer Änderungen und Erweiterung des Berichtskreises nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

² Einschließlich aller öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors.

³ Zweckverbände des Staatssektors unabhängig von der Art des Rechnungswesens.

⁴ Nur Extrahaushalte der gesetzlichen Sozialversicherung unter Bundesaufsicht.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen.

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

 Tabelle 14: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²						Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher Gesamthaushalt ³	
	in Mrd. €			in Relation zum BIP in %			in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-3,2	-1,4
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,3	-1,2
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-31,7	-5,7
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-44,9	-55,8	10,9	-2,8	-3,5	0,7	-62,7	-4,0
1992	-41,9	-39,9	-2,0	-2,5	-2,4	-0,1	-59,2	-3,5
1993	-51,6	-54,2	2,6	-3,0	-3,1	0,1	-70,5	-4,0
1994	-44,6	-46,1	1,5	-2,4	-2,5	0,1	-59,5	-3,2
1995	-177,2	-169,4	-7,8	-9,3	-8,9	-0,4	-	-
1995 ⁴	-57,6	-49,8	0,0	-3,0	-2,6	0,0	-55,9	-2,9
1996	-65,2	-57,9	-7,4	-3,4	-3,0	-0,4	-62,3	-3,2
1997	-55,6	-55,8	0,2	-2,8	-2,8	0,0	-48,1	-2,4
1998	-48,9	-50,1	1,2	-2,4	-2,5	0,1	-28,8	-1,4
1999	-31,7	-35,6	3,9	-1,5	-1,7	0,2	-26,9	-1,3
2000 ⁵	-30,1	-28,8	0,0	-1,4	-1,4	0,0	-	-
2000	20,7	22,0	-1,3	1,0	1,0	-0,1	-34,0	-1,6
2001	-66,5	-61,2	-5,3	-3,1	-2,8	-0,2	-46,6	-2,1
2002	-85,8	-78,5	-7,3	-3,9	-3,6	-0,3	-56,8	-2,6
2003	-90,3	-83,0	-7,3	-4,1	-3,7	-0,3	-67,9	-3,1
2004	-83,1	-82,0	-1,1	-3,7	-3,6	0,0	-65,5	-2,9
2005	-75,0	-69,8	-5,1	-3,3	-3,0	-0,2	-52,5	-2,3
2006	-37,0	-41,3	4,3	-1,5	-1,7	0,2	-40,5	-1,7
2007	7,8	-2,5	10,2	0,3	-0,1	0,4	-0,6	0,0
2008	-0,5	-7,0	6,4	0,0	-0,3	0,3	-10,4	-0,4
2009	-74,5	-60,1	-14,4	-3,0	-2,4	-0,6	-90,0	-3,7
2010	-104,8	-108,7	3,9	-4,1	-4,2	0,2	-78,7	-3,1
2011	-23,3	-38,7	15,4	-0,9	-1,4	0,6	-25,9	-1,0
2012	2,6	-15,7	18,3	0,1	-0,6	0,7	-27,0	-1,0
2013	4,2	-1,9	6,1	0,1	-0,1	0,2	-13	-1/2


¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 2010 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).
2011 bis 2013: Vorläufiges Ergebnis; Stand: September 2014.

³ Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Extrahaushalte, ohne Sozialversicherung, ab 1997 ohne Krankenhäuser.
Bis 2011: Rechnungsergebnisse, 2012 und 2013: Kassenergebnisse.

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandaanstalt, Wohnungswirtschaft der DDR) beziehungsweise gel. Vermögensübertragungen.

⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen.

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 15: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land	1995	2000 ²	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland	-9,3	1,0	-3,3	-4,1	0,1	0,1	0,2	0,0	0,2
Belgien	-4,4	-0,1	-2,6	-4,0	-4,1	-2,9	-3,0	-2,8	-2,8
Estland	-	-	-	0,2	-0,3	-0,5	-0,4	-0,6	-0,5
Finnland	-5,9	6,9	2,6	-2,6	-2,1	-2,4	-2,9	-2,6	-2,3
Frankreich	-5,1	-1,3	-3,2	-6,8	-4,9	-4,1	-4,4	-4,5	-4,7
Griechenland	-	-	-	-11,1	-8,6	-12,2	-1,6	-0,1	1,3
Irland	-2,2	4,8	1,6	-32,4	-8,0	-5,7	-3,7	-2,9	-3,0
Italien	-7,3	-1,3	-4,2	-4,2	-3,0	-2,8	-3,0	-2,7	-2,2
Lettland	-1,4	-2,8	-0,4	-8,2	-0,8	-0,9	-1,1	-1,2	-0,9
Luxemburg	2,4	5,7	0,2	-0,6	0,1	0,6	0,2	-0,4	-0,6
Malta	-3,5	-5,5	-2,7	-3,3	-3,7	-2,7	-2,5	-2,6	-2,0
Niederlande	-8,6	1,9	-0,3	-5,0	-4,0	-2,3	-2,5	-2,1	-1,8
Österreich	-6,2	-2,1	-2,5	-4,5	-2,3	-1,5	-2,9	-1,8	-1,1
Portugal	-5,2	-3,2	-6,2	-11,2	-5,5	-4,9	-4,9	-3,3	-2,8
Slowakei	-3,3	-12,1	-2,9	-7,5	-4,2	-2,6	-3,0	-2,6	-2,3
Slowenien	-8,2	-3,6	-1,5	-5,7	-3,7	-14,6	-4,4	-2,9	-2,7
Spanien	-7,0	-1,0	1,2	-9,4	-10,3	-6,8	-5,6	-4,6	-3,9
Zypern	-0,8	-2,2	-2,2	-4,8	-5,8	-4,9	-3,0	-3,0	-1,4
Euroraum	-	-	-	-6,1	-3,6	-2,9	-2,6	-2,4	-2,1
Bulgarien	-7,2	-0,5	1,0	-3,2	-0,5	-1,2	-3,6	-3,7	-3,8
Dänemark	-3,6	1,9	5,0	-2,7	-3,9	-0,7	-1,0	-2,3	-2,0
Kroatien	-	-	-3,7	-6,0	-5,6	-5,2	-5,6	-5,5	-5,6
Litauen	-	-	-0,5	-6,9	-3,2	-2,6	-1,2	-1,4	-0,8
Polen	-	-	-	-7,6	-3,7	-4,0	-3,4	-2,9	-2,8
Rumänien	-2,0	-4,7	-1,2	-6,6	-3,0	-2,2	-2,1	-2,8	-2,5
Schweden	-7,0	3,2	1,8	0,0	-0,9	-1,3	-2,4	-1,8	-1,2
Tschechien	-12,4	-3,5	-3,1	-4,4	-4,0	-1,3	-1,4	-2,1	-1,7
Ungarn	-8,7	-3,0	-7,9	-4,5	-2,3	-2,4	-2,9	-2,8	-2,5
Vereinigtes Königreich	-5,6	1,2	-3,5	-9,6	-8,3	-5,8	-5,4	-4,4	-3,4
EU	-	-	-	-6,4	-4,2	-3,2	-3,0	-2,7	-2,3
USA	-4,1	0,8	-4,2	-12,0	-8,9	-5,6	-4,9	-4,3	-3,9
Japan	-4,6	-7,5	-4,8	-8,3	-8,7	-8,8	-7,5	-6,4	-5,4

¹ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95. Ab September 2014 ist für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in der EU das ESVG 2010 maßgeblich.

² Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2012: EU-Kommission (Statistischer Annex, November 2014) sowie Eurostat.

Für die Jahre ab 2013: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2014.

Stand: November 2014.

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 16: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP								
	1995	2000	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	54,6	58,7	66,8	80,3	79,0	76,9	74,5	72,4	69,6
Belgien	131,1	109,1	94,8	99,6	104,0	104,5	105,8	107,3	107,8
Estland	8,2	5,1	4,5	6,5	9,7	10,1	9,9	9,6	9,5
Finnland	55,1	42,5	40,0	47,1	53,0	56,0	59,8	61,7	62,4
Frankreich	55,5	58,4	67,0	81,5	89,2	92,2	95,5	98,0	99,8
Griechenland	93,2	99,6	106,8	146,0	156,9	174,9	175,5	168,8	157,8
Irland	78,7	36,3	26,2	87,4	121,7	123,3	110,5	109,4	106,0
Italien	116,9	105,1	101,9	115,3	122,2	127,9	132,2	133,8	132,7
Lettland	13,9	12,2	11,7	46,8	40,9	38,2	40,3	36,6	35,1
Luxemburg	7,7	6,1	6,3	19,6	21,4	23,6	23,0	24,3	25,4
Malta	34,4	60,9	70,1	67,6	67,9	69,8	71,0	71,0	69,8
Niederlande	73,5	51,3	49,4	59,0	66,5	68,6	69,7	70,3	69,9
Österreich	68,0	65,9	68,3	82,4	81,7	81,2	87,0	86,1	84,0
Portugal	58,3	50,3	67,4	96,2	124,8	128,0	127,7	125,1	123,7
Slowakei	21,7	49,6	33,8	41,1	52,1	54,6	54,1	54,9	54,7
Slowenien	18,3	25,9	26,3	37,9	53,4	70,4	82,2	82,9	80,6
Spanien	61,7	58,0	42,3	60,1	84,4	92,1	98,1	101,2	102,1
Zypern	47,9	55,2	63,4	56,5	79,5	102,2	107,5	115,2	111,6
Euroraum	70,6	67,9	69,1	83,8	90,8	93,1	94,5	94,8	93,8
Bulgarien	-	70,1	27,1	15,9	18,0	18,3	25,3	26,8	30,2
Dänemark	71,3	52,4	37,4	42,9	45,6	45,0	44,1	45,1	45,6
Kroatien	-	-	38,6	52,8	64,4	75,7	81,7	84,9	89,0
Litauen	11,5	23,6	18,3	36,3	39,9	39,0	41,3	41,6	41,3
Polen	48,4	36,4	46,6	53,6	54,4	55,7	49,1	50,2	50,1
Rumänien	6,6	22,4	15,7	29,9	37,3	37,9	39,4	40,4	41,1
Schweden	69,9	51,3	48,2	36,7	36,4	38,6	40,3	40,1	39,4
Tschechien	13,6	17,0	28,0	38,2	45,5	45,7	44,4	44,7	45,2
Ungarn	84,5	55,2	60,8	80,9	78,5	77,3	76,9	76,4	75,2
Vereinigtes Königreich	48,3	39,1	41,5	76,4	85,5	87,2	89,0	89,5	89,9
EU	-	-	61,8	78,4	85,0	87,1	88,1	88,3	87,6
USA	68,8	53,1	64,9	94,8	102,9	104,7	105,1	104,6	104,4
Japan	95,1	143,8	186,4	216,0	237,3	244,0	246,1	248,0	248,8

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2012: EU-Kommission (Statistischer Annex, November 2014) sowie Eurostat.
Für die Jahre ab 2013: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2014.

Stand: November 2014.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG


Tabelle 17: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP										
	1965	1980	1990	2000	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland^{2,3}	23,1	23,9	21,8	22,1	22,1	22,4	22,2	21,3	21,9	22,5	22,7
Belgien	21,0	28,9	27,5	30,2	29,3	29,4	28,0	28,7	29,1	29,8	30,4
Dänemark	28,4	41,8	44,9	46,4	46,7	45,6	45,4	45,5	45,6	46,3	47,8
Finnland	28,0	27,1	31,9	34,3	30,0	29,7	28,8	28,7	30,0	30,1	31,3
Frankreich	22,1	22,6	22,9	27,5	26,7	26,4	25,1	25,5	26,6	27,5	28,2
Griechenland	11,7	13,8	17,5	23,1	20,3	20,4	19,4	20,1	21,8	22,9	22,9
Irland	22,9	25,8	27,8	27,2	26,3	24,1	22,5	22,5	22,2	23,1	23,9
Italien	16,2	17,8	24,4	29,0	29,2	28,6	28,7	28,5	28,5	29,8	29,6
Japan	13,9	17,5	21,0	17,3	18,1	17,4	15,9	16,2	16,8	17,2	-
Kanada	23,8	27,2	31,0	30,2	27,6	27,0	26,6	25,9	25,7	25,9	25,7
Luxemburg	17,8	24,2	24,8	27,7	26,9	26,6	27,3	27,0	26,5	27,2	28,0
Niederlande	21,4	25,0	25,3	22,4	23,7	23,1	22,6	23,0	22,1	21,4	-
Norwegen	26,1	33,5	30,2	33,7	34,0	33,3	32,1	33,1	33,2	32,7	31,1
Österreich	25,2	26,7	26,4	27,7	26,9	27,6	26,7	26,8	26,9	27,4	27,9
Polen	-	-	-	19,8	22,6	22,9	20,1	20,3	20,5	20,0	-
Portugal	12,3	15,4	19,3	22,7	23,1	22,8	20,8	21,3	22,9	22,4	24,5
Schweden	27,6	31,2	36,0	36,1	33,2	33,0	33,2	32,3	32,6	32,4	33,0
Schweiz	14,1	17,9	18,0	20,9	20,0	20,5	20,6	20,2	20,4	20,2	20,4
Slowakei	-	-	-	19,7	17,4	17,1	16,1	15,7	16,3	15,7	16,3
Slowenien	-	-	-	22,7	23,6	22,6	21,6	21,9	21,6	21,6	22,0
Spanien	10,3	11,3	20,4	21,8	24,7	20,4	18,1	19,7	19,5	20,6	21,3
Tschechien	-	-	-	18,1	19,3	18,7	18,1	18,0	18,7	19,0	19,3
Ungarn	-	-	-	27,3	26,7	26,7	26,8	25,8	24,0	25,8	26,0
Vereinigtes Königreich	24,8	27,9	28,1	28,8	27,8	27,5	26,0	26,6	27,3	26,7	26,7
Vereinigte Staaten	20,4	19,9	19,7	21,8	20,6	19,1	17,0	17,6	18,5	18,9	19,2

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 - 2013, Paris 2014.

Stand: Dezember 2014.

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

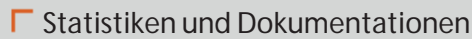
Tabelle 18: Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP											
	1965	1975	1980	1990	2000	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland^{2,3}	31,6	34,3	36,4	34,8	36,3	34,9	35,3	36,1	35,0	35,7	36,5	36,7
Belgien	30,6	38,8	40,6	41,2	43,8	42,4	42,9	42,0	42,4	42,9	44,0	44,6
Dänemark	29,5	37,8	42,3	45,8	48,1	47,7	46,6	46,4	46,5	46,6	47,2	48,6
Finnland	30,0	36,1	35,3	42,9	45,8	41,5	41,2	40,9	40,8	42,0	42,8	44,0
Frankreich	33,6	34,9	39,4	41,0	43,1	42,4	42,2	41,3	41,6	42,9	44,0	45,0
Griechenland	17,0	18,6	20,6	25,0	33,1	30,9	31,2	29,6	31,1	32,5	33,7	33,5
Irland	24,5	27,9	30,1	32,4	30,9	30,4	28,6	27,0	26,8	26,7	27,3	28,3
Italien	24,7	24,5	28,7	36,4	40,6	41,7	41,5	41,9	41,5	41,4	42,7	42,6
Japan	17,8	20,4	24,8	28,5	26,6	28,5	28,5	27,0	27,6	28,6	29,5	-
Kanada	25,2	31,4	30,4	35,3	34,9	32,3	31,6	31,4	30,5	30,4	30,7	30,6
Luxemburg	26,4	31,2	33,9	33,9	37,2	37,2	37,2	39,0	38,0	37,5	38,5	39,3
Niederlande	30,9	38,4	40,4	40,4	36,8	36,3	36,6	35,4	36,1	35,9	36,3	-
Norwegen	29,6	39,2	42,4	41,0	42,6	42,9	42,1	42,0	42,6	42,7	42,3	40,8
Österreich	33,6	36,4	38,7	39,4	42,1	40,5	41,4	41,0	40,9	41,0	41,7	42,5
Polen	-	-	-	-	32,7	34,5	34,2	31,3	31,3	31,8	32,1	-
Portugal	15,7	18,9	21,9	26,5	30,6	31,3	31,3	29,5	30,0	32,0	31,2	33,4
Schweden	31,4	38,9	43,7	49,5	49,0	44,9	43,9	44,0	43,1	42,3	42,3	42,8
Schweiz	16,6	22,5	23,3	23,6	27,6	26,1	26,7	27,1	26,5	27,0	26,9	27,1
Slowakei	-	-	-	-	33,6	28,8	28,7	28,4	27,7	28,3	28,1	29,6
Slowenien	-	-	-	-	36,6	37,1	36,4	36,2	36,7	36,3	36,5	36,8
Spanien	14,3	18,0	22,0	31,6	33,4	36,4	32,2	29,8	31,4	31,2	32,1	32,6
Tschechien	-	-	-	-	32,5	34,3	33,5	32,4	32,5	33,4	33,8	34,1
Ungarn	-	-	-	-	38,7	39,6	39,5	39,0	37,6	36,9	38,5	38,9
Vereinigtes Königreich	29,3	33,6	33,5	33,9	34,7	34,1	34,0	32,3	32,8	33,6	33,0	32,9
Vereinigte Staaten	23,5	24,6	25,5	26,3	28,4	26,9	25,4	23,3	23,7	24,0	24,4	25,4

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2013, Paris 2014.

Stand: Dezember 2014.


 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 19: Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP													
	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	54,6	44,7	46,1	44,6	42,7	43,5	47,4	47,2	44,6	44,2	44,3	44,3	44,6	44,3
Belgien	52,0	48,7	50,9	47,7	47,6	49,4	53,2	52,3	53,2	54,8	54,4	53,8	53,4	53,3
Estland	–	–	–	–	–	–	–	40,4	38,0	39,7	38,9	38,9	39,5	39,4
Finnland	61,1	48,0	49,3	48,3	46,8	48,3	54,8	54,8	54,4	56,3	57,8	58,9	58,9	58,7
Frankreich	54,2	51,1	52,9	52,5	52,2	53,0	56,8	56,4	55,9	56,7	57,1	57,9	58,1	57,8
Griechenland	–	–	–	44,8	46,8	50,5	54,0	52,1	53,7	53,8	59,2	48,5	45,9	43,5
Irland	40,9	31,1	33,5	34,1	36,0	42,0	47,6	66,1	46,1	42,2	40,5	38,7	36,8	36,3
Italien	51,8	45,5	47,1	47,6	46,8	47,8	51,1	49,9	49,1	50,4	50,5	50,8	50,4	49,7
Lettland	35,7	37,7	34,2	36,0	33,9	37,0	43,4	44,2	38,9	36,6	35,7	35,4	34,9	34,0
Luxemburg	38,5	36,4	42,5	39,6	38,1	39,4	45,0	43,9	42,3	43,4	43,8	44,0	44,0	43,7
Malta	39,1	40,2	42,2	42,3	41,1	42,6	41,9	41,0	40,9	42,7	42,5	43,5	44,2	43,3
Niederlande	53,7	41,7	42,7	43,5	42,8	43,8	48,2	48,2	47,0	47,5	46,8	47,3	46,8	46,2
Österreich	54,9	50,3	51,0	50,2	49,1	49,8	54,1	52,8	50,9	51,0	50,9	52,8	51,9	51,3
Portugal	42,6	42,6	46,7	45,2	44,5	45,3	50,2	51,8	50,0	48,5	50,1	49,5	47,7	47,1
Slowakei	48,2	51,8	39,3	38,5	36,1	36,4	43,8	42,0	40,6	40,2	41,0	40,9	40,5	39,2
Slowenien	52,1	46,1	44,9	44,2	42,2	44,0	48,5	49,2	49,8	48,1	59,7	49,6	47,4	46,6
Spanien	44,3	39,1	38,3	38,3	38,9	41,1	45,8	45,6	45,4	47,3	44,3	43,9	43,1	42,1
Zypern	30,9	34,3	39,5	39,0	38,0	38,7	42,5	42,5	42,8	42,1	41,4	42,1	41,5	39,9
Bulgarien	41,3	40,3	37,1	34,2	38,2	37,7	40,6	37,4	34,7	35,2	38,3	40,9	41,2	41,1
Dänemark	58,5	52,7	51,2	49,8	49,6	50,5	56,8	57,1	56,9	58,8	56,7	57,0	56,1	54,8
Kroatien	–	–	45,0	44,9	44,7	44,3	47,2	46,8	48,2	46,9	47,0	48,1	48,5	48,7
Litauen	–	–	34,1	34,3	35,3	38,1	44,9	42,3	42,5	36,1	35,5	35,8	34,8	34,2
Polen	–	–	–	–	–	–	–	45,9	43,9	42,9	42,2	41,6	41,5	41,1
Rumänien	34,1	38,4	33,4	35,3	38,3	38,9	40,6	39,6	39,2	36,4	35,1	35,2	35,1	35,1
Schweden	63,5	53,6	52,7	51,3	49,7	50,3	53,1	52,0	51,4	52,6	53,2	52,9	52,5	52,1
Tschechien	51,8	40,4	41,8	40,8	40,0	40,2	43,6	43,0	42,5	43,8	42,0	41,7	42,4	41,7
Ungarn	55,4	47,3	49,8	51,9	50,2	48,9	50,8	49,7	49,9	48,7	49,7	50,2	49,2	46,4
Vereinigtes Königreich	41,9	37,9	42,5	42,7	42,6	46,2	49,3	48,3	46,5	46,7	45,3	43,9	42,8	41,8
Euroraum ¹	–	–	–	–	–	–	–	50,4	49,0	49,4	49,4	49,3	49,0	48,5
EU-28	–	–	–	–	–	–	–	49,9	48,5	48,9	48,5	48,2	47,8	47,1
USA	37,1	33,7	36,4	36,1	36,9	39,0	42,9	42,6	41,5	40,1	38,7	38,6	38,5	38,1
Japan	35,7	38,8	36,4	36,0	35,8	36,9	41,9	40,7	41,9	42,0	42,6	42,5	42,0	41,6

¹ Einschließlich Litauen.

Quelle: EU-Kommission „Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft“.

Stand: November 2014.

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2013 bis 2014

1	EU-Haushalt 2013				EU-Haushalt 2014			
	Verpflichtungen		Zahlungen		Verpflichtungen		Zahlungen	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
2	3	4	5	6	7	8	9	
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	71 276,2	47,0	69 236,2	47,9	63 986,3	44,9	62 392,8	46,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	60 159,2	39,7	58 068,0	40,2	59 267,2	41,6	56 458,9	41,7
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	2 194,1	1,4	1 715,2	1,2	2 172,0	1,5	1 677,0	1,2
4. Die EU als globaler Akteur	9 583,1	6,3	6 941,1	4,8	8 325,0	5,8	6 191,2	4,6
5. Verwaltung	8 430,4	5,6	8 430,0	5,8	8 405,1	5,9	8 406,0	6,2
6. Ausgleichszahlungen	75,0	0,0	75,0	0,1	28,6	0,0	28,6	0,0
Besondere Instrumente					456,2	0,32	350,0	0,26
Gesamtbetrag	151 718,0	100,0	144 465,6	100,0	142 640,5	100,0	135 504,6	100,0

Quellen: 2013: Berichtigungshaushaltsplan Nr. 8/2013.
2014: Verabschiedeter Haushalt, Ratsdokument 16106/13 ADD 1.

noch Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2013 bis 2014

Rubrik	Differenz in %		Differenz in Mio. €	
	Sp. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
	10	11	12	13
1. Nachhaltiges Wachstum	-10,2	-9,9	-7 289,9	-6 843,4
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	-1,5	-2,8	-892,0	-1 609,1
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	-1,0	-2,2	-22,1	-38,2
4. Die EU als globaler Akteur	-13,1	-10,8	-1 258,1	-749,9
5. Verwaltung	-0,3	-0,3	-25,2	-24,0
6. Ausgleichszahlungen	-61,9	-61,9	-46,4	-46,4
Besondere Instrumente			456,2	350,0
Gesamtbetrag	-6,0	-6,2	-9 077,6	-8 961,0

Quellen: 2013: Berichtigungshaushaltsplan Nr. 8/2013.
2014: Verabschiedeter Haushalt, Ratsdokument 16106/13 ADD 1.

Statistiken und Dokumentationen

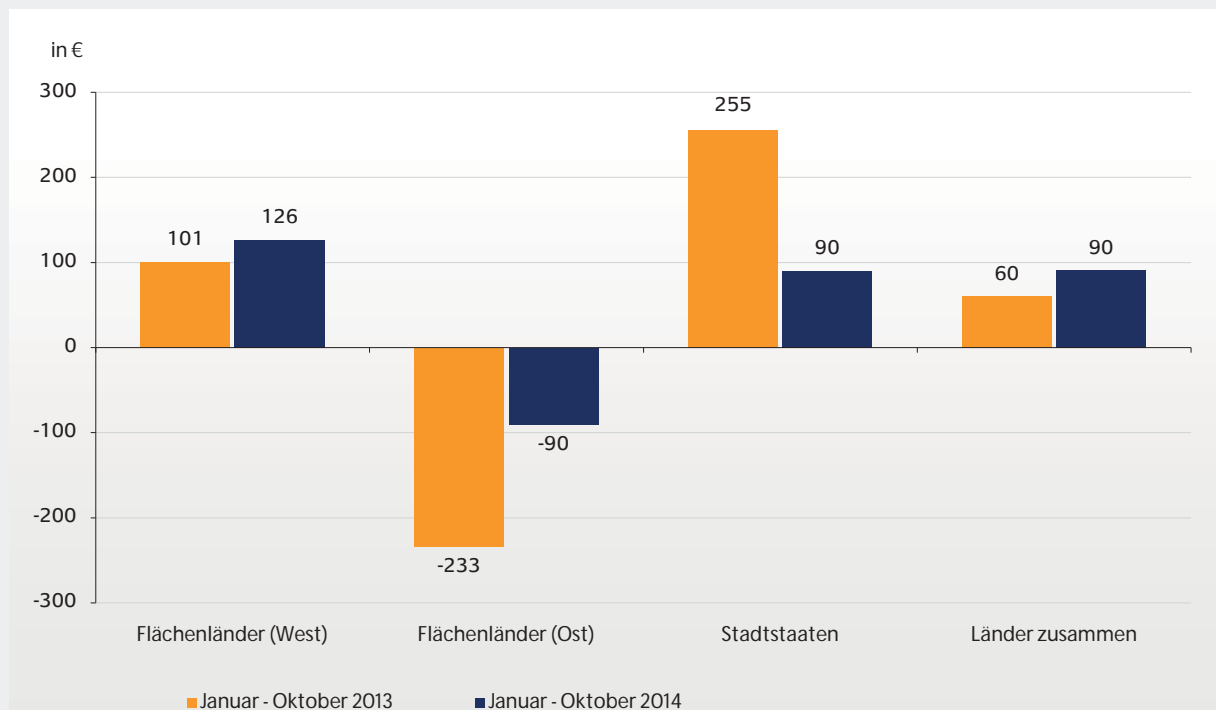
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

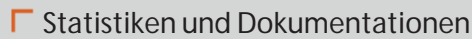
Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2014 im Vergleich zum Jahressoll 2014

	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
in Mio. €								
Bereinigte Einnahmen	222 514	182 500	53 205	43 456	38 475	32 299	307 461	252 267
darunter:								
Steuereinnahmen	174 054	141 163	31 099	25 826	24 635	20 139	229 788	187 128
Übrige Einnahmen	48 461	41 337	22 105	17 630	13 841	12 160	77 674	65 139
Bereinigte Ausgaben	231 656	190 398	54 119	42 328	39 383	32 825	318 425	259 562
darunter:								
Personalausgaben	90 390	74 724	13 471	10 850	11 547	10 455	115 408	96 029
Laufender Sachaufwand	15 114	11 902	3 907	3 061	8 806	6 967	27 826	21 930
Zinsausgaben	12 034	9 669	2 445	1 814	3 734	2 773	18 213	14 256
Sachinvestitionen	4 436	2 660	1 739	1 094	909	482	7 084	4 236
Zahlungen an Verwaltungen	68 865	57 564	19 018	15 573	818	813	81 968	67 963
Übrige Ausgaben	40 817	33 879	13 539	9 936	13 569	11 334	67 925	55 149
Finanzierungssaldo	-9 142	-7 898	-914	1 128	- 898	- 525	-10 954	-7 295

Abbildung 1: Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2013/2014



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.



Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Oktober 2014

Lfd. Nr.	Bezeichnung	in Mio. €								
		Oktober 2013			September 2014			Oktober 2014		
		Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	223 768	245 476	452 276	208 955	232 297	425 827	229 707	252 267	464 550
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	219 403	235 449	454 852	206 243	223 989	430 233	226 762	242 775	469 537
111	Steuereinnahmen	203 582	180 638	384 219	190 101	173 096	363 197	208 649	187 128	395 777
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 051	44 922	46 973	2 032	42 892	44 924	2 280	46 472	48 752
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	2 267	2 267	-	2 552	2 552	-	2 552	2 552
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	-
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	4 365	10 027	14 391	2 711	8 308	11 019	2 945	9 492	12 437
121	Veräußerungserlöse	2 429	237	2 666	1 100	796	1 896	1 158	811	1 969
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	2 280	70	2 350	886	675	1 561	930	676	1 607
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	478	5 748	6 226	387	4 261	4 648	381	5 256	5 637
2	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	260 699	250 310	494 041	227 810	233 741	446 125	251 113	259 562	493 251
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	238 317	229 334	467 651	208 174	214 149	422 323	228 459	237 351	465 810
211	Personalausgaben	24 414	93 143	117 557	22 430	86 720	109 150	24 943	96 029	120 972
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	7 202	27 964	35 165	6 755	26 668	33 423	7 480	29 535	37 015
212	Laufender Sachaufwand	16 152	21 925	38 077	14 230	19 544	33 773	16 147	21 930	38 077
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	9 739	14 109	23 848	8 629	13 170	21 798	9 692	14 772	24 464
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	30 202	15 550	45 752	24 087	13 080	37 167	24 816	14 256	39 072
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	23 496	56 188	79 685	14 748	55 038	69 785	16 641	60 500	77 141
2141	darunter: Länderfinanzausgleich ¹	-	- 195	- 195	-	73	73	-	170	170
2142	Zuweisungen an Gemeinden	5	52 468	52 473	5	51 042	51 046	5	56 109	56 114
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	22 382	20 976	43 357	19 636	19 591	39 227	22 654	22 212	44 866
221	Sachinvestitionen	5 315	4 081	9 396	4 736	3 637	8 372	5 620	4 236	9 855
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	3 705	7 213	10 918	2 892	6 551	9 442	3 712	7 463	11 174
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	21 903	20 395	42 298	19 120	19 074	38 194	22 128	21 672	43 800

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Oktober 2014

Lfd. Nr.	Bezeichnung	in Mio. €								
		Oktober 2013			September 2014			Oktober 2014		
		Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-36 881²	-4 834	-41 715	-18 809²	-1 444	-20 253	-21 363²	-7 295	-28 658
	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	204 053	63 201	267 253	156 574	55 114	211 687	173 313	62 366	235 679
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	202 978	77 165	280 143	159 080	67 975	227 056	181 070	72 147	253 216
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	1 075	-13 964	-12 890	-2 507	-12 862	-15 368	-7 756	-9 781	-17 537
	Zum Ende des Monats bestehende Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	10 664	4 761	15 424	-1 084	6 589	5 505	-3 167	8 140	4 974
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	14 726	14 726	-	16 372	16 372	-	15 876	15 876
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-10 662	-8 078	-18 740	1 085	-2 418	-1 333	3 172	-5 872	-2 700

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Einschließlich haushaltstechnische Verrechnungen.

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober 2014

		in Mio. €								
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern ³	Brandenburg	Hessen	Mecklbg.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	34 058	40 116	8 403	17 986	5 856	21 692	47 606	11 441	2 953
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	32 951	38 960	7 893	17 578	5 494	20 799	46 059	11 056	2 900
111	Steuereinnahmen	25 525	31 935	4 960	14 469	3 430	16 061 ⁴	36 977	8 134	2 139
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	5 812	3 868	2 366	2 152	1 819	2 726	6 545	2 207	674
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	183	-	-	44	359	112	54
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	420	-	401	140	627	200	130
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	1 107	1 156	510	408	362	893	1 548	385	53
121	Veräußerungserlöse	406	0	8	11	6	216	12	39	4
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	405	-	0	-	-	215	0	38	3
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	563	881	205	385	148	579	903	189	41
2	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	34 699	40 093^a	8 260	19 051	5 629	22 626	51 032	12 796	3 273
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	31 564	36 221 ^a	7 366	17 662	4 956	21 472	46 989	11 762	3 029
211	Personalausgaben	13 894	16 874	2 070	7 160	1 494	8 771 ²	18 527 ²	4 994	1 290
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	4 694	5 084	213	2 446	115	3 005	6 713	1 704	536
212	Laufender Sachaufwand	1 652	2 911	497	1 452	383	1 457	2 886	957	151
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	1 491	2 297	425	1 149	325	1 146	2 092	734	132
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	1 475	788 ^a	376	1 140	238	1 403	2 995	792	426
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	10 043	11 846	3 024	5 128	1 931	6 298	13 798	3 315	504
2141	darunter: Länderfinanzausgleich ¹	2 147	4 063	-	1 198	-	-	-	-	-
2142	Zuweisungen an Gemeinden	7 821	7 642	2 579	3 769	1 634	6 137	12 928	3 263	496
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	3 135	3 871	894	1 389	673	1 154	4 043	1 034	244
221	Sachinvestitionen	540	1 134	60	423	195	181	230	49	29
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 129	1 433	322	562	282	197	1 633	326	50
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	3 094	3 714	894	1 337	673	1 154	3 878	1 005	230

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober 2014

		in Mio. €								
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern ³	Brandenburg	Hessen	Mecklbg.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 641	24^b	143	-1 065	227	- 934	-3 426	-1 355	- 321
Schuldenaufnahme und Schuldentilgung										
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	5 133	1 591 ^c	1 363	3 390	855	6 034	15 411	5 033	1 232
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	8 454	2 798 ^c	3 142	4 455	1 120	6 922	13 783	5 707	1 352
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-3 321	-1 207	-1 779	-1 065	-265	-888	1 628	-674	-120
Zum Ende des Monats bestehende Schwebende Schulden und Kassenbestände										
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	-	2 440	97	-	75	75	91
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 268	508	16	1 427	580	2 437	2 669	2	302
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-1 837	0	-681	-702	668	-79	1 606	-50	-139

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

²Ohne November-Bezüge.

³BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 294,2 Mio. €, b -294,2 Mio. €, c 92,0 Mio. €.

⁴NI - Einschließlich Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im nds. Küstengewässer/Festlandsöckel) in Höhe von 1,9 Mio. €.



Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober 2014

		in Mio. €							
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
	Seit dem 1. Januar gebuchte								
1	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	13 871	7 871	7 899	7 455	19 049	3 767	9 517	252 267
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	12 658	7 525	7 701	7 079	18 324	3 668	9 403	242 775
111	Steuereinnahmen	8 297	4 524	5 923	4 615	10 476	2 001	7 662	187 128
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 882	2 531	1 314	2 165	6 157	1 342	914	46 472
1121	darunter: Allgemeine BEZ	328	183	90	178	833	151	38	2 552
1122	Länderfinanzausgleich ¹	932	486	153	473	2 739	571	-	-
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	1 213	346	198	376	725	100	114	9 492
121	Veräußerungserlöse	0	3	3	15	82	0	7	811
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	1	0	4	10	-	-	676
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	406	276	121	212	204	71	72	5 256
2	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	13 058	8 018	8 078	7 364	18 938	4 109	9 811	259 562
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	11 211	7 273	7 718	6 634	17 994	3 619	9 155	237 351
211	Personalausgaben	3 264	2 014	3 214	2 009	6 174	1 217	3 065	96 029
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	223	187	1 196	163	1 667	431	1 159	29 535
212	Laufender Sachaufwand	831	823	437	527	4 782	641	1 544	21 930
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	582	241	370	301	2 054	288	1 144	14 772
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	222	521	649	457	1 655	497	622	14 256
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	4 228	2 291	2 425	2 373	280	119	171	60 500
2141	darunter: Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	34	170
2142	Zuweisungen an Gemeinden	3 570	1 895	2 336	2 023	4	11	1	56 109
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	1 846	745	361	730	945	490	656	22 212
221	Sachinvestitionen	507	140	76	192	190	44	248	4 236
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	640	257	127	227	112	89	77	7 463
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	1 847	745	359	730	875	481	656	21 672

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober 2014

		in Mio. €							
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	814	- 147	- 179	91	111	- 342	- 294	-7 295
Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-	4 389	2 714	782	6 635	4 795	3 010	62 366
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	765	3 798	2 362	1 583	8 198	4 900	2 808	72 147
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	- 765	591	352	- 802	- 1 563	- 105	202	- 9 781
Zum Ende des Monats bestehende Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	536	2 646	-	-	674	960	546	8 140
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	4 771	77	-	200	475	133	1 009	15 876
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	- 2 607	181	- 647	- 666	- 827	- 92	- 5 872

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

²Ohne November-Bezüge.

³BY – davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 294,2 Mio. €, b -294,2 Mio. €, c 92,0 Mio. €.

⁴NI – Einschließlich Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im niedersächsischen Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 1,9 Mio. €.

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

Stand: Herbstprojektion der Bundesregierung vom 14. Oktober 2014

Erläuterungen zu den Tabellen 1 bis 8

- Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der Europäischen Union (EU) für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar, und zwar auf der Internetseite <https://circabc.europa.eu/>. Die Budgetsemielastizität basiert auf den von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) geschätzten Teilelastizitäten der einzelnen Abgaben und Ausgaben in Bezug zur Produktionslücke (siehe Girouard und André (2005), „Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries“, OECD Economics Department Working Papers 434) sowie methodischer Erweiterungen und Aktualisierung des für Einnahmen- und Ausgabenstruktur und deren Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) herangezogenen Stützungszeitraums durch die Europäische Kommission (siehe Mourre, Isbasoiu, Pateroster und Salto (2013): „The cyclically-adjusted budget balance used in the EU fiscal framework: an update“, Europäische Kommission, European Economy, Economic Papers 478).
- Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlagevermögensrechnung
- des Statistischen Bundesamts sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts zugrunde gelegt (Variante 1-W1), die an aktuelle Entwicklungen angepasst wird (z. B. Zuwanderung). Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigem und Partizipationsraten werden – im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinaus verlängert, um dem Randwertproblem bei Glättungen mit dem Hodrick-Prescott-Filter Rechnung zu tragen.
- Die Bundesregierung verwendet seit ihrer Frühjahrsprojektion 2014 eine modifizierte Fortschreibungsregel für die strukturelle Arbeitslosigkeit (Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment, NAWRU). Im Jahr 2016 wird die NAWRU mit der halben Vorjahresdifferenz fortgeschrieben. Darüber hinaus wird die NAWRU auf dem Niveau von 2016 beibehalten. Die Europäische Kommission wird diese neue Regel ebenfalls erstmalig in der Frühjahrsprognose 2014 verwenden.
- Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamts zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
- Die Berechnungen basieren auf dem Stand der Frühjahrsprojektion 2014 der Bundesregierung.

Statistiken und Dokumentationen

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

6. Das Produktionspotenzial ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren.

Die Produktionslücke kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des BIP vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unterbeziehungsweise Überauslastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von „negativen“ beziehungsweise „positiven“ Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der Potenzialpfad beschreibt die Entwicklung des BIP bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken dienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für die neue Schuldenregel, sondern können auch dazu genutzt werden, um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Voraus-

schätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist, neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mithilfe einer Konjunkturkomponente, die die zulässige Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell guten Zeiten einschränkt. Die Budgetsemielastizität als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind im Monatsbericht Februar 2011, Artikel „Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel“ zu finden.

Tabelle 1: Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten


	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Budgetsemielastizität	Konjunkturkomponente ¹
	in Mrd. € (nominal)				
2015	3 015,8	2 991,4	-24,4	0,205	-5,0
2016	3 104,4	3 084,8	-19,6	0,205	-4,0
2017	3 193,8	3 181,2	-12,6	0,205	-2,6
2018	3 287,6	3 280,5	-7,1	0,205	-1,4
2019	3 383,0	3 383,0	0,0	0,205	0,0

¹ Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrundeliegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Die für die Haushaltsaufstellung letztlich maßgeblichen Werte sind den jeweiligen Haushaltsgesetzen des Bundes zu entnehmen.

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Tabelle 2: Produktionspotenzial und -lücken

	Produktionspotenzial				Produktionslücken			
	preisbereinigt		nominal		preisbereinigt		nominal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BIP
1980	1 504,9		859,8		35,0	2,3	20,0	2,3
1981	1 538,4	+2,2	915,7	+6,5	9,7	0,6	5,8	0,6
1982	1 569,6	+2,0	977,0	+6,7	-27,6	-1,8	-17,2	-1,8
1983	1 601,1	+2,0	1 024,6	+4,9	-34,8	-2,2	-22,3	-2,2
1984	1 633,9	+2,0	1 066,4	+4,1	-23,4	-1,4	-15,3	-1,4
1985	1 667,8	+2,1	1 111,7	+4,2	-19,8	-1,2	-13,2	-1,2
1986	1 705,5	+2,3	1 170,9	+5,3	-19,9	-1,2	-13,6	-1,2
1987	1 745,3	+2,3	1 213,5	+3,6	-36,0	-2,1	-25,0	-2,1
1988	1 788,7	+2,5	1 264,7	+4,2	-16,0	-0,9	-11,3	-0,9
1989	1 838,3	+2,8	1 337,3	+5,7	3,4	0,2	2,5	0,2
1990	1 892,9	+3,0	1 423,8	+6,5	45,6	2,4	34,3	2,4
1991	1 950,9	+3,1	1 512,6	+6,2	86,6	4,4	67,2	4,4
1992	2 009,9	+3,0	1 640,8	+8,5	66,8	3,3	54,5	3,3
1993	2 062,8	+2,6	1 753,6	+6,9	-6,0	-0,3	-5,1	-0,3
1994	2 106,5	+2,1	1 829,5	+4,3	0,9	0,0	0,8	0,0
1995	2 144,8	+1,8	1 899,5	+3,8	-1,6	-0,1	-1,5	-0,1
1996	2 179,9	+1,6	1 942,5	+2,3	-20,0	-0,9	-17,8	-0,9
1997	2 213,1	+1,5	1 977,0	+1,8	-13,8	-0,6	-12,3	-0,6
1998	2 246,1	+1,5	2 018,4	+2,1	-3,5	-0,2	-3,2	-0,2
1999	2 281,5	+1,6	2 056,7	+1,9	5,7	0,2	5,1	0,2
2000	2 318,3	+1,6	2 080,2	+1,1	37,1	1,6	33,3	1,6
2001	2 354,8	+1,6	2 139,9	+2,9	40,6	1,7	36,9	1,7
2002	2 389,1	+1,5	2 200,3	+2,8	6,5	0,3	6,0	0,3
2003	2 420,4	+1,3	2 256,3	+2,5	-42,1	-1,7	-39,2	-1,7
2004	2 451,6	+1,3	2 310,1	+2,4	-45,1	-1,8	-42,5	-1,8
2005	2 482,7	+1,3	2 354,0	+1,9	-59,2	-2,4	-56,2	-2,4
2006	2 515,3	+1,3	2 392,0	+1,6	-1,9	-0,1	-1,8	-0,1
2007	2 547,1	+1,3	2 463,3	+3,0	48,4	1,9	46,8	1,9
2008	2 575,0	+1,1	2 511,3	+1,9	47,9	1,9	46,7	1,9
2009	2 593,8	+0,7	2 574,6	+2,5	-118,8	-4,6	-117,9	-4,6
2010	2 614,4	+0,8	2 614,4	+1,5	-38,2	-1,5	-38,2	-1,5
2011	2 640,5	+1,0	2 670,6	+2,1	28,2	1,1	28,5	1,1
2012	2 670,9	+1,1	2 741,8	+2,7	7,9	0,3	8,1	0,3
2013	2 703,3	+1,2	2 832,2	+3,3	-21,7	-0,8	-22,8	-0,8
2014	2 738,0	+1,3	2 924,1	+3,2	-23,2	-0,8	-24,8	-0,8
2015	2 773,1	+1,3	3 015,8	+3,1	-22,5	-0,8	-24,4	-0,8
2016	2 805,2	+1,2	3 104,4	+2,9	-17,7	-0,6	-19,6	-0,6
2017	2 836,1	+1,1	3 193,8	+2,9	-11,2	-0,4	-12,6	-0,4
2018	2 868,9	+1,2	3 287,6	+2,9	-6,2	-0,2	-7,1	-0,2
2019	2 901,0	+1,1	3 383,0	+2,9	0,0	0,0	0,0	0,0


 Statistiken und Dokumentationen

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Tabelle 3: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum¹

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit		Kapital
	in % gegenüber Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte		Prozentpunkte
1981	+2,2	1,0	0,1		1,1
1982	+2,0	1,0	0,0		1,0
1983	+2,0	1,1	-0,1		0,9
1984	+2,0	1,2	-0,1		0,9
1985	+2,1	1,3	-0,1		0,8
1986	+2,3	1,4	0,0		0,8
1987	+2,3	1,5	0,0		0,8
1988	+2,5	1,7	0,0		0,8
1989	+2,8	1,8	0,1		0,9
1990	+3,0	1,8	0,2		0,9
1991	+3,1	1,8	0,2		1,0
1992	+3,0	1,7	0,2		1,1
1993	+2,6	1,5	0,1		1,0
1994	+2,1	1,3	-0,2		1,0
1995	+1,8	1,2	-0,3		0,9
1996	+1,6	1,1	-0,3		0,9
1997	+1,5	1,0	-0,3		0,8
1998	+1,5	1,0	-0,3		0,8
1999	+1,6	1,0	-0,3		0,8
2000	+1,6	1,1	-0,3		0,8
2001	+1,6	1,0	-0,2		0,8
2002	+1,5	0,9	-0,1		0,6
2003	+1,3	0,8	-0,1		0,5
2004	+1,3	0,8	0,0		0,5
2005	+1,3	0,7	0,1		0,5
2006	+1,3	0,7	0,2		0,5
2007	+1,3	0,6	0,1		0,5
2008	+1,1	0,5	0,1		0,5
2009	+0,7	0,4	-0,1		0,4
2010	+0,8	0,5	0,0		0,4
2011	+1,0	0,4	0,2		0,4
2012	+1,1	0,4	0,3		0,4
2013	+1,2	0,4	0,4		0,4
2014	+1,3	0,5	0,5		0,3
2015	+1,3	0,5	0,4		0,4
2016	+1,2	0,6	0,2		0,4
2017	+1,1	0,6	0,1		0,4
2018	+1,2	0,7	0,1		0,4
2019	+1,1	0,7	0,0		0,4

¹ Abweichungen des ausgewiesenen Potenzialwachstums von der Summe der Wachstumsbeiträge sind rundungsbedingt.



Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisbereinigt ¹		nominal	
	in Mrd. €	in % gegenüber Vorjahr	in Mrd. €	in % gegenüber Vorjahr
1960	750,2		171,7	
1961	784,9	+4,6	191,9	+11,8
1962	821,6	+4,7	213,1	+11,1
1963	844,7	+2,8	225,8	+5,9
1964	900,9	+6,7	250,4	+10,9
1965	949,2	+5,4	274,7	+9,7
1966	975,6	+2,8	285,0	+3,7
1967	972,6	-0,3	279,9	-1,8
1968	1 025,7	+5,5	307,3	+9,8
1969	1 102,2	+7,5	350,5	+14,1
1970	1 157,7	+5,0	402,4	+14,8
1971	1 194,0	+3,1	446,6	+11,0
1972	1 245,3	+4,3	486,9	+9,0
1973	1 304,8	+4,8	542,3	+11,4
1974	1 316,4	+0,9	587,0	+8,2
1975	1 305,0	-0,9	614,8	+4,8
1976	1 369,6	+4,9	666,6	+8,4
1977	1 415,5	+3,3	710,3	+6,6
1978	1 458,1	+3,0	757,6	+6,7
1979	1 518,6	+4,2	822,8	+8,6
1980	1 540,0	+1,4	879,9	+6,9
1981	1 548,1	+0,5	921,4	+4,7
1982	1 542,0	-0,4	959,9	+4,2
1983	1 566,3	+1,6	1 002,3	+4,4
1984	1 610,5	+2,8	1 051,1	+4,9
1985	1 648,0	+2,3	1 098,4	+4,5
1986	1 685,7	+2,3	1 157,3	+5,4
1987	1 709,3	+1,4	1 188,5	+2,7
1988	1 772,7	+3,7	1 253,4	+5,5
1989	1 841,7	+3,9	1 339,7	+6,9
1990	1 938,5	+5,3	1 458,0	+8,8
1991	2 037,5	+5,1	1 579,8	+8,4
1992	2 076,7	+1,9	1 695,3	+7,3
1993	2 056,9	-1,0	1 748,6	+3,1
1994	2 107,3	+2,5	1 830,3	+4,7
1995	2 143,2	+1,7	1 898,1	+3,7
1996	2 159,9	+0,8	1 924,7	+1,4
1997	2 199,3	+1,8	1 964,7	+2,1
1998	2 242,6	+2,0	2 015,3	+2,6
1999	2 287,2	+2,0	2 061,8	+2,3

 Statistiken und Dokumentationen

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

noch Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisbereinigt ¹		nominal	
	in Mrd. €	in % gegenüber Vorjahr	in Mrd. €	in % gegenüber Vorjahr
2000	2 355,4	+3,0	2 113,5	+2,5
2001	2 395,4	+1,7	2 176,8	+3,0
2002	2 395,6	+0,0	2 206,3	+1,4
2003	2 378,4	-0,7	2 217,1	+0,5
2004	2 406,4	+1,2	2 267,6	+2,3
2005	2 423,5	+0,7	2 297,8	+1,3
2006	2 513,4	+3,7	2 390,2	+4,0
2007	2 595,5	+3,3	2 510,1	+5,0
2008	2 622,8	+1,1	2 558,0	+1,9
2009	2 475,0	-5,6	2 456,7	-4,0
2010	2 576,2	+4,1	2 576,2	+4,9
2011	2 668,7	+3,6	2 699,1	+4,8
2012	2 678,8	+0,4	2 749,9	+1,9
2013	2 681,6	+0,1	2 809,5	+2,2
2014	2 714,8	+1,2	2 899,3	+3,2
2015	2 750,7	+1,3	2 991,4	+3,2
2016	2 787,5	+1,3	3 084,8	+3,1
2017	2 824,8	+1,3	3 181,2	+3,1
2018	2 862,7	+1,3	3 280,5	+3,1
2019	2 901,0	+1,3	3 383,0	+3,1

¹ Verkettete Volumenangaben, berechnet auf Basis der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Indexwerte (2010 = 100).

Statistiken und Dokumentationen

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Erwerbsbevölkerung ¹		Partizipationsraten		Erwerbstätige, Inland	
			Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert		
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in %	in %	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
1960	53 556	.	.	61,2	32 340	.
1961	53 590	+0,1	.	61,8	32 791	+1,4
1962	53 724	+0,2	.	61,7	32 905	+0,3
1963	53 951	+0,4	.	61,7	32 983	+0,2
1964	54 131	+0,3	.	61,5	33 011	+0,1
1965	54 406	+0,5	61,1	61,5	33 199	+0,6
1966	54 694	+0,5	60,7	61,0	33 097	-0,3
1967	54 745	+0,1	60,3	59,9	32 019	-3,3
1968	54 849	+0,2	60,0	59,4	32 046	+0,1
1969	55 267	+0,8	59,8	59,4	32 545	+1,6
1970	55 471	+0,4	59,8	59,8	32 993	+1,4
1971	55 611	+0,3	59,8	60,0	33 143	+0,5
1972	56 000	+0,7	59,8	60,0	33 325	+0,6
1973	56 386	+0,7	59,8	60,4	33 727	+1,2
1974	56 638	+0,4	59,6	60,0	33 408	-0,9
1975	56 675	+0,1	59,4	59,3	32 570	-2,5
1976	56 731	+0,1	59,3	59,1	32 434	-0,4
1977	56 913	+0,3	59,2	58,9	32 508	+0,2
1978	57 199	+0,5	59,4	59,1	32 829	+1,0
1979	57 581	+0,7	59,7	59,5	33 463	+1,9
1980	58 030	+0,8	60,1	60,1	34 024	+1,7
1981	58 421	+0,7	60,7	60,6	34 065	+0,1
1982	58 644	+0,4	61,5	61,4	33 802	-0,8
1983	58 751	+0,2	62,2	62,4	33 494	-0,9
1984	58 776	+0,0	63,0	63,1	33 783	+0,9
1985	58 799	+0,0	63,8	64,0	34 257	+1,4
1986	58 911	+0,2	64,5	64,5	34 915	+1,9
1987	59 008	+0,2	65,2	65,1	35 402	+1,4
1988	59 112	+0,2	65,8	65,8	35 906	+1,4
1989	59 374	+0,4	66,4	66,2	36 580	+1,9
1990	59 754	+0,6	66,8	67,2	37 733	+3,2
1991	60 217	+0,8	67,0	68,0	38 790	+2,8
1992	60 845	+1,0	67,0	67,1	38 283	-1,3
1993	61 445	+1,0	66,9	66,5	37 786	-1,3
1994	61 780	+0,5	66,9	66,6	37 798	+0,0
1995	61 966	+0,3	66,9	66,5	37 958	+0,4
1996	62 092	+0,2	67,1	66,8	37 969	+0,0
1997	62 134	+0,1	67,4	67,2	37 947	-0,1
1998	62 133	-0,0	67,8	67,8	38 407	+1,2
1999	62 181	+0,1	68,1	68,2	39 031	+1,6

Statistiken und Dokumentationen

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Erwerbsbevölkerung ¹		Partizipationsraten		Erwerbstätige, Inland	
			Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert		
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in %	in %	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
2000	62 264	+0,1	68,5	69,1	39 917	+2,3
2001	62 390	+0,2	68,8	68,9	39 809	-0,3
2002	62 562	+0,3	69,0	69,0	39 630	-0,4
2003	62 682	+0,2	69,2	68,8	39 200	-1,1
2004	62 737	+0,1	69,4	69,3	39 337	+0,3
2005	62 771	+0,1	69,7	69,9	39 326	-0,0
2006	62 767	-0,0	69,9	69,9	39 635	+0,8
2007	62 722	-0,1	70,1	70,0	40 325	+1,7
2008	62 622	-0,2	70,3	70,2	40 856	+1,3
2009	62 396	-0,4	70,6	70,7	40 892	+0,1
2010	62 132	-0,4	70,9	70,8	41 020	+0,3
2011	61 972	-0,3	71,2	71,1	41 570	+1,3
2012	61 930	-0,1	71,6	71,6	42 033	+1,1
2013	61 918	-0,0	71,9	72,0	42 281	+0,6
2014	61 906	-0,0	72,2	72,3	42 606	+0,8
2015	61 800	-0,2	72,6	72,6	42 776	+0,4
2016	61 633	-0,3	72,9	72,9	42 869	+0,2
2017	61 486	-0,2	73,2	73,2	42 963	+0,2
2018	61 337	-0,2	73,5	73,4	43 056	+0,2
2019	61 114	-0,4	73,7	73,8	43 150	+0,2
2020	60 989	-0,2	74,0	74,0	.	.
2021	60 904	-0,1	74,3	74,3	.	.
2022	60 736	-0,3	74,6	74,6	.	.

¹ 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1, angepasst an aktuelle Entwicklungen.



Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Arbeitszeit je Erwerbstätigem, Arbeitsstunden				Arbeitnehmer, Inland		Erwerbslose, Inländer	
	Trend		Tatsächlich bzw. prognostiziert		in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in % der Erwerbspersonen	NAWRU ²
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr				
1960	.	.	2 167	.	25 152	.	1,4	.
1961	.	.	2 141	-1,2	25 768	+2,5	0,9	.
1962	.	.	2 104	-1,7	26 138	+1,4	0,8	.
1963	.	.	2 073	-1,4	26 436	+1,1	1,0	.
1964	.	.	2 085	+0,6	26 733	+1,1	0,9	.
1965	2 067	.	2 071	-0,7	27 096	+1,4	0,7	.
1966	2 043	-1,2	2 045	-1,3	27 111	+0,1	0,8	.
1967	2 019	-1,2	2 007	-1,8	26 198	-3,4	2,4	1,0
1968	1 996	-1,1	1 995	-0,6	26 364	+0,6	1,7	1,0
1969	1 973	-1,2	1 975	-1,0	27 095	+2,8	0,9	1,0
1970	1 949	-1,2	1 960	-0,8	27 877	+2,9	0,5	1,1
1971	1 924	-1,3	1 928	-1,6	28 339	+1,7	0,7	1,1
1972	1 898	-1,4	1 905	-1,2	28 680	+1,2	0,9	1,3
1973	1 872	-1,4	1 876	-1,5	29 199	+1,8	1,0	1,4
1974	1 847	-1,3	1 837	-2,1	29 048	-0,5	1,7	1,6
1975	1 825	-1,2	1 800	-2,0	28 383	-2,3	3,1	1,9
1976	1 807	-1,0	1 813	+0,7	28 461	+0,3	3,2	2,3
1977	1 790	-0,9	1 795	-1,0	28 696	+0,8	3,1	2,7
1978	1 775	-0,9	1 776	-1,1	29 090	+1,4	2,9	3,2
1979	1 759	-0,9	1 764	-0,7	29 822	+2,5	2,4	3,7
1980	1 744	-0,9	1 745	-1,1	30 405	+2,0	2,4	4,3
1981	1 729	-0,9	1 724	-1,2	30 484	+0,3	3,8	4,9
1982	1 713	-0,9	1 712	-0,6	30 260	-0,7	6,2	5,5
1983	1 698	-0,9	1 699	-0,8	29 992	-0,9	8,6	6,0
1984	1 681	-1,0	1 688	-0,7	30 281	+1,0	8,9	6,5
1985	1 664	-1,0	1 665	-1,4	30 758	+1,6	9,0	6,8
1986	1 646	-1,1	1 646	-1,1	31 393	+2,1	8,1	7,0
1987	1 629	-1,1	1 624	-1,3	31 914	+1,7	7,8	7,2
1988	1 612	-1,0	1 619	-0,3	32 429	+1,6	7,7	7,3
1989	1 595	-1,0	1 595	-1,4	33 078	+2,0	6,9	7,3
1990	1 580	-1,0	1 572	-1,4	34 212	+3,4	6,0	7,3
1991	1 567	-0,8	1 554	-1,2	35 227	+3,0	5,3	7,2
1992	1 555	-0,7	1 565	+0,7	34 675	-1,6	6,2	7,3
1993	1 545	-0,7	1 542	-1,5	34 120	-1,6	7,5	7,3
1994	1 534	-0,7	1 537	-0,3	34 052	-0,2	8,1	7,4
1995	1 523	-0,7	1 528	-0,6	34 161	+0,3	7,8	7,5
1996	1 512	-0,8	1 511	-1,1	34 115	-0,1	8,5	7,7
1997	1 499	-0,8	1 500	-0,7	34 036	-0,2	9,1	7,9
1998	1 486	-0,9	1 494	-0,4	34 447	+1,2	8,9	8,0
1999	1 472	-0,9	1 479	-1,0	35 046	+1,7	8,0	8,2

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Arbeitszeit je Erwerbstätigem, Arbeitsstunden				Arbeitnehmer, Inland		Erwerbslose, Inländer	
	Trend		Tatsächlich bzw. prognostiziert		in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in % der Erwerbspersonen	NAWRU ²
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr				
2000	1 459	-0,9	1 452	-1,8	35 922	+2,5	7,3	8,3
2001	1 447	-0,8	1 442	-0,7	35 797	-0,3	7,4	8,4
2002	1 437	-0,7	1 431	-0,8	35 570	-0,6	8,2	8,5
2003	1 429	-0,5	1 425	-0,4	35 078	-1,4	9,1	8,6
2004	1 423	-0,4	1 422	-0,2	35 079	+0,0	9,6	8,5
2005	1 419	-0,3	1 411	-0,8	34 916	-0,5	10,4	8,5
2006	1 416	-0,3	1 425	+1,0	35 152	+0,7	9,7	8,3
2007	1 411	-0,3	1 424	-0,0	35 798	+1,8	8,2	8,0
2008	1 404	-0,5	1 418	-0,4	36 353	+1,6	7,1	7,6
2009	1 396	-0,6	1 373	-3,2	36 407	+0,1	7,3	7,2
2010	1 389	-0,5	1 390	+1,3	36 533	+0,3	6,7	6,8
2011	1 383	-0,5	1 393	+0,2	37 024	+1,3	5,7	6,3
2012	1 377	-0,4	1 374	-1,4	37 489	+1,3	5,2	5,8
2013	1 372	-0,3	1 362	-0,9	37 824	+0,9	5,1	5,3
2014	1 369	-0,2	1 368	+0,4	38 177	+0,9	4,8	4,9
2015	1 368	-0,1	1 369	+0,1	38 318	+0,4	4,7	4,4
2016	1 366	-0,1	1 368	-0,1	38 393	+0,2	4,6	4,1
2017	1 366	-0,1	1 367	-0,1	38 469	+0,2	4,5	4,1
2018	1 365	-0,0	1 366	-0,1	38 545	+0,2	4,4	4,1
2019	1 365	-0,0	1 365	-0,1	38 621	+0,2	4,3	4,1
2020	1 364	-0,0	1 364	-0,1
2021	1 363	-0,0	1 363	-0,1
2022	1 363	-0,0	1 363	-0,1

¹12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1, angepasst an aktuelle Entwicklungen.

²NAWRU: Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment.

 Statistiken und Dokumentationen

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Tabelle 6: Kapitalstock und Investitionen

	Bruttoanlagevermögen		Bruttoanlageinvestitionen		Abgangssquote
	preisbereinigt		preisbereinigt		tatsächlich bzw. prognostiziert
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in %
1980	7 465,3	+3,5	348,8	+2,3	1,4
1981	7 705,8	+3,2	332,6	-4,7	1,2
1982	7 923,0	+2,8	317,4	-4,6	1,3
1983	8 130,7	+2,6	326,9	+3,0	1,5
1984	8 335,7	+2,5	327,4	+0,2	1,5
1985	8 534,2	+2,4	329,6	+0,7	1,6
1986	8 733,5	+2,3	340,1	+3,2	1,7
1987	8 936,9	+2,3	347,2	+2,1	1,6
1988	9 147,4	+2,4	364,7	+5,0	1,7
1989	9 373,5	+2,5	391,1	+7,2	1,8
1990	9 621,9	+2,7	422,4	+8,0	1,9
1991	9 908,9	+3,0	444,9	+5,3	1,6
1992	10 225,8	+3,2	461,8	+3,8	1,5
1993	10 531,1	+3,0	442,5	-4,2	1,3
1994	10 824,7	+2,8	458,3	+3,6	1,6
1995	11 117,6	+2,7	457,7	-0,1	1,5
1996	11 398,7	+2,5	455,1	-0,6	1,6
1997	11 670,4	+2,4	458,6	+0,8	1,6
1998	11 942,8	+2,3	476,8	+4,0	1,8
1999	12 225,4	+2,4	499,4	+4,7	1,8
2000	12 515,4	+2,4	511,6	+2,4	1,8
2001	12 792,9	+2,2	499,2	-2,4	1,8
2002	13 031,0	+1,9	470,6	-5,7	1,8
2003	13 235,5	+1,6	464,0	-1,4	2,0
2004	13 425,3	+1,4	463,9	-0,0	2,1
2005	13 603,5	+1,3	465,2	+0,3	2,1
2006	13 789,8	+1,4	497,9	+7,0	2,3
2007	13 995,0	+1,5	519,8	+4,4	2,3
2008	14 204,6	+1,5	526,2	+1,2	2,3
2009	14 379,9	+1,2	474,0	-9,9	2,1
2010	14 528,8	+1,0	497,2	+4,9	2,4
2011	14 691,0	+1,1	533,0	+7,2	2,6
2012	14 861,9	+1,2	529,5	-0,7	2,4
2013	15 024,0	+1,1	525,8	-0,7	2,4
2014	15 174,0	+1,0	542,4	+3,2	2,6
2015	15 328,6	+1,0	560,3	+3,3	2,7
2016	15 496,5	+1,1	574,8	+2,6	2,7
2017	15 676,4	+1,2	589,6	+2,6	2,6
2018	15 866,5	+1,2	604,8	+2,6	2,6
2019	16 066,9	+1,3	620,4	+2,6	2,6


 Statistiken und Dokumentationen

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Tabelle 7: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen		Totale Faktorproduktivität	
		log		log
1980		-7,4164		-7,4272
1981		-7,4149		-7,4173
1982		-7,4193		-7,4071
1983		-7,4019		-7,3958
1984		-7,3840		-7,3835
1985		-7,3693		-7,3703
1986		-7,3597		-7,3562
1987		-7,3541		-7,3410
1988		-7,3329		-7,3244
1989		-7,3059		-7,3067
1990		-7,2745		-7,2884
1991		-7,2451		-7,2703
1992		-7,2332		-7,2536
1993		-7,2350		-7,2387
1994		-7,2187		-7,2256
1995		-7,2100		-7,2140
1996		-7,2037		-7,2035
1997		-7,1888		-7,1932
1998		-7,1826		-7,1831
1999		-7,1751		-7,1729
2000		-7,1566		-7,1623
2001		-7,1412		-7,1520
2002		-7,1396		-7,1427
2003		-7,1424		-7,1345
2004		-7,1367		-7,1270
2005		-7,1291		-7,1201
2006		-7,1087		-7,1135
2007		-7,0927		-7,1076
2008		-7,0933		-7,1026
2009		-7,1349		-7,0987
2010		-7,1085		-7,0942
2011		-7,0873		-7,0898
2012		-7,0859		-7,0856
2013		-7,0869		-7,0814
2014		-7,0858		-7,0769
2015		-7,0792		-7,0719
2016		-7,0706		-7,0663
2017		-7,0623		-7,0601
2018		-7,0541		-7,0536
2019		-7,0461		-7,0467

 Statistiken und Dokumentationen

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Bruttoinlandsprodukts		Deflator des privaten Konsums		Arbeitnehmerentgelte, Inland	
	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1960	22,9	.	26,3	.	83,5	.
1961	24,4	+6,8	27,2	+3,3	94,2	+12,9
1962	25,9	+6,1	28,0	+2,9	104,3	+10,6
1963	26,7	+3,0	28,8	+3,0	111,9	+7,3
1964	27,8	+4,0	29,4	+2,2	122,4	+9,4
1965	28,9	+4,2	30,4	+3,2	135,8	+11,0
1966	29,2	+0,9	31,5	+3,6	146,2	+7,7
1967	28,8	-1,5	32,0	+1,6	146,0	-0,2
1968	30,0	+4,1	32,5	+1,6	156,7	+7,4
1969	31,8	+6,2	33,1	+1,9	176,4	+12,6
1970	34,8	+9,3	34,3	+3,5	209,5	+18,7
1971	37,4	+7,6	36,2	+5,6	237,4	+13,3
1972	39,1	+4,5	37,9	+4,7	263,2	+10,9
1973	41,6	+6,3	40,7	+7,4	299,6	+13,8
1974	44,6	+7,3	44,0	+8,0	331,4	+10,6
1975	47,1	+5,7	46,4	+5,5	346,3	+4,5
1976	48,7	+3,3	48,1	+3,8	374,3	+8,1
1977	50,2	+3,1	49,4	+2,7	401,8	+7,4
1978	52,0	+3,5	50,4	+1,9	429,0	+6,8
1979	54,2	+4,3	53,3	+5,7	464,5	+8,3
1980	57,1	+5,5	56,8	+6,7	504,9	+8,7
1981	59,5	+4,2	60,3	+6,1	529,5	+4,9
1982	62,2	+4,6	63,4	+5,0	546,2	+3,1
1983	64,0	+2,8	65,4	+3,2	558,3	+2,2
1984	65,3	+2,0	67,0	+2,5	580,1	+3,9
1985	66,7	+2,1	68,0	+1,5	603,3	+4,0
1986	68,7	+3,0	67,3	-1,1	635,4	+5,3
1987	69,5	+1,3	67,3	-0,1	664,3	+4,5
1988	70,7	+1,7	68,5	+1,9	692,2	+4,2
1989	72,7	+2,9	71,1	+3,9	724,2	+4,6
1990	75,2	+3,4	73,3	+3,0	783,6	+8,2
1991	77,5	+3,1	75,4	+2,9	854,4	+9,0
1992	81,6	+5,3	78,6	+4,2	927,4	+8,5
1993	85,0	+4,1	81,5	+3,7	950,1	+2,4
1994	86,9	+2,2	83,2	+2,1	975,6	+2,7
1995	88,6	+2,0	84,2	+1,2	1 012,6	+3,8
1996	89,1	+0,6	85,0	+1,0	1 021,9	+0,9
1997	89,3	+0,2	86,1	+1,2	1 026,4	+0,4
1998	89,9	+0,6	86,5	+0,5	1 048,3	+2,1
1999	90,1	+0,3	86,9	+0,4	1 078,6	+2,9



Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

noch Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Bruttoinlandsprodukts		Deflator des privaten Konsums		Arbeitnehmerentgelte, Inland	
	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
2000	89,7	-0,5	87,5	+0,8	1 120,5	+3,9
2001	90,9	+1,3	89,0	+1,7	1 137,7	+1,5
2002	92,1	+1,3	90,2	+1,3	1 144,8	+0,6
2003	93,2	+1,2	91,8	+1,8	1 146,2	+0,1
2004	94,2	+1,1	92,8	+1,0	1 148,4	+0,2
2005	94,8	+0,6	94,2	+1,6	1 145,9	-0,2
2006	95,1	+0,3	95,3	+1,1	1 165,3	+1,7
2007	96,7	+1,7	96,8	+1,6	1 197,1	+2,7
2008	97,5	+0,8	98,4	+1,7	1 241,3	+3,7
2009	99,3	+1,8	98,0	-0,4	1 245,7	+0,4
2010	100,0	+0,7	100,0	+2,0	1 282,0	+2,9
2011	101,1	+1,1	101,9	+1,9	1 336,7	+4,3
2012	102,7	+1,5	103,4	+1,5	1 387,6	+3,8
2013	104,8	+2,1	104,7	+1,3	1 426,2	+2,8
2014	106,8	+1,9	105,9	+1,1	1 477,8	+3,6
2015	108,8	+1,8	107,8	+1,7	1 531,5	+3,6
2016	110,7	+1,8	109,8	+1,9	1 576,6	+2,9
2017	112,6	+1,8	112,0	+1,9	1 623,1	+3,0
2018	114,6	+1,8	114,1	+1,9	1 671,1	+3,0
2019	116,6	+1,8	116,3	+1,9	1 720,3	+2,9

Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland ¹		Erwerbsquote ² in %	Erwerbslose in Mio.	Erwerbslosen- quote ³ in %	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitions- quote ⁴ in %
	in Mio.	Veränderung in % p. a.				gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigen- stunde	
			Veränderung in % p. a.						
1991	38,8	.	51,3	2,2	5,3	.	.	.	24,9
1992	38,3	-1,3	50,7	2,5	6,2	+1,9	+3,3	+2,5	25,0
1993	37,8	-1,3	50,3	3,1	7,5	-1,0	+0,3	+1,9	23,9
1994	37,8	+0,0	50,5	3,3	8,1	+2,5	+2,4	+2,7	23,9
1995	38,0	+0,4	50,3	3,2	7,9	+1,7	+1,3	+1,9	23,3
1996	38,0	+0,0	50,5	3,5	8,5	+0,8	+0,8	+1,9	22,8
1997	37,9	-0,1	50,8	3,8	9,1	+1,8	+1,9	+2,6	22,4
1998	38,4	+1,2	51,3	3,7	8,9	+2,0	+0,7	+1,1	22,6
1999	39,0	+1,6	51,6	3,4	8,0	+2,0	+0,4	+1,4	22,9
2000	39,9	+2,3	52,2	3,1	7,3	+3,0	+0,7	+2,6	23,0
2001	39,8	-0,3	52,1	3,2	7,4	+1,7	+2,0	+2,7	21,7
2002	39,6	-0,4	52,2	3,5	8,2	+0,0	+0,5	+1,2	20,1
2003	39,2	-1,1	52,1	3,9	9,1	-0,7	+0,4	+0,8	19,6
2004	39,3	+0,3	52,6	4,2	9,6	+1,2	+0,8	+1,0	19,2
2005	39,3	-0,0	53,1	4,6	10,4	+0,7	+0,7	+1,5	19,1
2006	39,6	+0,8	53,2	4,2	9,7	+3,7	+2,9	+1,9	19,7
2007	40,3	+1,7	53,3	3,6	8,2	+3,3	+1,5	+1,5	20,1
2008	40,9	+1,3	53,5	3,1	7,1	+1,1	-0,3	+0,2	20,3
2009	40,9	+0,1	53,8	3,2	7,3	-5,6	-5,7	-2,6	19,1
2010	41,0	+0,3	53,7	2,9	6,7	+4,1	+3,8	+2,5	19,3
2011	41,6	+1,3	53,8	2,5	5,7	+3,6	+2,2	+2,0	20,1
2012	42,0	+1,1	54,1	2,3	5,2	+0,4	-0,7	+0,6	20,0
2013	42,3	+0,6	54,2	2,3	5,1	+0,1	-0,5	+0,4	19,7
2008/03	39,8	+0,8	53,0	3,9	9,0	+1,6	1,3	+1,4	19,7
2013/08	41,4	+0,7	53,9	2,7	6,2	+0,4	-0,2	+0,6	19,8

¹ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 2010.

² Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose [ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 2010.

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 2010.

⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: September 2014.

Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) ¹	Verbraucher- preisindex (2010=100)	Lohnstück- kosten ²
Jahr	Veränderung in % p. a.						
1991
1992	+7,3	+5,3	+3,4	+4,4	+4,2	+5,1	+6,9
1993	+3,1	+4,1	+2,0	+3,7	+3,7	+4,5	+4,1
1994	+4,7	+2,2	+1,0	+2,0	+2,1	+2,6	+0,7
1995	+3,7	+2,0	+1,7	+1,6	+1,3	+1,8	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,3	+0,7	+1,0	+1,4	+0,5
1997	+2,1	+0,2	-1,7	+0,6	+1,3	+2,0	-0,9
1998	+2,6	+0,6	+1,9	+0,1	+0,5	+1,0	+0,3
1999	+2,3	+0,3	+0,8	+0,1	+0,4	+0,6	+1,0
2000	+2,5	-0,5	-4,3	+0,8	+0,8	+1,4	+0,6
2001	+3,0	+1,3	+0,1	+1,2	+1,7	+2,0	-0,3
2002	+1,4	+1,3	+2,0	+0,8	+1,3	+1,4	+0,6
2003	+0,5	+1,2	+1,2	+0,9	+1,8	+1,1	+1,1
2004	+2,3	+1,1	+0,2	+1,1	+1,0	+1,6	-0,5
2005	+1,3	+0,6	-1,8	+1,2	+1,6	+1,6	-0,4
2006	+4,0	+0,3	-1,6	+0,9	+1,1	+1,5	-2,4
2007	+5,0	+1,7	+0,2	+1,7	+1,6	+2,3	-0,8
2008	+1,9	+0,8	-1,7	+1,5	+1,7	+2,6	+2,5
2009	-4,0	+1,8	+4,6	+0,3	-0,4	+0,3	+6,9
2010	+4,9	+0,7	-2,3	+1,6	+2,0	+1,1	-1,5
2011	+4,8	+1,1	-2,4	+2,1	+1,9	+2,1	+0,4
2012	+1,9	+1,5	-0,5	+1,7	+1,5	+2,0	+3,1
2013	+2,2	+2,1	+1,5	+1,6	+1,2	+1,5	+2,2
2008/03	+2,9	+0,9	-1,0	+1,3	+1,4	+1,9	-0,3
2013/08	+1,9	+1,4	+0,1	+1,4	+1,2	+1,4	+2,2

¹ Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.

² Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: November 2014.



Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderung in % p. a.		in Mrd. €		Anteile am BIP in %			
1991	.	.	-8,1	-24,5	23,7	24,2	-0,5	-1,6
1992	+0,7	+0,9	-8,9	-20,1	22,3	22,8	-0,5	-1,2
1993	-5,7	-8,2	1,1	-16,6	20,4	20,3	0,1	-1,0
1994	+8,7	+8,0	3,6	-27,8	21,1	20,9	0,2	-1,5
1995	+8,0	+6,7	8,9	-25,1	22,0	21,5	0,5	-1,3
1996	+5,6	+4,0	15,8	-15,2	22,9	22,1	0,8	-0,8
1997	+13,2	+11,9	23,3	-10,4	25,4	24,2	1,2	-0,5
1998	+6,9	+6,5	26,7	-14,9	26,5	25,2	1,3	-0,7
1999	+4,6	+7,2	14,7	-29,2	27,1	26,4	0,7	-1,4
2000	+16,9	+19,0	5,7	-31,5	30,9	30,6	0,3	-1,5
2001	+6,5	+1,5	38,4	-10,3	31,9	30,1	1,8	-0,5
2002	+3,6	-5,1	96,7	38,2	32,6	28,2	4,4	1,7
2003	+0,5	+3,1	81,3	36,0	32,6	29,0	3,7	1,6
2004	+11,2	+7,5	114,4	102,4	35,5	30,4	5,0	4,5
2005	+7,9	+8,9	116,3	107,4	37,8	32,7	5,1	4,7
2006	+13,5	+14,2	126,6	140,8	41,2	35,9	5,3	5,9
2007	+9,6	+6,4	166,9	175,5	43,1	36,4	6,6	7,0
2008	+3,0	+5,1	152,8	147,0	43,5	37,5	6,0	5,7
2009	-16,5	-15,8	121,2	146,3	37,8	32,9	4,9	6,0
2010	+17,2	+18,2	133,6	153,1	42,3	37,1	5,2	5,9
2011	+11,0	+12,8	130,4	164,9	44,8	40,0	4,8	6,1
2012	+4,4	+2,1	161,7	199,6	45,9	40,0	5,9	7,3
2013	+1,4	+1,4	163,3	196,1	45,6	39,8	5,8	7,0
2008/03	+9,0	+8,4	126,4	118,2	39,0	33,7	5,3	4,9
2013/08	+2,8	+3,1	143,8	167,8	43,3	37,9	5,4	6,3

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: November 2014.

Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 4: Einkommensverteilung

Jahr	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) ³
	Veränderung in % p. a.			unbereinigt ¹	bereinigt ²		
	Veränderung in % p. a.			in %		Veränderung in % p. a.	
1991	.	.	.	70,0	70,0	.	.
1992	+6,6	+2,2	+8,4	71,2	71,4	+10,2	+4,2
1993	+1,5	-0,5	+2,3	71,8	72,2	+4,3	+0,9
1994	+3,7	+6,4	+2,6	71,1	71,6	+1,9	-1,9
1995	+3,9	+4,5	+3,6	70,9	71,5	+3,0	-0,6
1996	+1,3	+2,4	+0,9	70,6	71,4	+1,2	+0,5
1997	+1,6	+4,2	+0,4	69,8	70,7	+0,0	-2,5
1998	+2,0	+1,6	+2,1	69,9	70,8	+0,9	+0,5
1999	+1,3	-2,4	+2,9	71,0	71,8	+1,3	+1,4
2000	+2,3	-1,6	+3,9	72,1	72,8	+1,0	+1,5
2001	+2,7	+5,8	+1,5	71,2	72,0	+2,3	+1,7
2002	+0,7	+0,7	+0,7	71,2	72,1	+1,4	-0,1
2003	+0,4	+1,2	+0,2	71,0	72,1	+1,2	-1,5
2004	+4,9	+16,4	+0,2	67,8	69,1	+0,5	+1,1
2005	+1,5	+5,1	-0,2	66,7	68,2	+0,3	-1,3
2006	+5,6	+13,2	+1,8	64,3	65,9	+0,8	-1,3
2007	+4,0	+6,1	+2,8	63,6	65,0	+1,4	-0,6
2008	+0,9	-4,1	+3,7	65,4	66,7	+2,3	+0,1
2009	-4,1	-12,6	+0,4	68,4	69,8	+0,0	+0,5
2010	+5,6	+11,2	+3,0	66,8	68,1	+2,5	+1,9
2011	+5,4	+7,7	+4,3	66,0	67,3	+3,3	+0,5
2012	+1,4	-3,3	+3,8	67,6	68,9	+2,8	+1,1
2013	+2,2	+0,9	+2,8	68,0	69,1	+2,1	+0,6
2008/03	+3,4	+7,1	+1,7	66,5	67,8	+1,1	-0,4
2013/08	+2,0	+0,4	+2,8	67,0	68,3	+2,1	+0,9


¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: November 2014.

 Statistiken und Dokumentationen


Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %								
	1995	2000	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	1,7	3,0	0,7	4,1	0,4	0,1	1,3	1,1	1,8
Belgien	2,4	3,6	1,9	2,5	0,1	0,3	0,9	0,9	1,1
Estland	4,5	9,7	9,5	2,5	4,7	1,6	1,9	2,0	2,7
Finnland	4,2	5,6	2,8	3,0	-1,5	-1,2	-0,4	0,6	1,1
Frankreich	2,1	3,9	1,6	2,0	0,3	0,3	0,3	0,7	1,5
Griechenland	2,1	4,0	0,9	-5,4	-6,6	-3,3	0,6	2,9	3,7
Irland	9,8	9,5	5,7	-0,3	-0,3	0,2	4,6	3,6	3,7
Italien	2,9	3,7	0,9	1,7	-2,3	-1,9	-0,4	0,6	1,1
Lettland	-0,9	5,3	10,2	-2,9	4,8	4,2	2,6	2,9	3,6
Luxemburg	1,4	8,4	4,1	5,1	-0,2	2,0	3,0	2,4	2,9
Malta	6,2	6,4	3,8	3,5	2,0	2,5	3,0	2,9	2,7
Niederlande	3,1	4,4	2,3	1,1	-1,6	-0,7	0,9	1,4	1,7
Österreich	2,7	3,4	2,1	1,9	0,9	0,2	0,7	1,2	1,5
Portugal	2,3	3,8	0,8	1,9	-3,3	-1,4	0,9	1,3	1,7
Slowakei	5,8	1,2	6,5	4,8	1,6	1,4	2,4	2,5	3,3
Slowenien	4,1	4,2	4,0	1,2	-2,6	-1,0	2,4	1,7	2,5
Spanien	2,8	5,3	3,7	0,0	-2,1	-1,2	1,2	1,7	2,2
Zypern	9,9	5,7	3,9	1,4	-2,4	-5,4	-2,8	0,4	1,6
Euroraum	2,4	3,8	1,7	2,0	-0,7	-0,5	0,8	1,1	1,7
Bulgarien	2,9	6,0	6,0	0,7	0,5	1,1	1,2	0,6	1,0
Dänemark	3,0	3,7	2,4	1,6	-0,8	-0,1	0,8	1,7	2,0
Kroatien	-	3,8	4,2	-1,7	-2,2	-0,9	-0,7	0,2	1,1
Litauen	3,3	3,6	7,7	1,6	3,8	3,3	2,7	3,1	3,4
Polen	7,0	4,3	3,5	3,7	1,8	1,7	3,0	2,8	3,3
Rumänien	7,1	2,4	4,2	-0,8	0,6	3,5	2,0	2,4	2,8
Schweden	4,0	4,7	2,8	6,0	-0,3	1,5	2,0	2,4	2,7
Tschechien	6,2	4,3	6,4	2,3	-0,8	-0,7	2,5	2,7	2,7
Ungarn	1,5	4,2	4,3	0,8	-1,5	1,5	3,2	2,5	2,0
Vereinigtes Königreich	3,5	3,8	2,8	1,9	0,7	1,7	3,1	2,7	2,5
EU	-	3,9	2,0	2,1	-0,4	0,0	1,3	1,5	2,0
USA	2,7	4,1	3,3	2,5	2,3	2,2	2,2	3,1	3,2
Japan	1,9	2,3	1,3	4,7	1,5	1,5	1,1	1,0	1,0

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2012: EU-Kommission (Statistischer Annex, November 2014) sowie Eurostat.
Für die Jahre ab 2013: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2014.

Stand: November 2014.

 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %						
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	+1,2	+2,5	+2,1	+1,6	+0,9	+1,2	+1,6
Belgien	+2,3	+3,4	+2,6	+1,2	+0,6	+0,9	+1,3
Estland	+2,7	+5,1	+4,2	+3,2	+0,7	+1,6	+2,2
Finnland	+1,7	+3,3	+3,2	+2,2	+1,2	+1,3	+1,6
Frankreich	+1,7	+2,3	+2,2	+1,0	+0,6	+0,7	+1,1
Griechenland	+4,7	+3,1	+1,0	-0,9	-1,0	+0,3	+1,1
Irland	-1,6	+1,2	+1,9	+0,5	+0,4	+0,9	+1,4
Italien	+1,6	+2,9	+3,3	+1,3	+0,2	+0,5	+2,0
Lettland	-1,2	+4,2	+2,3	+0,0	+0,8	+1,8	+2,5
Luxemburg	+2,8	+3,7	+2,9	+1,7	+1,0	+2,1	+1,9
Malta	+2,0	+2,5	+3,2	+1,0	+0,7	+1,5	+2,0
Niederlande	+0,9	+2,5	+2,8	+2,6	+0,4	+0,8	+1,1
Österreich	+1,7	+3,6	+2,6	+2,1	+1,5	+1,7	+1,8
Portugal	+1,4	+3,6	+2,8	+0,4	+0,0	+0,6	+0,9
Slowakei	+0,7	+4,1	+3,7	+1,5	-0,1	+0,7	+1,4
Slowenien	+2,1	+2,1	+2,8	+1,9	+0,4	+1,0	+1,5
Spanien	+2,0	+3,1	+2,4	+1,5	-0,1	+0,5	+1,2
Zypern	+2,6	+3,5	+3,1	+0,4	-0,2	+0,7	+1,2
Euroraum	+1,6	+2,7	+2,5	+1,4	+0,5	+0,8	+1,5
Bulgarien	+3,0	+3,4	+2,4	+0,4	-1,4	+0,4	+1,0
Dänemark	+2,2	+2,7	+2,4	+0,5	+0,4	+1,1	+1,7
Kroatien	+1,1	+2,2	+3,4	+2,3	+0,2	+0,6	+1,1
Litauen	+1,2	+4,1	+3,2	+1,2	+0,3	+1,3	+1,9
Polen	+2,7	+3,9	+3,7	+0,8	+0,2	+1,1	+1,9
Rumänien	+6,1	+5,8	+3,4	+3,2	+1,5	+2,1	+2,7
Schweden	+1,9	+1,4	+0,9	+0,4	+0,2	+1,2	+1,5
Tschechien	+1,2	+2,1	+3,5	+1,4	+0,5	+1,4	+1,8
Ungarn	+4,7	+3,9	+5,7	+1,7	+0,1	+2,5	+3,0
Vereinigtes Königreich	+3,3	+4,5	+2,8	+2,6	+1,5	+1,6	+1,9
EU	+2,1	+3,1	+2,6	+1,5	+0,6	+1,0	+1,6
USA	+1,6	+3,1	+2,1	+1,5	+1,8	+2,0	+2,3
Japan	-0,7	-0,3	+0,0	+0,4	+2,8	+1,6	+1,4

Quelle: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2014.

Stand: November 2014.

 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung								
	1995	2000	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	8,3	8,0	11,3	7,1	5,5	5,3	5,1	5,1	4,8
Belgien	9,7	6,9	8,5	8,3	7,6	8,4	8,5	8,4	8,2
Estland	9,5	14,6	8,0	16,7	10,0	8,6	7,8	7,1	6,3
Finnland	15,4	9,8	8,4	8,4	7,7	8,2	8,6	8,5	8,3
Frankreich	12,0	9,5	8,9	9,3	9,8	10,3	10,4	10,4	10,2
Griechenland	9,2	11,2	10,0	12,7	24,5	27,5	26,8	25,0	22,0
Irland	12,3	4,2	4,4	13,9	14,7	13,1	11,1	9,6	8,5
Italien	11,2	10,0	7,7	8,4	10,7	12,2	12,6	12,6	12,4
Lettland	18,9	14,3	10,0	19,5	15,0	11,9	11,0	10,2	9,2
Luxemburg	2,9	2,2	4,6	4,6	5,1	5,9	6,1	6,2	6,1
Malta	5,0	6,7	6,9	6,9	6,3	6,4	6,1	6,1	6,2
Niederlande	7,1	3,1	5,3	4,5	5,3	6,7	6,9	6,8	6,7
Österreich	3,9	3,6	5,2	4,4	4,3	4,9	5,3	5,4	5,0
Portugal	7,2	4,5	8,5	12,0	15,8	16,4	14,5	13,6	12,8
Slowakei	13,3	18,9	16,4	14,5	14,0	14,2	13,4	12,8	12,1
Slowenien	6,9	6,7	6,5	7,3	8,9	10,1	9,8	9,2	8,4
Spanien	20,7	11,9	9,2	19,9	24,8	26,1	24,8	23,5	22,2
Zypern	2,6	4,8	5,3	6,3	11,9	15,9	16,2	15,8	14,8
Euroraum	11,0	9,0	9,1	10,2	11,3	11,9	11,6	11,3	10,8
Bulgarien	12,0	16,4	10,1	10,3	12,3	13,0	12,0	11,4	11,0
Dänemark	6,7	4,3	4,8	7,5	7,5	7,0	6,7	6,6	6,4
Kroatien	-	15,8	13,0	12,3	16,1	17,3	17,7	17,7	17,3
Litauen	6,8	16,4	8,3	17,8	13,4	11,8	11,2	10,4	9,5
Polen	13,2	16,1	17,9	9,7	10,1	10,3	9,5	9,3	8,8
Rumänien	6,2	6,8	7,2	7,3	7,0	7,3	7,0	6,9	6,7
Schweden	8,8	5,6	7,7	8,6	8,0	8,0	7,9	7,8	7,6
Tschechien	4,1	8,8	7,9	7,3	7,0	7,0	6,3	6,2	6,1
Ungarn	10,1	6,3	7,2	11,2	10,9	10,2	8,0	7,8	7,8
Vereinigtes Königreich	8,5	5,4	4,8	7,8	7,9	7,5	6,2	5,7	5,5
EU	-	9,0	9,0	9,6	10,4	10,8	10,3	10,0	9,5
USA	5,6	4,0	5,1	9,6	8,1	7,4	6,3	5,7	5,3
Japan	3,1	4,7	4,4	5,1	4,3	4,0	3,9	3,8	3,8

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2012: EU-Kommission (Statistischer Annex, November 2014) sowie Eurostat.
Für die Jahre ab 2013: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2014.

Stand: November 2014.

Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanz			
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %								in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	2012	2013	2014 ¹	2015 ¹	2012	2013	2014 ¹	2015 ¹	2012	2013	2014 ¹	2015 ¹
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	+3,4	+2,2	+0,8	+1,6	+6,2	+6,4	+7,9	+7,9	2,5	0,6	1,9	2,1
darunter												
Russische Föderation	+3,4	+1,3	+0,2	+0,5	+5,1	+6,8	+7,4	+7,3	3,5	1,6	2,7	3,1
Ukraine	+0,3	-0,0	-6,5	+1,0	+0,6	-0,3	+11,4	+14,0	-8,1	-9,2	-2,5	-2,5
Asien	+6,7	+6,6	+6,5	+6,6	+4,7	+4,7	+4,1	+4,2	1,0	1,0	1,0	1,1
darunter												
China	+7,7	+7,7	+7,4	+7,1	+2,6	+2,6	+2,3	+2,5	2,6	1,9	1,8	2,0
Indien	+4,7	+5,0	+5,6	+6,4	+10,2	+9,5	+7,8	+7,5	-4,7	-1,7	-2,1	-2,2
Indonesien	+6,3	+5,8	+5,2	+5,5	+4,0	+6,4	+6,0	+6,7	-2,8	-3,3	-3,2	-2,9
Malaysia	+5,6	+4,7	+5,9	+5,2	+1,7	+2,1	+2,9	+4,1	5,8	3,9	4,3	4,2
Thailand	+6,5	+2,9	+1,0	+4,6	+3,0	+2,2	+2,1	+2,0	-0,4	-0,6	2,9	2,1
Lateinamerika	+2,9	+2,7	+1,3	+2,2	+6,1	+7,1	.	.	-1,9	-2,7	-2,5	-2,7
darunter												
Argentinien	+0,9	+2,9	-1,7	-1,5	+10,0	+10,6	.	.	-0,2	-0,8	-0,8	-1,1
Brasilien	+1,0	+2,5	+0,3	+1,4	+5,4	+6,2	+6,3	+5,9	-2,4	-3,6	-3,5	-3,6
Chile	+5,5	+4,2	+2,0	+3,3	+3,0	+1,8	+4,4	+3,2	-3,4	-3,4	-1,8	-1,4
Mexiko	+4,0	+1,1	+2,4	+3,5	+4,1	+3,8	+3,9	+3,6	-1,3	-2,1	-1,9	-2,0
Sonstige												
Türkei	+2,1	+4,1	+3,0	+3,0	+8,9	+7,5	+9,0	+7,0	-6,2	-7,9	-5,8	-6,0
Südafrika	+2,5	+1,9	+1,4	+2,3	+5,7	+5,8	+6,3	+5,8	-5,2	-5,8	-5,7	-5,6

¹Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook, Oktober 2014.

Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 9: Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	10.12.2014	2013	zu Ende 2013	2013/2014	2013/2014
Dow Jones	17 533	16 577	5,77	13 329	17 959
Euro Stoxx 50	3 148	3 109	1,25	2 512	3 315
Dax	9 800	9 552	2,60	7 460	10 087
CAC 40	4 228	4 296	-1,58	3 596	4 595
Nikkei	17 413	16 291	6,89	10 487	17 936
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	10.12.2014	2013	US-Bond	2013/2014	2013/2014
USA	2,17	3,05	-	1,63	3,05
Deutschland	0,68	1,95	-1,49	0,68	2,01
Japan	0,41	0,74	-1,76	0,41	0,94
Vereinigtes Königreich	1,91	3,07	-0,26	1,64	3,08
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	10.12.2014	2013	zu Ende 2013	2013/2014	2013/2014
US-Dollar/Euro	1,24	1,38	-10,14	1,23	1,40
Yen/US-Dollar	117,81	105,30	11,88	87,03	121,41
Yen/Euro	147,33	144,72	1,80	113,93	149,03
Pfund/Euro	0,79	0,83	-4,82	0,78	0,88

Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

 Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
 G7-Länder/Euroraum/EU-28

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Deutschland												
EU-KOM	+0,1	+1,3	+1,1	+1,8	+1,6	+0,9	+1,2	+1,6	5,3	5,1	5,1	4,8
OECD	+0,2	+1,5	+1,1	+1,8	+1,6	+0,9	+1,2	+1,7	5,3	5,1	5,1	5,1
IWF	+0,5	+1,4	+1,5	+1,8	+1,6	+0,9	+1,2	+1,5	5,3	5,3	5,3	5,3
USA												
EU-KOM	+2,2	+2,2	+3,1	+3,2	+1,5	+1,8	+2,0	+2,3	7,4	6,3	5,8	5,4
OECD	+2,2	+2,2	+3,1	+3,0	+1,5	+1,7	+1,4	+2,0	7,4	6,2	5,6	5,3
IWF	+2,2	+2,2	+3,1	+3,0	+1,5	+2,0	+2,1	+2,1	7,4	6,3	5,9	5,8
Japan												
EU-KOM	+1,5	+1,1	+1,0	+1,0	+0,4	+2,8	+1,6	+1,4	4,0	3,8	3,8	3,8
OECD	+1,5	+0,4	+0,8	+1,0	+0,4	+2,9	+1,8	+1,6	4,0	3,6	3,5	3,5
IWF	+1,5	+0,9	+0,8	+0,8	+0,4	+2,7	+2,0	+2,6	4,0	3,7	3,8	3,8
Frankreich												
EU-KOM	+0,3	+0,3	+0,7	+1,5	+1,0	+0,6	+0,7	+1,1	10,3	10,4	10,4	10,2
OECD	+0,4	+0,4	+0,8	+1,5	+1,0	+0,6	+0,5	+0,9	9,9	9,9	10,1	10,0
IWF	+0,3	+0,4	+1,0	+1,6	+1,0	+0,7	+0,9	+1,0	10,3	10,0	10,0	9,9
Italien												
EU-KOM	-1,9	-0,4	+0,6	+1,1	+1,3	+0,2	+0,5	+2,0	12,2	12,6	12,6	12,4
OECD	-1,9	-0,4	+0,2	+1,0	+1,3	+0,1	-0,0	+0,6	12,2	12,4	12,3	12,1
IWF	-1,9	-0,2	+0,9	+1,3	+1,3	+0,1	+0,5	+1,1	12,2	12,6	12,0	11,3
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	+1,7	+3,1	+2,7	+2,5	+2,6	+1,5	+1,6	+1,9	7,5	6,2	5,7	5,5
OECD	+1,7	+3,0	+2,7	+2,5	+2,6	+1,6	+1,8	+2,1	7,6	6,2	5,6	5,4
IWF	+1,7	+3,2	+2,7	+2,4	+2,6	+1,6	+1,8	+2,0	7,6	6,3	5,8	5,5
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	+2,0	+2,4	+2,6	+2,4	+1,0	+2,0	+1,6	+1,9	7,1	6,9	6,5	6,3
IWF	+2,0	+2,3	+2,4	+2,4	+1,0	+1,9	+2,0	+2,0	7,1	7,0	6,9	6,8
Euroraum												
EU-KOM	-0,5	+0,8	+1,1	+1,7	+1,4	+0,5	+0,8	+1,5	11,9	11,6	11,3	10,8
OECD	-0,4	+0,8	+1,1	+1,7	+1,3	+0,5	+0,6	+1,0	11,9	11,4	11,1	10,8
IWF	-0,4	+0,8	+1,3	+1,7	+1,3	+0,5	+0,9	+1,2	11,9	11,6	11,2	10,7
EU-28												
EU-KOM	+0,0	+1,3	+1,5	+2,0	+1,5	+0,6	+1,0	+1,6	10,8	10,3	10,0	9,5
IWF	+0,2	+1,4	+1,8	+2,0	+1,5	+0,7	+1,1	+1,5	-	-	-	-

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2014, statistical annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2014.


Stand: Dezember 2014.

Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

 noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
 Übrige Länder des Euroraums

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Belgien												
EU-KOM	+0,3	+0,9	+0,9	+1,1	+1,2	+0,6	+0,9	+1,3	8,4	8,5	8,4	8,2
OECD	+0,3	+1,0	+1,4	+1,7	+1,2	+0,6	+0,7	+1,2	8,4	8,5	8,4	8,1
IWF	+0,2	+1,0	+1,4	+1,5	+1,2	+0,7	+1,0	+1,3	8,4	8,5	8,4	8,2
Estland												
EU-KOM	+1,6	+1,9	+2,0	+2,7	+3,2	+0,7	+1,6	+2,2	8,6	7,8	7,1	6,3
OECD	+1,6	+2,0	+2,4	+3,4	+3,2	+0,5	+0,9	+1,7	8,6	7,4	7,0	6,6
IWF	+1,6	+1,2	+2,5	+3,5	+3,2	+0,8	+1,5	+2,1	8,6	7,0	7,0	6,8
Finnland												
EU-KOM	-1,2	-0,4	+0,6	+1,1	+2,2	+1,2	+1,3	+1,6	8,2	8,6	8,5	8,3
OECD	-1,2	-0,2	+0,9	+1,3	+2,2	+1,3	+1,4	+1,2	8,2	8,5	8,6	8,5
IWF	-1,2	-0,2	+0,9	+1,6	+2,2	+1,2	+1,5	+1,7	8,2	8,5	8,3	7,7
Griechenland												
EU-KOM	-3,3	+0,6	+2,9	+3,7	-0,9	-1,0	+0,3	+1,1	27,5	26,8	25,0	22,0
OECD	-4,0	+0,8	+2,3	+3,3	-0,9	-1,0	-0,7	-0,3	27,5	26,4	25,2	24,1
IWF	-3,9	+0,6	+2,9	+3,7	-0,9	-0,8	+0,3	+1,1	27,3	25,8	23,8	20,9
Irland												
EU-KOM	+0,2	+4,6	+3,6	+3,7	+0,5	+0,4	+0,9	+1,4	13,1	11,1	9,6	8,5
OECD	+0,2	+4,3	+3,3	+3,2	+0,5	+0,2	+0,5	+1,2	13,0	11,5	10,5	9,9
IWF	+0,2	+3,6	+3,0	+2,5	+0,5	+0,6	+0,9	+1,2	13,0	11,2	10,5	10,1
Lettland												
EU-KOM	+4,2	+2,6	+2,9	+3,6	+0,0	+0,8	+1,8	+2,5	11,9	11,0	10,2	9,2
OECD	+4,2	+2,5	+3,2	+3,9	+0,0	+0,8	+1,9	+2,3	11,9	10,9	9,7	8,8
IWF	+4,1	+2,7	+3,2	+3,4	+0,0	+0,7	+1,6	+1,9	11,9	10,3	9,7	9,3
Luxemburg												
EU-KOM	+2,0	+3,0	+2,4	+2,9	+1,7	+1,0	+2,1	+1,9	5,9	6,1	6,2	6,1
OECD	+2,0	+3,1	+2,2	+2,6	+1,7	+0,9	+1,2	+1,5	6,9	7,1	7,2	7,2
IWF	+2,1	+2,7	+1,9	+2,1	+1,7	+1,1	+2,1	+1,8	6,9	7,1	6,9	6,7
Malta												
EU-KOM	+2,5	+3,0	+2,9	+2,7	+1,0	+0,7	+1,5	+2,0	6,4	6,1	6,1	6,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+2,9	+2,2	+2,2	+2,0	+1,0	+1,0	+1,2	+1,4	6,4	6,0	6,1	6,2
Niederlande												
EU-KOM	-0,7	+0,9	+1,4	+1,7	+2,6	+0,4	+0,8	+1,1	6,7	6,9	6,8	6,7
OECD	-0,7	+0,8	+1,4	+1,6	+2,6	+0,4	+0,8	+0,9	6,5	6,8	6,6	6,2
IWF	-0,7	+0,6	+1,4	+1,6	+2,6	+0,5	+0,7	+1,0	6,7	7,3	6,9	6,6
Österreich												
EU-KOM	+0,2	+0,7	+1,2	+1,5	+2,1	+1,5	+1,7	+1,8	4,9	5,3	5,4	5,0
OECD	+0,3	+0,5	+0,9	+1,6	+2,1	+1,5	+1,6	+1,9	5,0	5,0	5,2	5,1
IWF	+0,3	+1,0	+1,9	+1,7	+2,1	+1,7	+1,7	+1,7	4,9	5,0	4,9	4,8

 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

 noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
 Übrige Länder des Euroraums

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Portugal												
EU-KOM	-1,4	+0,9	+1,3	+1,7	+0,4	+0,0	+0,6	+0,9	16,4	14,5	13,6	12,8
OECD	-1,4	+0,8	+1,3	+1,5	+0,4	-0,2	+0,2	+0,4	16,2	13,7	12,8	12,4
IWF	-1,4	+1,0	+1,5	+1,7	+0,4	+0,0	+1,1	+1,5	16,2	14,2	13,5	13,0
Slowakei												
EU-KOM	+1,4	+2,4	+2,5	+3,3	+1,5	-0,1	+0,7	+1,4	14,2	13,4	12,8	12,1
OECD	+1,4	+2,6	+2,8	+3,4	+1,5	-0,0	+1,0	+1,2	14,2	13,4	12,8	12,2
IWF	+0,9	+2,4	+2,7	+2,9	+1,5	+0,1	+1,3	+1,5	14,2	13,9	13,2	12,8
Slowenien												
EU-KOM	-1,0	+2,4	+1,7	+2,5	+1,9	+0,4	+1,0	+1,5	10,1	9,8	9,2	8,4
OECD	-1,0	+2,1	+1,4	+2,2	+1,9	+0,4	+0,6	+1,0	10,1	9,9	10,0	9,3
IWF	-1,0	+1,4	+1,4	+1,5	+1,8	+0,5	+1,0	+1,7	10,1	9,9	9,5	8,9
Spanien												
EU-KOM	-1,2	+1,2	+1,7	+2,2	+1,5	-0,1	+0,5	+1,2	26,1	24,8	23,5	22,2
OECD	-1,2	+1,3	+1,7	+1,9	+1,5	-0,1	+0,1	+0,5	26,1	24,5	23,1	21,9
IWF	-1,2	+1,3	+1,7	+1,8	+1,5	-0,0	+0,6	+0,9	26,1	24,6	23,5	22,4
Zypern												
EU-KOM	-5,4	-2,8	+0,4	+1,6	+0,4	-0,2	+0,7	+1,2	15,9	16,2	15,8	14,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-5,4	-3,2	+0,4	+1,6	+0,4	+0,0	+0,7	+1,3	15,9	16,6	16,1	15,0

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2014, statistical annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2014.

Stand: Dezember 2014.


 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

 noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
 Andere EU-Mitgliedstaaten

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Bulgarien												
EU-KOM	+1,1	+1,2	+0,6	+1,0	+0,4	-1,4	+0,4	+1,0	13,0	12,0	11,4	11,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+0,9	+1,4	+2,0	+2,5	+0,4	-1,2	+0,7	+1,8	13,0	12,5	11,9	11,3
Dänemark												
EU-KOM	-0,1	+0,8	+1,7	+2,0	+0,5	+0,4	+1,1	+1,7	7,0	6,7	6,6	6,4
OECD	-0,1	+0,8	+1,4	+1,8	+0,8	+0,5	+0,7	+1,2	7,0	6,6	6,3	6,1
IWF	+0,4	+1,5	+1,8	+1,9	+0,8	+0,6	+1,6	+1,8	7,0	6,9	6,6	6,2
Kroatien												
EU-KOM	-0,9	-0,7	+0,2	+1,1	+2,3	+0,2	+0,6	+1,1	17,3	17,7	17,7	17,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,9	-0,8	+0,5	+1,4	+2,2	-0,3	+0,2	+1,0	16,6	16,8	17,1	16,8
Litauen												
EU-KOM	+3,3	+2,7	+3,1	+3,4	+1,2	+0,3	+1,3	+1,9	11,8	11,2	10,4	9,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+3,3	+3,0	+3,3	+3,7	+1,2	+0,3	+1,3	+2,0	11,8	11,0	10,7	10,5
Polen												
EU-KOM	+1,7	+3,0	+2,8	+3,3	+0,8	+0,2	+1,1	+1,9	10,3	9,5	9,3	8,8
OECD	+1,7	+3,3	+3,0	+3,5	+1,0	+0,1	+0,6	+1,6	10,3	9,2	8,6	8,2
IWF	+1,6	+3,2	+3,3	+3,5	+0,9	+0,1	+0,8	+2,0	10,3	9,5	9,5	9,3
Rumänien												
EU-KOM	+3,5	+2,0	+2,4	+2,8	+3,2	+1,5	+2,1	+2,7	7,3	7,0	6,9	6,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+3,5	+2,4	+2,5	+2,8	+4,0	+1,5	+2,9	+2,9	7,3	7,2	7,1	7,1
Schweden												
EU-KOM	+1,5	+2,0	+2,4	+2,7	+0,4	+0,2	+1,2	+1,5	8,0	7,9	7,8	7,6
OECD	+1,5	+2,1	+2,8	+3,1	-0,0	-0,1	+0,8	+1,5	8,0	7,9	7,5	7,3
IWF	+1,6	+2,1	+2,7	+2,7	-0,0	+0,1	+1,4	+1,9	8,0	8,0	7,8	7,6
Tschechien												
EU-KOM	-0,7	+2,5	+2,7	+2,7	+1,4	+0,5	+1,4	+1,8	7,0	6,3	6,2	6,1
OECD	-0,7	+2,4	+2,3	+2,7	+1,4	+0,3	+1,1	+1,8	6,9	6,3	6,2	6,0
IWF	-0,9	+2,5	+2,5	+2,4	+1,4	+0,6	+1,9	+2,0	7,0	6,4	6,0	5,6
Ungarn												
EU-KOM	+1,5	+3,2	+2,5	+2,0	+1,7	+0,1	+2,5	+3,0	10,2	8,0	7,8	7,8
OECD	+1,5	+3,3	+2,1	+1,7	+1,7	-0,1	+2,0	+3,0	10,2	7,8	7,6	7,6
IWF	+1,1	+2,8	+2,3	+1,8	+1,7	+0,3	+2,3	+3,0	10,3	8,2	7,8	7,6


Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2014, statistical annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2014.

Stand: Dezember 2014.

 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
G7-Länder/Euroraum/EU-28

	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Deutschland												
EU-KOM	0,1	0,2	0,0	0,2	76,9	74,5	72,4	69,6	6,9	7,1	7,1	6,7
OECD	0,1	0,2	0,0	0,2	76,7	74,3	71,1	69,5	6,8	7,4	7,2	6,7
IWF	0,2	0,3	0,2	0,3	78,4	75,5	72,5	69,3	7,0	6,2	5,8	5,5
USA												
EU-KOM	-5,6	-4,9	-4,3	-3,9	104,7	105,1	104,6	104,4	-2,5	-2,6	-2,7	-2,8
OECD	-5,7	-5,1	-4,3	-4,0	109,2	109,7	110,1	110,0	-2,4	-2,2	-1,7	-1,7
IWF	-5,8	-5,5	-4,3	-4,2	104,2	105,6	105,1	104,9	-2,4	-2,5	-2,6	-2,8
Japan												
EU-KOM	-8,8	-7,5	-6,4	-5,4	244,0	246,1	248,0	248,8	0,8	0,6	0,8	1,2
OECD	-9,0	-8,3	-7,3	-6,3	224,2	230,0	233,8	236,7	0,7	0,1	0,9	1,4
IWF	-8,2	-7,1	-5,8	-4,6	243,2	245,1	245,5	243,9	0,7	1,0	1,1	1,2
Frankreich												
EU-KOM	-4,1	-4,4	-4,5	-4,7	92,2	95,5	98,1	99,8	-2,0	-1,9	-1,9	-2,2
OECD	-4,1	-4,4	-4,3	-4,1	92,2	95,8	99,3	101,8	-1,4	-1,7	-1,4	-1,1
IWF	-4,2	-4,4	-4,3	-3,7	91,8	95,2	97,7	98,9	-1,3	-1,4	-1,0	-0,7
Italien												
EU-KOM	-2,8	-3,0	-2,7	-2,2	127,9	132,2	133,8	132,7	1,0	1,5	1,5	1,8
OECD	-2,8	-3,0	-2,8	-2,1	127,9	130,6	132,8	133,5	1,0	1,5	1,8	2,1
IWF	-3,0	-3,0	-2,3	-1,2	132,5	136,7	136,4	134,1	1,0	1,2	1,2	0,9
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-5,8	-5,4	-4,4	-3,4	87,2	89,0	89,5	89,9	-4,2	-4,0	-3,7	-3,2
OECD	-5,6	-5,5	-4,4	-3,1	85,3	87,9	89,5	90,0	-4,2	-4,8	-4,6	-4,4
IWF	-5,8	-5,3	-4,1	-2,9	90,6	92,0	93,1	92,9	-4,5	-4,2	-3,8	-3,3
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	-2,7	-2,0	-1,8	-1,4	92,9	93,9	94,3	94,0	-3,2	-2,6	-2,8	-2,3
IWF	-3,0	-2,6	-2,1	-1,7	88,8	88,1	86,8	85,4	-3,2	-2,7	-2,5	-2,4
Euroraum												
EU-KOM	-2,9	-2,6	-2,4	-2,1	93,1	94,5	94,8	93,8	2,4	2,5	2,6	2,5
OECD	-2,9	-2,6	-2,3	-1,9	93,3	94,3	94,6	94,7	2,8	3,0	3,1	3,2
IWF	-3,0	-2,9	-2,5	-1,9	95,2	96,4	96,1	94,7	2,4	2,0	1,9	1,9
EU-28												
EU-KOM	-3,2	-3,0	-2,7	-2,3	87,1	88,1	88,3	87,6	1,4	1,4	1,5	1,5
IWF	-3,2	-3,0	-2,5	-1,8	88,0	89,1	88,9	87,7	1,7	1,4	1,4	1,4

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2014, statistical annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2014.

Stand: Dezember 2014.

Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
Übrige Länder des Euroraums

	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Belgien												
EU-KOM	-2,9	-3,0	-2,8	-2,8	104,5	105,8	107,3	107,8	-1,5	-0,3	-0,5	-0,7
OECD	-2,9	-2,9	-2,1	-1,3	104,6	106,1	106,4	105,0	0,1	0,2	0,6	1,0
IWF	-2,7	-2,6	-2,2	-1,6	101,2	101,9	101,7	100,5	-1,9	-1,3	-1,0	-0,7
Estland												
EU-KOM	-0,5	-0,4	-0,6	-0,5	10,1	9,9	9,6	9,5	-0,9	-2,8	-3,1	-3,7
OECD	-0,5	-0,3	-0,3	-0,2	10,1	9,5	8,8	8,0	-1,4	0,1	0,0	-0,2
IWF	-0,2	-0,3	-0,3	-0,1	9,8	10,2	10,4	10,3	-1,4	-2,2	-2,4	-2,5
Finnland												
EU-KOM	-2,4	-2,9	-2,6	-2,3	56,0	59,8	61,7	62,4	-2,0	-1,9	-1,7	-1,4
OECD	-2,4	-2,6	-2,1	-1,8	56,0	59,0	60,8	62,4	-1,4	-1,6	-1,1	-0,8
IWF	-2,3	-2,4	-1,4	-0,9	54,7	57,9	59,3	59,7	-0,9	-0,6	-0,5	-0,4
Griechenland												
EU-KOM	-12,2	-1,6	-0,1	1,3	174,9	175,5	168,8	157,8	-2,7	-2,8	-2,5	-2,2
OECD	-12,2	-1,1	-0,5	0,2	175,1	176,1	174,3	171,4	0,8	1,2	1,0	1,8
IWF	-3,2	-2,7	-1,9	-0,6	175,1	174,2	171,0	160,5	0,7	0,7	0,1	0,1
Irland												
EU-KOM	-5,7	-3,7	-2,9	-3,0	123,3	110,5	109,4	106,0	3,8	5,5	5,5	5,3
OECD	-5,7	-3,7	-2,9	-2,7	123,4	111,0	109,4	106,7	4,4	5,2	6,0	6,4
IWF	-6,7	-4,2	-2,8	-1,7	116,1	112,4	111,7	108,7	4,4	3,3	2,4	2,9
Lettland												
EU-KOM	-0,9	-1,1	-1,2	-0,9	38,2	40,3	36,6	35,1	-2,2	-2,2	-2,3	-2,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,1	-0,8	-0,7	-1,2	35,0	36,0	35,3	34,1	-0,8	-0,1	-1,5	-1,8
Luxemburg												
EU-KOM	0,6	0,2	-0,4	-0,6	23,6	23,0	24,3	25,4	5,2	5,2	5,2	5,8
OECD	0,6	0,9	0,2	0,5	23,6	24,4	25,9	27,1	4,9	5,1	4,0	4,0
IWF	0,1	0,4	-1,5	-1,3	23,1	24,2	26,5	28,4	5,2	5,1	4,0	4,3
Malta												
EU-KOM	-2,7	-2,5	-2,6	-2,0	69,8	71,0	71,0	69,8	3,1	2,5	2,5	3,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,8	-2,7	-2,4	-1,8	72,2	71,9	71,3	70,3	0,9	0,3	0,3	0,4
Niederlande												
EU-KOM	-2,3	-2,5	-2,1	-1,8	68,6	69,7	70,3	69,9	8,5	7,8	7,7	7,7
OECD	-2,3	-2,6	-2,3	-2,2	68,9	69,8	70,1	71,2	10,2	10,7	10,9	11,3
IWF	-2,3	-2,5	-2,1	-1,8	68,6	69,4	69,6	68,8	10,2	9,9	9,6	9,2
Österreich												
EU-KOM	-1,5	-2,9	-1,8	-1,1	81,2	87,0	86,1	84,0	2,3	2,4	2,7	2,8
OECD	-1,5	-3,0	-2,2	-1,8	81,2	86,1	85,1	84,4	2,6	1,6	1,7	1,6
IWF	-1,5	-3,0	-1,5	-0,8	74,5	80,1	78,6	76,9	2,7	3,0	3,2	3,2

Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

**noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
 Übrige Länder des Euroraums**

	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Portugal												
EU-KOM	-4,9	-4,9	-3,3	-2,8	128,0	127,7	125,1	123,7	-0,3	-0,2	0,1	0,3
OECD	-4,9	-4,9	-2,9	-2,3	124,8	127,2	128,1	127,6	0,5	-0,4	0,4	0,9
IWF	-5,0	-4,0	-2,5	-2,3	128,9	131,3	128,7	126,5	0,5	0,6	0,8	0,9
Slowakei												
EU-KOM	-2,6	-3,0	-2,6	-2,3	54,6	54,1	54,9	54,7	0,8	0,5	0,2	0,3
OECD	-2,6	-2,9	-2,6	-2,2	54,6	54,4	54,6	54,8	2,1	0,9	1,1	1,5
IWF	-2,8	-2,9	-2,3	-1,3	55,4	55,7	55,7	54,5	2,1	1,9	2,2	2,4
Slowenien												
EU-KOM	-14,6	-4,4	-2,9	-2,7	70,4	82,2	82,9	80,6	4,8	6,2	6,1	5,9
OECD	-14,6	-4,4	-2,9	-2,4	70,4	74,4	77,0	78,9	5,8	5,4	6,0	6,5
IWF	-13,8	-5,0	-3,9	-3,5	70,0	77,4	75,6	77,3	6,8	5,9	5,8	5,5
Spanien												
EU-KOM	-6,8	-5,6	-4,6	-3,9	92,1	98,1	101,2	102,1	1,5	0,5	0,7	0,9
OECD	-6,8	-5,5	-4,4	-3,3	92,1	96,7	99,5	100,9	1,4	0,7	0,8	0,9
IWF	-7,1	-5,7	-4,7	-3,8	93,9	98,6	101,1	102,1	0,8	0,1	0,4	0,7
Zypern												
EU-KOM	-4,9	-3,0	-3,0	-1,4	102,2	107,5	115,2	111,6	-1,3	-1,2	-0,6	0,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-4,9	-4,4	-3,9	-1,3	111,5	117,4	126,0	122,5	-1,9	-1,1	-0,8	-0,3

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2014, statistical annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2014.

Stand: Dezember 2014.


 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

 noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
 Andere EU-Mitgliedstaaten

	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Bulgarien												
EU-KOM	-1,2	-3,6	-3,7	-3,8	18,3	25,3	26,8	30,2	2,2	2,1	2,3	1,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,9	-2,7	-2,0	-1,5	16,4	25,2	25,1	23,5	1,9	-0,2	-2,3	-2,9
Dänemark												
EU-KOM	-0,7	-1,0	-2,3	-2,0	45,0	44,1	45,1	45,6	6,9	6,2	6,1	6,2
OECD	-0,7	-1,7	-2,2	-2,3	45,0	46,6	48,7	50,7	7,1	6,2	6,9	7,0
IWF	-0,9	-1,4	-3,0	-2,3	44,5	45,1	46,6	47,3	7,3	7,1	7,0	7,0
Kroatien												
EU-KOM	-5,2	-5,6	-5,5	-5,6	75,7	81,7	84,9	89,0	0,4	0,3	1,6	1,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-5,5	-4,7	-2,9	-2,7	60,2	66,3	68,5	69,5	0,9	2,2	2,2	1,8
Litauen												
EU-KOM	-2,6	-1,2	-1,4	-0,8	39,0	41,3	41,6	41,3	1,6	0,8	-0,4	-1,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,2	-2,2	-1,7	-1,7	39,3	40,0	39,5	38,9	1,5	0,9	0,1	-0,4
Polen												
EU-KOM	-4,0	-3,4	-2,9	-2,8	55,7	49,1	50,2	50,1	-1,4	-2,0	-2,4	-2,8
OECD	-4,0	-3,3	-2,9	-2,6	56,1	49,4	50,9	51,7	-1,4	-0,9	-1,4	-1,5
IWF	-4,3	-3,2	-2,5	-2,0	57,1	49,4	49,0	48,5	-1,4	-1,5	-2,1	-2,5
Rumänien												
EU-KOM	-2,2	-2,1	-2,8	-2,5	37,9	39,4	40,4	41,1	-1,4	-1,2	-1,4	-1,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,5	-2,2	-1,8	-1,9	39,4	39,9	39,6	39,4	-1,1	-1,2	-1,8	-2,2
Schweden												
EU-KOM	-1,3	-2,4	-1,8	-1,2	38,6	40,3	40,1	39,4	6,5	5,7	5,4	5,1
OECD	-1,3	-1,7	-1,3	-0,6	39,0	40,8	41,2	42,9	6,6	5,3	5,0	5,1
IWF	-1,3	-2,0	-0,8	-0,1	40,5	42,2	41,3	39,3	6,2	5,7	6,1	5,9
Tschechien												
EU-KOM	-1,3	-1,4	-2,1	-1,7	45,7	44,4	44,7	45,2	-2,2	-1,3	-0,9	-0,4
OECD	-1,3	-1,4	-2,1	-1,5	45,7	44,5	45,0	44,8	-1,4	-0,1	0,1	0,2
IWF	-1,5	-1,2	-1,4	-1,2	46,0	44,4	44,4	44,2	-1,4	-0,2	-0,3	-0,4
Ungarn												
EU-KOM	-2,4	-2,9	-2,8	-2,5	77,3	76,9	76,4	75,2	4,2	4,3	4,3	4,3
OECD	-2,4	-2,9	-2,6	-2,5	77,3	76,6	76,7	75,7	4,2	3,9	4,4	4,7
IWF	-2,4	-2,9	-2,8	-2,8	79,3	79,1	79,2	78,9	3,0	2,5	2,0	1,2

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2014, statistical annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2014.

Stand: Dezember 2014.


Verzeichnis der Berichte

Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2014...

... nach Veröffentlichungsdatum	127
... nach Themenbereichen	129


Register 1: Verzeichnis der Berichte im Monatsbericht des BMF 2014

Veröffentlichung	Analysen, Berichte und Forum Finanzpolitik	Seite
Januar 2014	Haushaltsabschluss 2013	6
	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Kalenderjahr 2013	19
	Perspektive zur Steuervereinfachung im Wandel?	24
	Überwachung der öffentlichen Haushalte	34
Februar 2014	Stabilitätsorientierte staatliche Finanzen – Impulse für Wachstum und Zusammenhalt – Finanz- und Wirtschaftspolitik im Jahreswirtschaftsbericht 2014	6
	Kirchensteuer auf Abgeltungsteuer	19
	Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2013	27
März 2014	Zweiter Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2014	6
	Eckwertebeschluss zum Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2015 und des Finanzplans bis zum Jahr 2018	19
	Investitionsschwäche in Deutschland?	26
	Reform des steuerlichen Reisekostenrechts	34
	Langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen	44
April 2014	Staatshaushalt dauerhaft ausgeglichen – Deutsches Stabilitätsprogramm 2014	6
	Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2013	14
	Die vorausgefüllte Steuererklärung	24
	Zollbilanz 2013	27
Mai 2014	Ergebnisse der Steuerschätzung vom 6. bis 8. Mai 2014	6
	IWF-Frühjahrstagung und Treffen der G20 Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Washington D.C.	15
Juni 2014	Überwachung der öffentlichen Haushalte - Neunte Sitzung des Stabilitätsrat am 28. Mai 2014	6
	Die Europäische Bankenunion – Wie weit sind wir schon?	11
	Aktuelle Entwicklung der Europäischen Bankenunion – Plädoyer für ein glaubwürdiges Bail-in – Kurzfassung einer Stellungnahme des wissenschaftlichen Beirats beim BMF	27
Juli 2014	Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2015 und Finanzplan des Bundes 2014 bis 2018	6
	Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs	17
	Haushaltsdirektoren aus den OECD-Mitgliedstaaten zu Gast im BMF	21
	Das Europäische Semester 2014	25
August 2014	Die Tätigkeit des Ausschusses für Finanzstabilität	6
	Sollbericht 2014	12
	Konsolidierungserfolge verstetigen – ausgeglichene öffentliche Haushalte sichern – Projektion der öffentlichen Finanzen	39
	Zoll übernimmt Verwaltung der Kraftfahrzeugsteuer	52
	Untersuchungsergebnisse des Projekts "Elektronische Archivierung von Unternehmensdokumenten stärken"	57
	Internationale Standards beim steuerlichen Informationsaustausch	65
	Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland	75

 Verzeichnis der Berichte


noch Register 1: Verzeichnis der Berichte im Monatsbericht des BMF 2014

Veröffentlichung	Berichte und nicht regelmäßig veröffentlichte Übersichten	Seite
September 2014	Aktuelle Lage im Euroraum (1): Zum Stand des Reformprozesses im Euroraum insgesamt	6
	Deutsche Direktinvestitionen im Ausland	19
	Schuldenregel 2013 erneut mit großem Sicherheitsabstand eingehalten	26
	Ergebnisse der Steuerlichen Betriebsprüfung 2013	32
	Zukunft der EU-Finzen	37
	Sieben Jahre nach Beginn der Finanzkrise: Verschuldung als Wachstumshemnis	45
Oktober 2014	Bundespolitik und Kommunalfinanzen	6
	Ursachen der deutschen Exportstärke: Zur Bedeutung von Vorleistungsimporten und nicht-preislicher Wettbewerbsfähigkeit	19
	Zum Stand des Reformprozesses in Griechenland	28
	Zwischenbilanz Finanzmarktregulierung: Bestandaufnahme und Perspektive	39
November 2014	Ergebnisse der Steuerschätzung vom 4. bis 6. November 2014	6
	Entwicklung der öffentlichen Investitionen in Deutschland	16
	Zum Stand des Reformprozesses in Irland	25
	Meilenstein bei der Bekämpfung der Steuerhinterziehung – Jahrestagung des Globalen Forums für Transparenz und Informationsaustausch für Besteuerungszwecke	34
	IWF-Frühjahrstagung 2014 in Washington D.C.	40
Dezember 2014	Budget Review der OECD für Deutschland	6
	Gemeinsames Konzept von Bund und Ländern zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens	13
	Zum Stand des Reformprozesses in Portugal	19

 Verzeichnis der Berichte

Register 2: Verzeichnis der Berichte im Monatsbericht des BMF 2014 nach Themenbereichen

Themenbereich	Veröffentlichung	Berichte	Seite
Europa	Juni 2014	Die Europäische Bankenunion – Wie weit sind wir schon?	11
	Juni 2014	Aktuelle Entwicklung der Europäischen Bankenunion – Plädoyer für ein glaubwürdiges Bail-in – Kurzfassung einer Stellungnahme des wissenschaftlichen Beirats beim BMF	27
	Juli 2014	Das Europäische Semester 2014	25
	September 2014	Aktuelle Lage im Euroraum (1): Zum Stand des Reformprozesses im Euroraum insgesamt	6
	September 2014	Zukunft der EU-Finzen	37
	Oktober 2014	Zum Stand des Reformprozesses in Griechenland	28
	November 2014	Zum Stand des Reformprozesses in Irland	25
	Dezember 2014	Zum Stand des Reformprozesses in Portugal	19
Internationales/Finanzmarkt	März 2014	Investitionsschwäche in Deutschland?	26
	Mai 2014	IWF-Frühjahrstagung und Treffen der G20 Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Washington D.C.	15
	Juli 2014	Haushaltsdirektoren aus den OECD-Mitgliedstaaten zu Gast im BMF	21
	August 2014	Internationale Standards beim steuerlichen Informationsaustausch	65
	August 2014	Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland	75
	September 2014	Deutsche Direktinvestitionen im Ausland	19
	September 2014	Sieben Jahre nach Beginn der Finanzkrise: Verschuldung als Wachstumshemmnis	45
	Oktober 2014	Zwischenbilanz Finanzmarktregulierung: Bestandaufnahme und Perspektive	39
	November 2014	IWF-Frühjahrstagung 2014 in Washington D.C.	40
	November 2014	Meilenstein bei der Bekämpfung der Steuerhinterziehung – Jahrestagung des Globalen Forums für Transparenz und Informationsaustausch für Besteuerungszwecke	34
	Öffentliche Finanzen	Januar 2014	Haushaltsabschluss 2013
Januar 2014		Überwachung der öffentlichen Haushalte	34
Februar 2014		Stabilitätsorientierte staatliche Finanzen – Impulse für Wachstum und Zusammenhalt – Finanz- und Wirtschaftspolitik im Jahreswirtschaftsbericht 2014	6
Februar 2014		Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2013	27
März 2014		Zweiter Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2014	6
März 2014		Eckwertebeschluss zum Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2015 und des Finanzplans bis zum Jahr 2018	19
März 2014		Langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen	44
April 2014		Staatshaushalt dauerhaft ausgeglichen – Deutsches Stabilitätsprogramm 2014	6
Juni 2014		Überwachung der öffentlichen Haushalte – Neunte Sitzung des Stabilitätsrats am 28. Mai 2014	6
Juli 2014		Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2015 und Finanzplan des Bundes 2014 bis 2018	6
August 2014		Die Tätigkeit des Ausschusses für Finanzstabilität	6
August 2014		Sollbericht 2014	12
August 2014		Konsolidierungserfolge verstetigen – ausgeglichene öffentliche Haushalte sichern – Projektion der öffentlichen Finanzen	39
September 2014		Schuldenregel 2013 erneut mit großem Sicherheitsabstand eingehalten	26
Oktober 2014		Bundespolitik und Kommunalfinzen	6
Oktober 2014		Ursachen der deutschen Exportstärke: Zur Bedeutung von Vorleistungsimpporten und nicht-preislicher Wettbewerbsfähigkeit	19
November 2014		Entwicklung der öffentlichen Investitionen in Deutschland	16
Dezember 2014		Budget Review der OECD für Deutschland	6

 Verzeichnis der Berichte

noch Register 2: Verzeichnis der Berichte im Monatsbericht des BMF 2014 nach Themenbereichen

Themenbereich	Veröffentlichung	Berichte	Seite
Steuern	Januar 2014	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Kalenderjahr 2013	19
	Januar 2014	Perspektive zur Steuervereinfachung im Wandel?	24
	Februar 2014	Kirchensteuer auf Abgeltungsteuer	19
	März 2014	Reform des steuerlichen Reisekostenrechts	34
	April 2014	Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2013	14
	April 2014	Die vorausgefüllte Steuererklärung	24
	Mai 2014	Ergebnisse der Steuerschätzung vom 6. bis 8. Mai 2014	6
	Juli 2014	Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs	17
	August 2014	Zoll übernimmt Verwaltung der Kraftfahrzeugsteuer	52
	August 2014	Untersuchungsergebnisse des Projekts "Elektronische Archivierung von Unternehmensdokumenten stärken"	57
	August 2014	Internationale Standards beim steuerlichen Informationsaustausch	65
	September 2014	Ergebnisse der Steuerlichen Betriebsprüfung 2013	32
	November 2014	Ergebnisse der Steuerschätzung vom 4. bis 6. November 2014	6
	November 2014	Meilenstein bei der Bekämpfung der Steuerhinterziehung – Jahrestagung des Globalen Forums für Transparenz und Informationsaustausch für Besteuerungszwecke	34
	Dezember 2014	Gemeinsames Konzept von Bund und Ländern zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens	13
Zoll	April 2014	Zollbilanz 2013	27
	August 2014	Zoll übernimmt Verwaltung der Kraftfahrzeugsteuer	52

Die vor Ihnen liegende gedruckte Fassung des Monatsberichts ist unter www.bundesfinanzministerium.de verfügbar. Neben den vorliegenden Inhalten enthält die Online-Version auch den Teil „Statistiken und Dokumentationen“. Darüber hinaus stehen Ihnen mit der elektronischen Fassung viele komfortable Funktionen zum Umgang mit dem Monatsbericht zur Verfügung.

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium der Finanzen
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin

Redaktion

Bundesministerium der Finanzen
Arbeitsgruppe Monatsbericht
Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Stand

Dezember 2014

Lektorat, Satz und Gestaltung

heimbüchel pr
kommunikation und publizistik GmbH,
Köln

Bildnachweis

BMF/ Jörg Rüger

Publikationsbestellung

Tel: 03018 272 2721
Fax: 03018 10 272 2721

ISSN 1618-291X

Weitere Informationen im Internet unter:

www.bundesfinanzministerium.de
www.ministere-federal-des-finances.de
www.federal-ministry-of-finance.de
www.stabiler-euro.de
www.bundeshaushalt-info.de
www.finanzforscher.de
www.bundesfinanzministerium.de/APP
www.youtube.com/finanzministeriumtv
www.twitter.com/bmf_bund

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.